



AIB

2V 7426 E

2,- DM

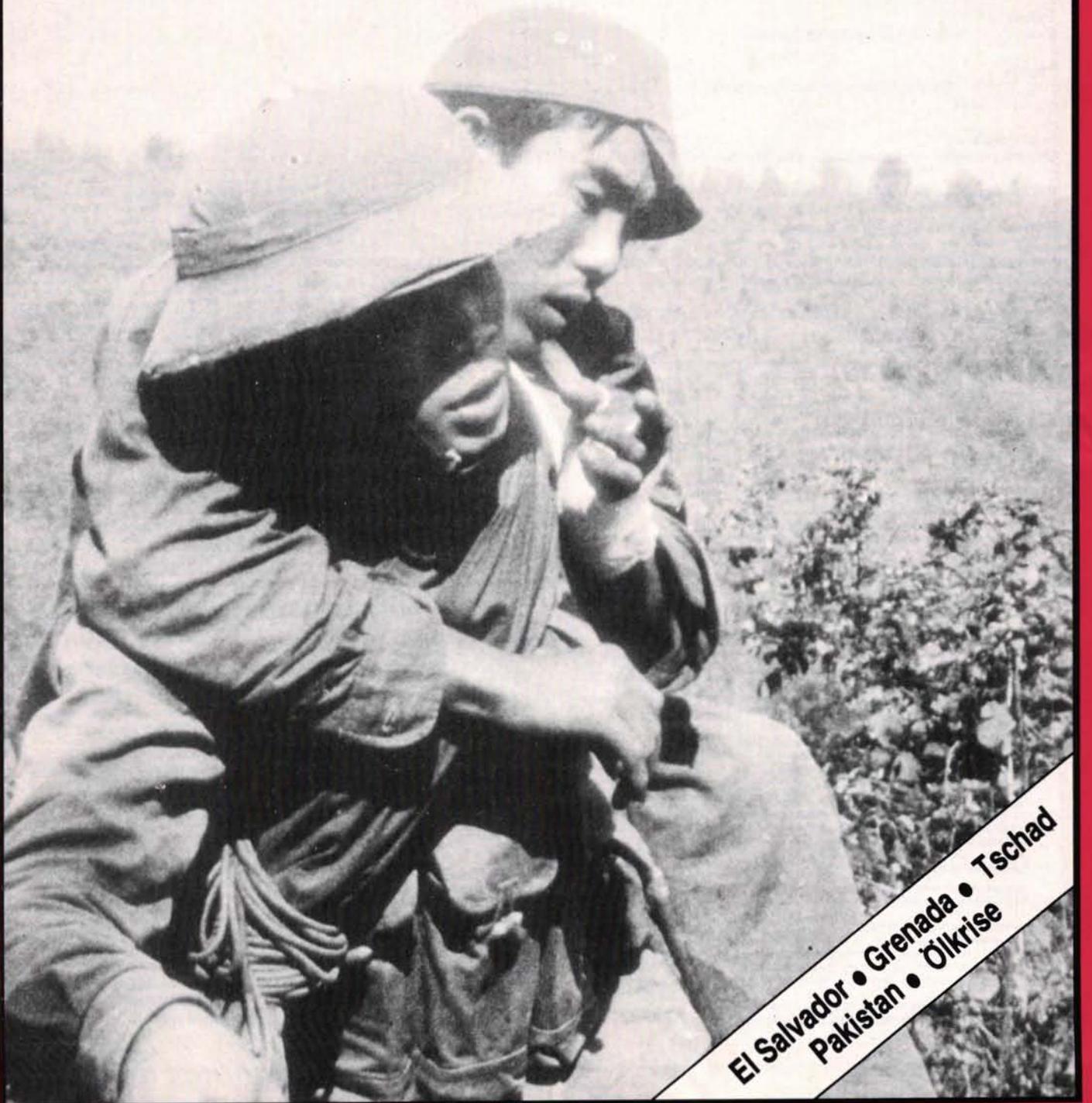
Mai

Nr. 5 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Vietnams Bürde



El Salvador • Grenada • Tschad
Pakistan • Ölkrise

Inhalt:

AIB-Aktuell: Antwort auf den Mord an Romero	3
El Salvador	
Gespräch mit Alberto Ramos: Die Junta wird scheitern	4 - 5
Erzbischof Oscar Arnulfo Romero: Wir brauchen die echte Befreiung	6 - 7
Nikaragua	
Interview mit Humberto Ortega: Die Strategie des Sieges	8 - 10
Karibik - Grenada	
Hanne Denk / Jutta Weger: Gärungsprozeß in der karibischen Welt	11 - 13
Maurice Bishop: Grenadas demokratische Revolution	12
Vietnam	
Jutta von Freyberg: 5 Jahre befreites Vietnam - „Alles noch im Zustand des Entwurfs“	14 - 18
Monika Warnenska: Aufbau ist nichts Romantisches	17
Außenminister Kampuchea, Laos' und Vietnams: Gemeinsames Kommuniqué	20 - 22
Pakistan	
Herrant Vortisch: Der Poker des Zia-Regimes	23 - 26
Pakistan-Daten	24
Pakistans Rolle im Afghanistankonflikt	25
Tschad	
Nico Biver: Neuer Waffengang im Tschad	27 - 28
Nigeria	
Hans Mayer: Von der Militär- zur Zivilherrschaft	29 - 31
Nigeria-Daten	30
Erdölpolitik	
Wolfram Brönnner / Paul Maaskola: Die Ölkrise - Werk der OPEC? (3. Teil)	32 - 34
Rückblick: 15 Jahre US-Intervention in der Dominikanischen Republik	
	36
Rezensionen / Filme: Filme zu Vietnam	
	37
Kurzinformationen: Kuba, Uruguay, Liberia, Südafrika, Solidaritätsbewegung, Naher Osten, Palästina-BRD, Ägypten, Iran-Irak, Iran-USA	
	38 - 39
Kommentar: Ausländerpolitik wohin?	
	40



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. (06421) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechthild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionschluß: 16. 4. 1980

Es arbeiteten weiter mit: N. Biver, E. Delawari, H. Denk, M. Hellmann, W. Kindermann, M. Kolter, Ch. Knaut, H. Mayer, M. Campos Quijada, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen, Beilagen: konkret, Nicaragua-Büro, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, rote blätter, Verlag Marxistische Blätter

Freiheit für Afrika Konzert für Soweto



Bongi Makeba
Dollar Brand
Jabula
Renate Friesow
Chor Die Zeitgenossen
James Madhlope Phillips

13. Juni - 20.00 Uhr

Düsseldorf
Philipshalle

Vorverkauf an allen bekannten Vorverkaufsstellen. Telefonische Kartenbestellungen bei Konzertbüro „pläne“, (02 11) 36 03 57

Karten im Vorverkauf
10,- DM,
an der Abendkasse
12,- DM



Veranstalter:
Antimperialistisches
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Latein-
amerika, Frankfurt, in
Zusammenarbeit mit dem
Konzertbüro „pläne“.

AIB-Aktuell: Antwort auf den Mord an Romero

„Sie können mich töten, aber es soll klar sein, daß sie nicht den Ruf nach Gerechtigkeit töten können.“ Immer wieder strahlt der provisorische Sender der katholischen Kirche El Salvadors diese Worte des Erzbischofs O.A. Romero aus.

O.A. Romero ist tot; ermordet am 24.3.1980 während einer Totenmesse für seine verstorbene Mutter von der Hand eines von der Ultrarechten gedungenen Mörders.

„Verteidiger der Rechtlosen“, „Anwalt der Armen“ nannten die Salvadoraner den für den Friedensnobelpreis 1979 nominierten Erzbischof. Entschieden hatte er immer wieder den Terror (in diesem Jahr allein über 1000 Tote) der Nationalgarde und der paramilitärischen Banden verurteilt. Noch in seiner letzten Predigt vom 23.3.1980 rief der Erzbischof die Soldaten dazu auf, sich den Befehlen zu widersetzen, die die Unterdrückung fortschrieben. Den für die Ermordung Hunderter Ländarbeiter verantwortlichen Verteidigungsminister Garcia forderte er zum Rücktritt auf.

Mehrfach wandte er sich persönlich an US-Präsident J. Carter, er solle die US-Militärhilfe an die Regierungsjunta unterbinden, da sie nur gegen die Volksbewegung eingesetzt würde. Gerade die bedingungslose Unterstützung der in der Revolutionären Koordination der Massen zusammengeschlossenen Organisationen (vgl. nachstehendes Romero-Interview) aber brachte ihn an die Spitze einer Todesliste der Reaktion.

Die feige Bluttat hat das Volk empört. Die Revolutionäre Koordination der Massen rief anlässlich der Ermordung Romeros zu einem achttägigen Generalstreik auf, der seit dem 26.3.1980 das gesamte öffentliche und wirtschaftliche Leben des Landes lähmte. Die Junta sah sich angesichts dessen gezwungen, den Alarmzustand für die Armee auszurufen, die daraufhin die bestreikten öffentlichen Gebäude, die Elektrizitätswerke und Brücken besetzte und die Patrouillen auf dem Land verstärkte.

Einer „Orgie der Gewalt“ (Time, New York, 31.3.1980) fielen allein am ersten Tag des Generalstreiks nach Schätzungen über 100 Menschen zum Opfer. Nicht zuletzt aus Angst vor ihrer Ermordung flohen Wirtschaftsminister Osca Menjivar, Erziehungsminister Eduardo Colindre und der stellvertretende Agrarminister Jorge Villa Corta nach Kostarika, wo sie die Befürchtung äußerten, daß der „rechte Flügel der Extremisten nicht unter Kontrolle (gebracht werden) könne“ (Süddeutsche Zeitung, 29./30.3.1980).

Doch eine durchgreifende Einschüchterung der Bevölkerung ist den Rechtskräften in El Salvador nicht gelungen. Am 27.3.1980 traten 25 Priester in der Hauptstadt San Salvador in den Hungerstreik, um die Welt zur Solidarität aufzurufen und die Bestrafung der für die Ermordung O.A. Romeros Verantwortlichen zu fordern. Trotz Ausnahmezustand und scharfer Sicherheitsmaßnahmen strömten zur Besetzung Erzbischof Romeros am 30.3.1980 über 500.000 Menschen in der Hauptstadt zusammen.

Schon nehmen Kommentatoren die Ermordung Romeros und die Massenbewegungen zum Anlaß, Parallelen zu Nikaragua zu ziehen. Dort war im Januar 1978 der Führer der Demokratischen Front für Befreiung P.J. Chamorro ermordet, sein Tod zur Initialzündung einer breiten Volksbewegung und zum revolutionären Aufstand gegen Diktator Somoza geworden. Droht der Rechten in El Salvador nun das gleiche Schicksal?

Nichts käme der Reaktion gegenwärtig gelegener, als durch gezielte Provokationen – so als sie die erwähnte Beerdigung und Totenmesse für O.A. Romero überfiel und 40 Menschen tötete – die revolutionären Kräfte zu einer überstürzten militärischen Konfrontation zu zwingen.

Da die Linke sich militärisch noch zahlenmäßig vergrößern muß und erst an die Schaffung eines regulären Volksheeres herangeht, um in einer offenen Feldschlacht bestehen zu können, hätte die Reaktion augenblicklich noch Chancen, die Linke zu liquidieren. Hierzu trifft sie alle Vorkehrungen. Dies drückt sich in der Formierung eines paramilitärischen Heeres in einer Stärke von 100.000 Mann auf salvadoranischem Boden und im Aufmarsch von 4000 Exilkubanern und ehemaligen Somoza-Gardisten an der Grenze Guatemalas zu El Salvador aus.

Bei einem Gegenschlag gegen die Volksbewegung dürfte auch die Unterstützung seitens der USA sicher sein. Darauf weisen die Landemanöver der US-Marine in einem salvadorianischen Hafen sowie simulierte Luftangriffe auf salvadoranische Dörfer nachdrücklich hin. Darüber hinaus lassen die USA nach Aussagen der Befreiungsorganisationen mittlerweile drei Hubschrauberbasen sowie einen Luftwaffenstützpunkt auf der im Golf von Fonseca gelegenen Insel Meanquera anlegen.

Aktionseinheit in der Demokratischen Front

Diese Absichten und der Mord an Erzbischof Romero riefen eine weitere Vereinheitlichung der demokratischen Opposition hervor – ein Ziel, das die revolutionären Volksorganisationen in ihrem Einheitsfront-Dokument vom 10. Januar 1980 (Wortlaut in AIB, Nr. 4/1980, S. 9-11) formuliert hatten und das FAPU-Generalsekretär A. Ramos im nachstehenden AIB-Interview von Mitte März d.J. bekräftigt.

Auf einer Pressekonferenz Anfang April d.J. kündigten Sprecher der Revolutionären Koordination der Massen die Bildung einer Demokratischen Front an. Ihre Konstituierung ist das bisher bedeutendste Anzeichen für eine Zusammenarbeit zwischen der Linken und den anderen demokratischen Oppositionskräften. Neben den Trägerorganisationen der Revolutionären Koordination der Massen gehören der Demokratischen Front mittlerweile 50 weitere Organisationen an, darunter der nicht an der Regierungsjunta beteiligte linke Flügel der Christdemokratischen Partei, die sozialdemokratisch-reformistisch orientierte Nationale Revolutionäre Bewegung (MNR) sowie die Unabhängige Bewegung der Berufstätigen und Techniker. Als Ziel formulierte die salvadoranische Demokratische Front, „die Aktionseinheit des salvadoranischen Volkes zu stärken und eine einheitliche demokratische und revolutionäre Bewegung zu schaffen“.

Unterdessen meldet die Guerilla, die Volksbefreiungskräfte – Farabundo Marti (FPL), das Revolutionäre Volksheer (ERP) und die Streitkräfte des Nationalen Widerstandes (FARN), eine erste gemeinsame Teiloffensive. Sie besetzten am 11.4.1980 mit 3000 Kämpfern 12 Ortschaften im Norden des Landes, in der Provinz Chalatenango, und erklärten sie zum befreiten Gebiet. Mit dem Gegenangriff der Juntatruppen steht eine erste militärische Kraftprobe bevor.



Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, bei denen Hunderttausende durch San Salvador demonstrierten und Ultrarechte in die Menge feuerten

Gespräch mit Alberto Ramos

Die Junta wird scheitern



Alberto Ramos bereiste als Vertreter der salvadoranischen Volksbewegung in der zweiten Märzhälfte d.J. auf Einladung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) die Bundesrepublik. Er gehört als Generalsekretär der Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU) der Führung der am 11.1.1980 gegründeten Revolutionären Koordination der Massen an.

AIB: Was hat die Bildung der Revolutionären Koordination der Massen am 11. Januar 1980 in El Salvador besonders begünstigt?

A. RAMOS: Hier sind zwei fundamentale Aspekte zu nennen. Der eine ist, daß zwischen den verschiedenen Organisationen Übereinkünfte bezüglich der Vereinheitlichung ihrer Taktik erzielt werden konnten. Ohne dies wäre der Zusammenschluß nicht möglich gewesen.

Auf der anderen Seite hat uns die Erfahrung von Nicaragua gelehrt, daß wir nur vereint unseren Unterdrücker besiegen können.

AIB: Aber dieses Bündnis soll – laut ihrer gemeinsamen Plattform (Wortlaut in AIB, Nr. 4/1980) – noch auf andere Kräfte ausgeweitet werden...

R. RAMOS: In der Tat gehörte es von Anfang an zu den Zielen unserer Koordination, uns mit allen revolutionären und demokratischen Kräften unseres Landes zu einer Bewegung der breiten Einheit zusammenzuschließen. In den davorliegenden Monaten hatten wir auch bereits in diesem Sinne gearbeitet und dabei einige durchaus positive Ergebnisse erzielen können.

Fundamente für die revolutionäre Macht

AIB: Welche Methoden des Kampfes favorisierte die FAPU?

A. RAMOS: Wir haben die Strategie des Aufstandes betrieben. Es geht uns darum, das ganze Volk in den Kampf einzubeziehen durch Erhebungen in den Städten und Dörfern, allerdings ohne andere Formen des Kampfes damit abzusprechen, z.B. den Streik, die Demonstration, die Besetzung von Botschaften und Kirchen.

Die FAPU wie auch die anderen nun in der Revolutionären Koordination vereinten Organisationen entwickeln ihre Arbeit in allen sozialen Bereichen.

AIB: Gibt es nicht schon Ansätze einer gemeinsamen Organisierung der Bevölkerung an der Basis? Etwa Stadtteilkomitees oder ähnliches?

A. RAMOS: Ja, gerade die Arbeit in diesem Bereich macht sehr rasche Fortschritte. Die Stadtteilkomitees entwickeln sich bereits als Grundlage für die Organe der revolutionären Macht in El Salvador. Sie werden praktisch schon im ganzen Land gebildet.

AIB: Vielleicht zurück zum bevorzugten Arbeitsgebiet der FAPU, der Gewerkschaftsarbeit. Was ist ihre Konzeption?

Worauf konzentriert sich Ihre Arbeit?

A. RAMOS: Die Arbeit der FAPU unter der Arbeiterklasse hat sich an der Priorität orientiert, Gewerkschaften in den strategisch wichtigen Bereichen zu organisieren; d.h. in denjenigen Bereichen der Produktion, deren Paralyse durch eine Arbeitsniederlegung weitreichende Folgen für das ganze Land zeitigen kann. Dies ist der Fall bei den Gewerkschaften im Bereich der Elektrizitätsversorgung, der Hafentarbeiter, der Textilarbeiter, der Fischer, der Zuckerproduktion, der Kaffeindustrie.

In diesem Moment existieren im Land vier Gewerkschaftsföderationen: Zum einen die Nationale Föderation der Gewerkschaften der Salvadoranischen Werktätigen (FENASTRAS), die Gewerkschaften in den genannten strategisch wichtigen Bereichen vereinigt; zum zweiten die Revolutionäre Gewerkschaftsföderation (FSR), die ein Zusammenschluß der Gewerkschaften im Bereich der Bauindustrie, der Produktion von Speiseöl und Fetten und der Getränkeindustrie ist. Letztere betrifft die Brauereien und die Herstellung von Erfrischungsgetränken; zum dritten die Vereinigte Gewerkschaftsföderation El Salvadors (FUSS), die – um die wichtigsten in ihr vereinigten Gewerkschaften zu nennen – die Beschäftigten der Bauindustrie und der Metallindustrie zusammenschließt; zum vierten die FESTIAVCES, welche die Gewerkschaften im Transportbereich und der Lebensmittelindustrie vereinigt.

AIB: Heißt das denn, daß die Gewerkschaftsbewegung legal arbeiten kann?

A. RAMOS: Normalerweise bilden sich die Gewerkschaften in El Salvador in der Illegalität, obwohl ihre Tätigkeit sowohl in der Verfassung als auch im Arbeitsrecht des Landes formal garantiert ist. Dennoch tun die Gewerkschaften die ersten Schritte ihrer Arbeit im Untergrund, um ein Einschreiten von Seiten der Unternehmer zu verhindern. Diese reagieren mit Entlassungen, wenn sie feststellen, daß sich in ihrer Fabrik eine Gewerkschaft bildet. Wenn sich eine Gewerkschaft gebildet und ihre Struktur gefestigt hat, dann tritt sie an die Öffentlichkeit mit der Forderung nach Verhandlungen über bessere soziale Bedingungen und höhere Löhne. In allen Gewerkschaften sind Mitglieder der revolutionären Volksorganisationen zu finden, und diese sind es auch, die die Richtung der Arbeit dieser Gewerkschaften bestimmen.

AIB: Gilt das auch für die Auslandskonzerne?

A. RAMOS: Oh ja. Die frühere Regierung hatte ganze Gebiete an multinationale Unternehmen vergeben mit der Möglichkeit, dort steuerfrei für den Export zu produzieren und die billige Arbeitskraft auszubeuten. Dieses Regierungsprojekt ist gescheitert, weil sich trotzdem auch in diesen Unternehmen im Untergrund Gewerkschaften gebildet und zahlreiche Streiks stattgefunden haben. Das ist von den Unternehmen mit zum Anlaß genommen worden, sich zurückzuziehen. Im vergangenen Jahr haben zahlreiche Fabriken

ihre Produktion eingestellt, so daß derzeit die Arbeitslosigkeit auf ca. 40% im Lande geschätzt wird.

AIB: In El Salvador scheint aber auch die Gewerkschaftsbewegung auf dem Lande beachtlich zu sein...

A. RAMOS: Gewiß. Man muß dabei noch beachten, daß die Landarbeiter der Verfassung nach nicht das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aber inzwischen haben sich auch auf dem Land die ersten Landarbeitergewerkschaften gebildet, die in der FENASTRAS zusammengeschlossen sind, und die im vergangenen Jahr etwa 20 erfolgreiche Streiks durchgeführt haben. Daneben hat die Föderation der Landarbeiter 1979 etwa 50 Streiks durchgeführt.

Daran wird deutlich, daß die Arbeiter in El Salvador sowohl in den Städten als auch auf dem Land einen hohen Organisationsgrad erreicht haben. Mehr noch ist festzustellen, daß die salvadoranische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit von unserer revolutionären Koordination der Massen geführt wird. Dies ist im Verlauf des Jahres 1979 deutlich geworden, als der erste große nationale Streik organisiert wurde, der mit der Abschaltung der Elektrizität für 23 Stunden verbunden war. Gleichzeitig gingen die Arbeiter der Getränkeindustrie auf die Straße und es gelang, die ganze Hauptstadt San Salvador lahmzulegen, d.h., das gesamte Wirtschaftsleben.

Dieser Aufstand von 23 Stunden hat mit einem großen Sieg für die Arbeiterbewegung geendet. Die Arbeiterklasse hat mit diesem Streik erkannt, welche Macht in ihren Händen liegt und sie ist bereit, diese Macht auch in Zukunft einzusetzen.

AIB: Die Revolutionäre Koordination sieht sich demnach wohl imstande, jederzeit einen nationalen Streik durchzuführen. Wieviele dieser Streiks fanden seit dem Machtantritt der Junta statt?

Politische Streiks gegen die Junta

A. RAMOS: Zunächst einmal fanden am 28.11.1979 die größten Arbeiterdemonstrationen seit 10 Jahren und ein Generalstreik statt. Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit praktisch jeden Monat einen großen Streik durchgeführt und die Streiks gingen immer mit der Besetzung der Fabriken einher.

In diesem Jahr gab es drei Generalstreiks: einen vom 22.-25. Januar, einen zweiten am 15. Februar und einen dritten, der jetzt am 17.3.1980 stattgefunden hat. Diese Streiks waren durchgehend erfolgreich, sie bewiesen die Macht der Arbeiterklasse und sie bewirkten Fortschritte in ihren Kampfmethoden.

AIB: Wurden beim jüngsten Generalstreik nicht auch politische Forderungen gestellt?

A. RAMOS: Richtig. Der Ausstand war mit der Forderung nach Beendigung der Repression und nach Einleitung von Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen am Volk verbunden. Der Ausstand ist durch die Mitglieder unserer Volksorganisation organisiert worden, die an diesem Tag die Fabriken besetzt haben. Er wurde begleitet von Universitätsstreiks, Unterrichtsstreiks von einem Teil der Lehrer und Streiks auf den Haziendas.

Die Bewegung war durchgehend erfolgreich und hat von neuem unsere Fähigkeit zum Kampf bewiesen.

AIB: Richtet sich diese Repressions-Anklage gleichermaßen gegen die ultrarechten paramilitärischen Banden und an die Adresse der Junta?

A. RAMOS: Hier muß man etwas erklären, was bezüglich des Prozesses, der sich in unserem Land abspielt, oft nicht verstanden wird. Es ist nicht so, daß der Terror unabhängig von der Regierung ausgeübt würde. Wir können die gegenwärtige Regierung als eine Koalition zwischen der Ultrarech-

ten und den rechten Christdemokraten charakterisieren.

Die Ultrarechte ist in der Regierung repräsentiert durch Abdul Gutierrez von der Junta und durch Oberst Garcia und Oberst Carranza im Verteidigungsministerium. Die Aktivitäten gegen die Regierung richten sich gegen diese Koalition und nicht gegen etwas, was außerhalb der Regierung bestünde. Es existiert keine Art von Repression, die außerhalb dieses Rahmens ausgeübt würde oder nicht von der Regierung angeleitet wäre.

AIB: Welche Positionen nehmen die Christdemokraten in der Junta ein und wie verhält sich die Christdemokratie als Partei insgesamt zur Regierungsbeteiligung?

A. RAMOS: Die Christdemokratie hat sich geteilt. Der gemäßigte und der linke Flügel haben sich aus der Partei zurückgezogen. In der Regierungsjunta hat dies seinen Niederschlag gefunden im Ausscheiden von Dada Hierez.

Der rechte Teil der Christdemokraten, der in der Regierung geblieben ist, steht im Bündnis mit den multinationalen Konzernen, mit dem US-Imperialismus und der Oligarchie von El Salvador. Dieser Flügel wird repräsentiert durch Duarte, der einer der Aktionäre von Gilette ist, durch Morales Erlich, der legaler Repräsentant von zahlreichen multinationalen Konzernen im Land ist, und durch Oscar Menjivar, Adolfo Reprendes und Fidel Chavez, die in den strategisch wichtigen Stellen der Regierung sitzen.

Deren Politik ist es, eine völlig rechte Regierung zu erreichen, die einerseits einige wirtschaftliche und soziale Veränderungen vornehmen und andererseits unsere revolutionären Organisationen schwächen soll — ein Versuch, den wir als zum Scheitern verurteilt ansehen.

AIB: Wie schätzen Sie die Position des Erzbischofs Romero in diesem Zusammenhang ein?

A. RAMOS: Wir sehen die Tätigkeit von Erzbischof Romero als sehr positiv an. Er hat in diesem Jahr bereits zweimal die Christdemokraten aufgefordert, sich aus der Regierung zurückzuziehen. Er hat den Rücktritt des Verteidigungsministers Garcia gefordert. Er hat sich zweimal an J. Carter gerichtet, die Intervention der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten El Salvadors verurteilt und gefordert, daß das Recht auf Selbstbestimmung des salvadoranischen Volkes respektiert wird.

AIB: Wie stark sind die Kräfte um Romero in der Kirche?

A. RAMOS: Die fortschrittlichen Geistlichen stellen die überwiegende Mehrheit in der Kirche von El Salvador. Und das stärkt natürlich die Position des Erzbischofs.

AIB: Welches Ausmaß hat die US-Einschaltung in El Salvador mittlerweile (Stand Mitte März d.J.) angenommen?

A. RAMOS: Die Vereinigten Staaten haben seit November 1979 Waffen im Gegenwert von 18 Mio Dollar an die Regierungsjunta El Salvadors geliefert. Es handelte sich dabei um Hubschrauber, Panzer, Artillerie und kugelsichere Westen. Am 19.2.1980 sind Flottenmanöver in einem Hafen von El Salvador durchgeführt worden, an denen zwei nordamerikanische Kriegsschiffe und ein U-Boot beteiligt waren. Dabei wurde die Bombardierung von Dörfern simuliert und die Entladung von Truppen.

Seit November ist die Zahl der US-Militärberater von 100 auf 200 verdoppelt worden. Sie unterstützen die Bildung eines Söldnerheeres in Guatemala, sie planen eine Intervention durch die Streitkräfte von Guatemala und Honduras und als letzte Möglichkeit behalten sie sich die Entsendung nordamerikanischer Truppen nach El Salvador vor.

AIB: Welche Staaten leisten Unterstützung für diese Pläne?

A. RAMOS: Es gibt eine Beteiligung von seiten Israels, das Waffen und Militärberater zur Verfügung stellt und es gibt eine Einmischung seitens Venezuelas, das sich für die Interessen der USA einspannen läßt, indem es Militärberater schickte um die US-amerikanische Einmischung zu vertuschen.



Erzbischof Oscar Arnulfo Romero

Wir brauchen die echte Befreiung!

FRAGE: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für die Gewalt in El Salvador?

O.A. ROMERO: Der Grund unseres Unwohlseins ist die Oligarchie, dieser kleine Familienclan, für den der Hunger des Volkes nicht wichtig ist, der ihn braucht, um billige und reichliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, um seine Ernte einbringen und exportieren zu können...

Die einheimischen und ausländischen Industrieunternehmen stützen ihren Wettbewerb auf dem internationalen Markt auf die Hungerlöhne, und das erklärt die starke Opposition gegen jegliche Reformen und gegen gewerkschaftliche Organisationen, die versuchen, die Lebensbedingungen der Volksmassen zu verbessern. Diese Oligarchie duldet weder die Organisierung der Bauern noch der Arbeiter in Gewerkschaften, denn sie hält sie für gefährlich für ihre ökonomischen Interessen. Und die Repression gegen das Volk wird für diesen Familienclan eine Art Notwendigkeit, um sein Profitniveau aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, auch wenn dies die steigende Armut der Arbeiterklasse einschließt...

Die Verabsolutierung des Reichtums und des Eigentums führt so zur Verabsolutierung der politischen, ökonomischen und sozialen Macht, ohne die es nicht möglich wäre, die Privilegien aufrechtzuerhalten, sogar um den Preis der eigenen menschlichen Würde.

In unserem Lande ist dies die Wurzel der strukturellen und unterdrückenden Gewalt und der wichtigste Grund unserer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unterentwicklung. Die Streitkräfte sind beauftragt, die Interessen der Oligarchie zu schützen unter dem Vorwand, es gehe um das nationale Interesse und die nationale Sicherheit, für die ökonomische und politische Struktur zu sorgen. Alle, die mit dem Regierungssystem nicht einverstanden sind, werden als Feinde der Nation bezeichnet, und mit den dringlichsten Erfordernissen dieser nationalen Sicherheit werden die abscheulichsten Handlungen gerechtfertigt... Alles ist im Dienst der Interessen der Oligarchie, einer allmächtigen Oligarchie, die eine absolute Verachtung für das Volk und seine Rechte empfindet.

Der Götze Reichtum

Auf diese Weise verabsolutiert sich das Interesse und der Nutzen einiger weniger. Diese Verabsolutierung wird mystifiziert, als ob das nationale Sicherheitsregime – das vorgibt, den Schutz „einer subjektiven Berufung des christlichen Glaubens“ in Anspruch zu nehmen – der einzige oder der beste „Verteidiger der christlichen Zivilisation“ und „der demokratischen Ideale des Westens“ wäre.

Die noble Funktion der Streitkräfte verliert ihre eigentliche Bestimmung; eine Funktion, die statt den wirklichen und echten nationalen Interessen zu dienen, zur Verteidigung der Interessen der Oligarchie wird, auf diese Weise ihre eige-

ne politische und ideologische Verdorbenheit fördert. Und das gleiche passiert mit den Sicherheitskorps: statt für die staatsbürgerliche Ordnung zu sorgen, sind sie Organe, die die Gegner der Oligarchie unterdrücken.

FRAGE: Und was für eine Meinung haben Sie, Herr Erzbischof, vom Revolutionären Volksblock, den Volksligen 28. Februar, der FAPU, der Nationaldemokratischen Union und den anderen Massenorganisationen, die sich mit sehr viel Respekt über Sie äußern und Ihre Arbeit in der Kirchenführung sehr hoch schätzen?

O.A. ROMERO: Es freut mich, daß alle diese Organisationen, die mit Ehrlichkeit die Veränderung der Gesellschaft suchen, die eine gerechte Ordnung wollen, die Aufrichtigkeit, mit der ich meiner Diözese zu dienen versuche, anerkennen... Gerade wenn die Repression gegen die Organisationen am stärksten war, habe ich sie verteidigt, und verteidige ich sie. In meinem dritten Hirtenbrief habe ich das Organisationsrecht verteidigt, und im Namen des Evangeliums habe ich mich verpflichtet, alles Gerechte ihrer Forderungen zu unterstützen und jeden Versuch, sie zu vernichten, anzuzeigen.

Ich verteidige die Volksorganisationen!

In der heutigen Situation des Landes vertraue ich mehr als je zuvor auf die Massenorganisationen. Ich glaube an die wirkliche Notwendigkeit, daß das salvadorianische Volk sich organisiert, weil ich glaube, daß die Massenorganisationen die gesellschaftlichen Kräfte sind, die vorwärtstreiben und Druck ausüben werden, die eine echte Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und Freiheit erreichen werden... Die Organisation ist notwendig, um wirksam kämpfen zu können... Aber ich bin auch offenherzig gegenüber den Massenorganisationen gewesen, und das ist ein Dienst, den die Kirche anbietet: die möglichen Fehler und Ungerechtigkeiten zu benennen und aufzuzeigen.

Und das tue ich, ich wiederhole es, weil sie (die Massenorganisationen; d. Red.) für den Befreiungsprozeß nötig sind, und sie den Grund ihres Daseins weder aus den Augen verlieren können noch dürfen: eine soziale Kraft für das Wohl des Volkes zu sein... Man muß den Fanatismus und das Sektierertum vermeiden, die verhindern, den Dialog zu eröffnen und Bündnisse zu schließen...

In der Politik spiele ich die Rolle des Seelsorgers: orientieren und die wirksamsten Ziele aufzuzeigen. Und da ich die Massenorganisationen schätze, fühle ich eine große Genugtuung über den Einheitsgeist, der sich schon in den praktischen Handlungen niederschlägt. Das gemeinsame Wohl müssen wir gemeinsam retten...

FRAGE: El Salvador, Herr Erzbischof, ist ein Land, in dem sich die große Mehrheit der Bevölkerung zu der katholischen Religion bekennt. Trotzdem werden hier die Priester ent-

führt, gefoltert und ermordet, die die vollständige Befreiung des Menschen fördern. Unter anderem gibt es die Fälle der Priester Grande, Barrera Moto, Navarro Oviedo, Octavio Ortiz. Was ist Ihre Meinung hierzu?

O.A. ROMERO: Ja, das ist ein sehr großer Kontrast... Ich habe oft darüber nachgedacht und bin zu dem Schluß gekommen, daß das Ausmaß der sozialen Ungerechtigkeit so gravierend ist, an einem solchen Punkt angekommen ist, daß selbst der Glaube pervertiert worden ist, sich in einen Frevel verwandelt hat, um ökonomische und materielle Interessen zu verteidigen...

Wenn man bei der Perversion angelangt ist, wenn man einen Punkt erreicht hat, an dem Priester gefoltert und ermordet werden – Sie selbst haben betont, daß diejenigen, die man ermordet hat, gerade diejenigen waren, die sich am stärksten der Befreiung des salvadoranischen Volkes verpflichtet hatten –, so wird die Erklärung einfacher: Diese Priester haben auf Veränderung gedrängt, sie haben diese Veränderung vorangetrieben, sie haben Arbeiter und Bauern organisiert, aber die Oligarchie widersetzt sich jeder Veränderung, jeder Organisierung; sie will das Wort „Agrarreform“ nicht hören, sie will nichts, was die aktuelle Situation auch nur im geringsten abändern könnte. Ihr Reichtum, ihr Eigentum, ihre Ideen sind und repräsentieren die Nation; deshalb geht es um etwas, was mit der „Sicherheit“ El Salvadors zu tun hat und alles, was die Sicherheit des Landes gefährdet, muß beseitigt werden.

Die Flamme der sozialen Gerechtigkeit

Die Priester, die Sie erwähnten, haben „sich an der sozialen Struktur vergriffen“, sie sind deswegen zu „Subversiven“, zu „Kommunisten“ geworden und als solche wurden sie verfolgt und ermordet. Diese musterhaften, respektwürdigen und bewundernswerten Priester wurden Opfer des Interesses, eine ungerechte Ordnung aufrechtzuerhalten... Denn Barrera Moto, Rutilio Grande, Navarro Oviedo, Ortiz und andere waren weitsichtig; sie haben die Wirklichkeit ganz deutlich erkannt und festgestellt, daß der gemeinsame Feind unseres Volkes die Oligarchie ist, deshalb wurden sie von der Oligarchie und den Wächtern ihres Reichtums gehaßt und bis zu ihrem Tode verfolgt...

FRAGE: Was muß Ihrer Meinung nach die Rolle der Kirche im Befreiungsprozeß des salvadoranischen Volkes sein?

O.A. ROMERO: Vor allem, daß sie Kirche ist, d.h. Identität und Glaubwürdigkeit besitzt, um einer Umwelt der Lüge und der Abwesenheit von Aufrichtigkeit gegenüberzutreten, in der sie selbst die Wahrheit verkörpert und nicht den Interessen des Reichtums und der Macht versklavt ist... Es ist notwendig, die Ungerechtigkeit bei ihrem Namen zu nennen, der Wahrheit zu dienen; die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu entlarven, die Diskriminierung, die Gewalt, die dem Menschen gegen sein eigenes Volk auferlegt ist, gegen seinen Geist, gegen sein Bewußtsein, gegen seine Überzeugungen...

Es ist notwendig, die echte Befreiung des Menschen voranzutreiben..., strukturelle Veränderungen zu verlangen und auf der Seite des für seine Befreiung kämpfenden Volkes zu stehen... Es ist eine Pflicht einer authentischen Kirche, sich unter die Armen zu gesellen, mit denen sie sich solidarisieren muß, sogar in ihren Gefahren und in ihrem Schicksal der Verfolgung; entschlossen dazu, das größte Zeugnis der Liebe zu geben, um diejenigen, die Jesus besonders geliebt hat, zu verteidigen und ihnen zu helfen. (...)

FRAGE: Und welche Perspektiven sehen Sie für die jetzige Regierung von Militärs und Christdemokraten?

O.A. ROMERO: Bevor ich meine Meinung äußere, ziehe ich es vor, auf die Sprache der Tatsachen zu warten... Die Ver-

änderungen sind dringend, weil das Volk nicht mehr abwartet, weil es enttäuscht ist, keine Illusionen mehr hat und nicht mehr an die Versprechungen und an die Hoffnungen glaubt...

Die Veränderungen müssen deshalb spektakulär sein, würde ich sagen.

FRAGE: Während meiner Reise durch das Land habe ich den Eindruck gewonnen, daß es in El Salvador einen Bürgerkrieg gibt, der immer mehr aus den Fugen gerät und sich ausweitet, und der ständig unbarmherziger und erbarmungsloser wird. Welche Meinung haben Sie hierzu?

O.A. ROMERO: Die Situation beunruhigt mich. Aber der Kampf der Oligarchie, um das Unhaltbare zu verteidigen, hat keine Perspektive, vor allem, wenn man den Kampfgeist unseres Volkes in Betracht zieht. Es könnte sogar einen vorübergehenden Sieg der im Dienst der Oligarchie stehenden Kräfte geben, aber eher früher als später wird man die Stimme der Gerechtigkeit unseres Volkes wieder hören, und es wird siegen. Die neue Gesellschaft kommt und sie kommt sehr schnell... Die Friedhofsruhe ist eine Folge davon, besser gesagt: sie ist darauf zurückzuführen, daß es in den Gräbern nur Tote gibt. Und diesen Frieden kann die Oligarchie gegenüber einem Volk wie dem salvadoranischen nicht erreichen...

FRAGE: Und in diesem Krieg, Monsignore Romero, werden Sie als Seelsorger auf der Seite des Volkes bleiben?

O.A. ROMERO: Das ist meine Absicht und ich bitte Gott darum, mir zu helfen, stark genug zu sein, weil ich Angst habe vor der Schwäche des Fleisches...

In den schwierigen Momenten haben wir alle Angst; der Selbsterhaltungstrieb ist sehr stark und deshalb bitte ich um Hilfe, um Hilfe nicht nur für mich, sondern für alle, die diese Hirtenarbeit durchführen; damit wir auf unseren Plätzen bleiben, weil wir noch viel zu tun haben werden: wenn es auch nur das Einsammeln von Leichen und die Erteilung der Absolution für die Sterbenden sein sollte. Die Flamme der sozialen Gerechtigkeit muß sich immer im Herzen des salvadoranischen Volkes lebendig halten.

(Quelle: Juventud Rebelde, Havanna, 19.2.1980)



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

- Ich bestelle AIB-SH 1/1980
 Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr. . .

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

4/1980

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,—DM.

Jahresabo 20,— DM inkl. Porto.

Bitte ausfüllen und einsenden an:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. (06421) 24672

Interview mit Humberto Ortega

Die Strategie des Sieges (1. Teil)

In AIB 4/1980 eröffneten wir eine Diskussionsreihe zum Thema Lehren, Erfahrungen und Orientierungspunkte der nikaraguanischen Revolution mit einem Beitrag des Uruguayers R. Arismendi. In diesem Heft beginnen wir mit der Wiedergabe eines Interviews, das Marta Harnecker für die kubanische Zeitschrift Bohemia mit Humberto Ortega (33), Oberkommandierender der Sandinistischen Volksarmee und Mitglied der Nationalleitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung Nikaraguas (FSLN), führte. Seine kritische Rückschau auf die Höhepunkte, Probleme und Kampferfahrungen der bewaffneten Volksrevolution erhält besonderes Gewicht, da H. Ortega der strategische Kopf der siegreichen sandinistischen Großoffensive vom Juli 1979 war. Studentenfürher und Mitglied der FSLN seit 1966, wurde Humberto Ortega 1969 bei einer Guerillaaktion verwundet und inhaftiert. Im Oktober 1970 kam er durch ein FSLN-Kommando frei und konnte nach Kuba ausreisen. 1972 wurde er Führungsmittglied der FSLN. 1976, als sich die Sandinistas in drei Tendenzen spalteten, übernahm er gemeinsam mit seinem Bruder Daniel Ortega (heute Junta-Mitglied) die Führung der Terceristas bzw. Aufstandsströmung. Nach der Wiedervereinigung der drei FSLN-Tendenzen im März 1979 (Dokumente in AIB, Nr. 7-8/1979, S. 6-10) wurde Humberto Ortega in die Vereinte Nationalleitung und zum höchsten militärischen Führer gewählt.

FRAGE: Der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Nicaragua ist ein langer Kampf gewesen. Ich habe Ihr Buch **Fünzig Jahre sandinistischer Kampf** gelesen, in dem Sie die Höhepunkte des Kampfes bis zum Jahre 1975 beschrieben. Jedoch schien es vor zwei Jahren wenig wahrscheinlich, daß der Sieg so schnell errungen werden würde. Was machte die großen Erfolge im revolutionären Prozeß möglich, die zum Sturz Somozas und seines Regimes führten?

H. ORTEGA: Nun, ehe ich unmittelbar Ihre Fragen beantworte, möchte ich gerne kurz die Kernpunkte des von Ihnen erwähnten Buches zusammenfassen, obwohl dies schwerlich ohne starke Vereinfachungen und Auslassungen möglich sein wird.

Die revolutionäre Bewegung, die in unserem Land in den 30er Jahren als ein Ereignis des Kampfes Sandinos Gestalt annahm ...

FRAGE: Welche Gestalt annahm oder begann?

H. ORTEGA: Nun, wir sagen, daß sie Gestalt annahm, weil sie alle vorangehenden Anstrengungen mit dem Ziel des revolutionären Kampfes in Nicaragua zusammenfaßte, und weil Sandino die am meisten fortgeschrittenen revolutionären Ideen seiner Zeit verarbeitete, und es ihm gelang, diese in unseren geschichtlichen Prozeß zu integrieren.

Er begründete zweifellos die revolutionäre Bewegung, und in ihrem Verlauf nahm er eine Reihe von politischen, ideologischen, antiimperialistischen, internationalistischen und militärischen Elementen in sie auf. Dies meinen wir, wenn wir davon sprechen, daß die Bewegung Gestalt annahm. D.h. der Kampf, den Sandino sieben Jahre lang (von 1926-33; d. Red.) gegen die Yankees führte, gab uns eine Reihe von geschichtlichen und programmatischen Elementen und revo-

lutionären Gedanken an die Hand, die wir aufgriffen.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß – wenn wir Sandinos Bewegung mitrechnen – es zum damaligen Zeitpunkt schon 33 bewaffnete Bewegungen gegen den Imperialismus und die Oligarchie gegeben hat, geführt von den Liberalen, die damals revolutionäre Positionen innehatten.

Das Vermächtnis Sandinos

Der Kampf, den Sandino führte, erlitt aufgrund seines Todes (Augusto Cesar Sandino wurde am 21.2.1934 auf Geheiß des Nationalgardisten-Generals A. Somozas ermordet; d. Red.) und des Todes weiterer Mitglieder seines Generalstabes einen bitteren Rückschlag. Jedoch wehrte sich das Volk auf die eine oder andere Art immer gegen die Unterdrückung. Die Reaktion des Volkes war schwach, begrenzt und zersplittert, aber sie nahm Schritt um Schritt zu.

Der wichtigste Aufschwung in diesen Kämpfen fand in den 50er Jahren statt, in dem Jahrzehnt, in dem Anastasio Somoza Garcia, der Begründer der Tyrannei, von Rigoberto Lopez Perez hingerichtet wurde. Dies war eine individuelle Aktion, aber es handelte sich hierbei nicht einfach um einen Fall des Tyrannenmordes. Sie erwies sich, wie Perez selbst es formulierte, „als der Anfang vom Ende der Tyrannei“.

Dann, im Jahre 1958, während Fidel in der Sierra Maestra (Gebirgslandschaft im Süden Kubas; d. Red.) war, nahm (in Nicaragua; d. Red.) eine bewaffnete Bewegung unter Führung von Ramon Raudales ihren Anfang, und im folgenden Jahr die von Carlos Fonseca angeführte Guerillagruppe. Von 1958 bis 1961 gab es 19 bewaffnete Bewegungen, die den Kampf gegen die Diktatur aufnahmen.

Der Sieg der kubanischen Revolution (1959; d. Red.) verursachte einen ungeheuren politischen Umbruch. Er machte einen großen Eindruck auf unser Volk, das Zeuge eines praktischen Beispiels wurde, auf welche Art es möglich war, einen Tyrannen zu stürzen.

In der Periode von 1959-60 wurden die Bedingungen geschaffen für die Entstehung einer revolutionären Vorhut, die in der Lage sein würde, den Volks- und revolutionären Krieg auf die gleiche Art und mit der gleichen Effektivität wie Sandino zu führen.

Im Jahre 1961 entstand die Sandinistische Front aus dem Zusammenschluß mehrerer bewaffneter Gruppen als eine Alternative zu den Kräften, die zu jener Zeit den Kampf gegen Somoza führten, den sog. historischen Parallelen oder liberal-konservativen Kräften.

Die Sandinistische Front war eine neue Alternative, aber gleichzeitig folgte sie dem Vermächtnis der von Sandino begonnenen revolutionären Bewegung. Nach ihrer Gründung folgte eine lange Periode, in der die FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung; d. Red.) neben sehr wichtigen organisatorischen und militärischen Erfahrungen, die für die Zukunft der Bewegung von großem Wert waren, moralisches Ansehen, Hingabe an die Sache und Durchhaltevermögen erwarb und ein Beispiel gab, durch das es möglich

wurde, die Massen zu erreichen, sie zu organisieren und ihr Vertrauen zu gewinnen. Während dieser Periode konzentrierte sich die Repression des Regimes auf die Guerilleros. Die wichtigste Operation, die die Front unternahm, um an die Weltöffentlichkeit zu gelangen, fand am 27. Dezember 1974 statt, als ein Haus, in dem sich viele führende Repräsentanten des Regimes befanden, besetzt wurde (es war die Residenz des Exministers Somozas, Jose Maria Castillo Quant, während einer ranghohen Festivität; d. Red.). Wir erhielten 1 Mio Dollar, zum ersten Male wurden die revolutionären Ideen der Sandinistas über Fernsehen und Radio verbreitet. Und politische Gefangene wurden gerettet.

Das Hauptziel dieser ziemlich isolierten Operation wurde nicht erreicht: die Widerstandskämpfer in den Bergen zu stärken. Somoza inszenierte eine ungeheure Unterdrückungskampagne in den Städten, auf dem Land und in den Bergen, wo die Bewegung gerade versuchte, Guerillakräfte aufzustellen, die sich im Stadium der Kontaktaufnahme und der Aufstellung ihrer Einheiten befanden. Von 1974 bis 1977 wurden Tausende von Menschen getötet und weitere Tausende verschwanden.

Jene Repression im Zusammenhang mit unserer Schwäche hinderte die Guerilleros daran, in die Offensive zu kommen. Wir waren nicht in der Lage, das politische Potential zu kanalisieren und die Gärung, die in der Folge der sandinistischen Operation entstanden war, zu nutzen. Dies ermöglichte es dem Gegner, uns die Initiative aus den Händen zu nehmen, und Pressezensur, Belagerungszustand, Kriegsrecht und Standgericht einzuführen.

Diese Periode relativer Stagnation endete im Oktober 1977, als eine Offensive der Sandinistas mit der Einnahme des Militärpostens der Nationalgarde in San Carlos, in der Nähe der Grenze zu Kostarika am 13. Oktober ihren Anfang nahm, sie setzte sich fort mit dem Angriff auf die Stadt



FSLN-Führer Humberto Ortega

Mozonte, 5 km von Ocotal entfernt, im Distrikt von Nueva Segovia, und ihrer Einnahme am 15. Oktober 1977. Die Guerilleros hielten eine Versammlung auf dem öffentlichen Platz von Mozonte ab, ehe sie sich zurückzogen.

Zwei Tage darauf fand ein Angriff auf den Hauptmilitärposten in Masaya, weniger als 20 km von der Hauptstadt entfernt, statt, und ein wichtiges Kontingent feindlicher Truppen bewegte sich aus einem Hinterhalt hervor. Über vier Stunden lang gelang es vier Genossen die gesamten feindlichen Streitkräfte, die von Managua nach Masaya entsandt wurden, in Schach zu halten. Am 25. Oktober 1977 nahmen drei Abteilungen einer FSLN-Einheit die Stadt San Fernando ein, und die dort stationierten Soldaten ergaben sich.

Erste Guerillaoffensive im Oktober 1977

Diese Entwicklungen bereiteten den Weg für eine qualitative Veränderung im politischen und militärischen Bild. Damals begann unsere flexible Bündnispolitik, und hieraus entstand die Gruppe der Zwölf (Persönlichkeiten unterschiedlicher sozialer und politischer Couleur, deren bekannteste, Sergio Ramirez, heute der Junta angehört; d. Red.).

FRAGE: Aber was machte die Ereignisse vom Oktober 1977 möglich?

H. ORTEGA: Der Oktober 1977 kam zustande dank der Veränderung hin zum Offensivwerden im bewaffneten Kampf zu einem Zeitpunkt, da die Krise des Somoza-Regimes sehr tief war. (...)

Die akute Wirtschaftskrise und der wachsende Widerstand des Volkes führten zu einer politischen Krise im Land. Geschäftskreise, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Interessen den von der Diktatur auferlegten Bedingungen angepaßt hatten, wechselten auf eine Position der offenen Opposition über. Eine Gruppe von Mitgliedern der Konservativen Partei unter Führung des Herausgebers von La Prensa, Pedro Joaquin Chamorro, schloß sich der Demokratischen Union für die Befreiung (UDEL) an, einer gegen Somoza gerichteten Organisation der Opposition, die von unzufriedenen Teilen der Bourgeoisie angeführt wurde (in ihr hatten sich 1974 sieben Parteien, darunter die Sozialistische Partei, die Unabhängige Liberale Partei, die Sozialchristliche und Konservative Partei, gemeinsam mit den beiden großen Gewerkschaftsverbänden CTN und CGT(1) zusammengefunden, siehe AIB, Nr. 4/1978, S. 23-26; d. Red.). Die UDEL forderte gewerkschaftliche und politische Freiheiten, die Beendigung der Pressezensur, die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Repression. Und sie verlangte eine Amnestie und eine allgemeine Begnadigung politischer Gefangener und der ins Exil Vertriebenen.

Mitte 1977 gab es eine große politische Aktivität unter der bürgerlichen Opposition aufgrund der Veränderung in der US-Außenpolitik durch die Carter-Regierung (verbales Eintreten für eine „demokratische Öffnung“ und die Menschenrechte gerade in Lateinamerika; d. Red.). Der Imperialismus und die Reaktion suchten nach Wegen, Veränderungen an dem Regime vorzunehmen, ohne das grundlegende Machtgefüge anzutasten: die ungeheure wirtschaftliche und repressive Machtfülle der Nationalgarde.

Die politische Lage zwang Somoza dazu, die Aufpolierung seines Images zu versuchen. Am 19. September 1977 wurden der Belagerungszustand und das Kriegsrecht aufgehoben, und der Diktator rief Kommunalwahlen aus.

Wir dürfen hierbei nicht außer Acht lassen, daß diese Anstrengungen zur Demokratisierung oder Reformierung im Jahre 1977 stattfanden, als der Imperialismus und die Reaktion überzeugt waren, es sei ihnen gelungen, die FSLN ganz oder so gut wie ganz zu vernichten.

Von 1975 bis 1977 hatten sie alle ihre Trümpfe ausgespielt, um uns militärisch zu zerschlagen. Zu diesem Zweck verwüsteten sie ausgedehnte Landstriche, verschärfen sie die Unterdrückungsmaßnahmen in den Städten und setzten sie Standgerichte ein. Fast alle unsere Anführer, Carlos Fonseca, Eduardo Contreras, Carlos Agüero, Edgar Munguia und Filemon Rivero waren getötet worden. Es ist sehr schwer für die FSLN militärisch zu reagieren, und unsere Reaktion war sehr begrenzt.

Somoza und die Yankees schwören darauf, daß sie uns beiseitigt hätten und wir deshalb nicht in der Lage sein würden, als Katalysator der Krise zu wirken. Als sie spürten, daß wir hart getroffen waren, daß wir aufgerieben und zersplittert waren, beschlossen sie, daß es an der Zeit sei für einen Demokratisierungsplan. Zu jenem Zeitpunkt und um solche Manöver zu verhindern, beschlossen wir, militärisch in die Offensive zu gehen. Wir gewannen die Initiative zurück, die wir am 27. Dezember 1974 erlangt hatten, aber dieses Mal hatten wir vor, sie nicht wieder aus der Hand zu geben. Wir verfügten über keine große Massenorganisation, aber wir hatten unsere Aktivisten und das organisatorische Potential, das uns Schritt für Schritt ermöglichte, die Massen zu organisieren und zu mobilisieren. Wir verfügten nicht über hochentwickelte Formen der Vorhut, aber wir erkannten, daß uns die militärische Aktion gegebenenfalls erlauben würde, unser politisches und organisatorisches Gewicht geltend zu machen, und so den Weg für eine Strategie des Aufstandes zu bereiten. (...)

FRAGE: Ich möchte gerne wissen, warum Sie die Massen im Zusammenhang mit den Städten und nicht mit den Guerilleros sehen?

H. ORTEGA: Die Wahrheit ist, daß wir die Massen stets mit berücksichtigt haben, aber eher in Bezug auf ihre Unterstützung für die Guerilleros, so daß die Guerilleros als solche die Nationalgarde besiegen könnten. Aber so hat es sich aktuell nicht abgespielt.

Was geschah, ist folgendes: Es waren die Guerilleros, die die Unterstützung für die Massen erbrachten, so daß diese den Feind durch den Aufstand besiegen konnten. Wir alle waren dieser Auffassung, und die Praxis bewies uns, daß wir, um den Sieg davonzutragen, die Massen mobilisieren mußten und sie dazu bringen mußten, sich aktiv am bewaffneten Kampf zu beteiligen. Die Guerilleros alleine reichten nicht aus, denn die bewaffnete Vorhut alleine hätte niemals über die nötigen Waffen verfügt, um den Feind zu besiegen.

Ein Zustand vollständiger Massenmobilisierung

Nur in der Theorie konnten wir die erforderlichen Waffen und Mittel bekommen, um die Nationalgarde zu besiegen.

Wir erkannten, daß die Hauptquelle unserer Stärke darin lag, daß wir einen Zustand vollständiger Mobilisierung aufrechterhielten: eine soziale, wirtschaftliche und politische Mobilisierung, die die technischen und militärischen Mittel des Feindes zerrütten würde.

Seit die Produktion, die Hauptverkehrsstraßen und die soziale Ordnung im allgemeinen betroffen waren, sah sich der Feind nicht in der Lage, seine Streitkräfte und andere Mittel ungestört zu transportieren. Denn er sah sich Massenmobilisierungen, Nachbarschaftsdemonstrationen, Barrikaden, Sabotageakten usw. gegenüber. Dies machte es der Vorhut, die ihre Armee reorganisierte, möglich, die zahlenmäßig überlegenen Kräfte des Feindes von einer günstigeren Ausgangslage aus anzugreifen.

Um darauf zurückzukommen, was ich gesagt habe: Die Reaktionäre hatten vor, der Krise zu begegnen und aus ihr als Sieger hervorzugehen. Wir erkannten, was sich da abspielte, bemerkten, daß der Feind einen Schritt vorwärts getan

hatte, indem er den Belagerungszustand aufgehoben hatte und eine Amnestie ins Auge faßte, und erkannten, daß wir in eine schwierige Lage geraten würden, wenn dies durchgeführt werden würde. So beschlossen wir, die Offensive voranzutreiben.

FRAGE: Eine Offensive, die – was Sie betrifft – begrenzt war...

H. ORTEGA: Nun, da wir noch nie einen Aufstand mitgemacht hatten, waren wir der Meinung, daß dies der Weg sei, die Massen zu mobilisieren, damit sie diese Operationen unterstützten. Aber die Praxis zeigte uns, daß wir immer noch nicht in der Lage waren, alle für die Resonanz der Massen erforderlichen Bedingungen zu erfüllen, so daß die Bewegung den Charakter eines Aufstandes annehmen würde. Es mußten zwei Jahre vergehen, ehe dies erreicht wurde.

Diese Offensive fand statt als ein Teil einer Strategie des Aufstandes, aber es war kein Aufstand, obwohl wir zu einem solchen aufrufen. Wie es sich herausstellte, dienten diese Operationen als Propaganda für den Aufstand.

FRAGE: Haben Sie sich damit auseinandergesetzt, was eine Niederlage bedeutet hätte?

H. ORTEGA: Ja, das taten wir. Wenn wir keinen Erfolg gehabt hätten, wäre dies ein schrecklicher Schlag für die Sandinistas gewesen. Aber wir mußten das Risiko eingehen. Wir wußten, daß wir nicht vernichtet werden würden, weil wir unseren Feind kannten. Natürlich bestand immer ein Risiko. Aber vernichtet zu werden, ohne in die Offensive zu gehen, wäre schlimmer gewesen, als in der Offensive vernichtet zu werden. Denn durch den Kampf konnten wir einen siegherbeißen Prozeß einleiten. Wenn wir nicht die politische und militärische Offensive ergriffen hätten, wäre uns die Niederlage sicher gewesen. Dies war das Problem, dem wir gegenüberstanden.

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Granma Weekly Review, Havanna, 27.1.1980)

ABC.

Die Alphabetisierung
in Nicaragua beginnt.

Weil 1 Mio Menschen
lesen und schreiben lernen müssen.

Als Voraussetzung für
wirkliche Demokratie.

Gebraucht werden 40 Mio Dollar.

Wenn wir helfen,
ist dies Ziel schnell erreicht.

Alphabetisierung:
A und O des neuen Nicaragua.



Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrichstr. 10 · 5600 Wuppertal 1
Bitte fordern Sie

Informationsmaterial an.
Stadtparkasse Wuppertal
Konto 976738 (BLZ 33050000)
Stichwort „Alphabetisierung“
Spendenquittung möglich.



Hanne Denk/Jutta Weber

Gärungsprozeß in der karibischen Inselwelt

Gleichzeitig mit der revolutionären Zuspitzung in Mittelamerika (Nicaragua, El Salvador, Guatemala) kam es auch in der Inselwelt der Karibik zu einem Aufschwung demokratischer und antiimperialistischer Bewegungen. Das Beispiel der siegreichen Revolutionen Kubas (1959) und Nicaraguas (1979) ermutigt und droht Schule zu machen.

Der demokratische Aufschwung zeigte sich beispielsweise im Mai 1978 in den Wahlen in der **Dominikanischen Republik**, die schließlich zu einer Ablösung des diktatorischen Regimes J. Balaguer durch eine bürgerlich-liberale Regierung der Dominikanischen Revolutionären Partei unter A. Guzman führten.¹ Erst kürzlich lehnte diese Regierung das Ersuchen der USA, in der Republik Stützpunkte errichten zu dürfen, ab.²

Im November 1979 machte die II. Internationale Konferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos in Mexiko-Stadt, an der sich 700 Delegierte aus 60 Ländern beteiligten, deutlich, daß die puertorikanischen Patrioten in ihrem Unabhängigkeitskampf mit zunehmender internationaler Solidarität rechnen können.

Jamaika nimmt seit dem Wahlsieg der Nationalen Volkspartei (PNP) 1972 antiimperialistische Positionen ein und die Regierung M. Manley war mit einem Programm der politisch-wirtschaftlichen Unabhängigkeit und sozialer Reformen angetreten.

Selbst auf **Haiti**, wo die seit 1957 bestehende Duvalier-Diktatur bereits ca. 100 000 Todesopfer gekostet hat,³ konnten sich die Oppositionskräfte formieren. 1978 fand in der Illegalität der 1. Parteitag der Vereinigten Partei der Kommunisten Haitis (PUCH) statt und das von den USA gestützte Regime sieht sich trotz des zeitweilig eingeleiteten Versuchs einer Scheindemokratisierung wachsendem Widerstand gegenüber. Zudem stößt die Behandlung der haitianischen Flüchtlinge (Bootsleute) durch die US-Behörden auf zunehmende internationale Kritik (sie werden bei ihrer Ergreifung kurzerhand nach Haiti zurücktransportiert, wo sie die Gefängnisse und Folterkammern des „Präsidenten auf Lebenszeit“ erwarten).

Auf den französischen Besitzungen **Martinique** und **Guadeloupe** legten im Oktober 1979 während der Anwesenheit des Staatssekretärs für überseeische Departements und Territorien P. Dijoud wochenlange Streiks der Beamten, Bauarbeiter, Automechaniker und Hafentarbeiter die Wirtschaft lahm.⁴

Auf der im Oktober 1979 von England in die Unabhängigkeit entlassenen Insel **St. Vincent** haben sich die sozialistisch orientierten Oppositionskräfte in der Bewegung des Vereinigten Volkes (UPM) zusammengeschlossen. Zwar

konnte die bisher regierende Arbeitspartei von St. Vincent (SVLP) im Dezember 1979 noch einmal die Wahlen gewinnen, doch zeigte die im Vergleich zu früher geringe Wahlbeteiligung, daß sie erheblich an Einfluß verlor.⁵

Das größte Aufsehen hat der Wandel auf den bis vor kurzem britischen Inseln St. Lucia, Dominika und Grenada erregt. Auf **St. Lucia** konnte bei den Wahlen im Juli 1979 die linksgerichtete Arbeiterpartei St. Lucias (SLP) 12 der 17 Parlamentssitze erringen, womit die konservative und auslandskapitalfreundliche Regierung J. Compton abgelöst wurde.

Auf **Dominika** rief im Mai 1979 die Absicht der Regierung P. John, einer US-Gesellschaft für 99 Jahre territoriale Besitzrechte zum Bau eines Freihafens zu gewähren, Unruhen hervor. Diese verstärkten sich, als bekannt wurde, daß eine Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika beim Bau einer Ölraffinerie geplant war. Nachdem die Regierung versuchte, den wachsenden Widerstand durch Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte und der Pressefreiheit einzudämmen, zwang ein Generalstreik P. John zum Rücktritt. Interimspräsident O. Seraphine erzwang auf Druck der USA hin allerdings inzwischen das Ausscheiden zweier linker Kabinettsmitglieder. Für die nächsten Wochen kündigte er Wahlen an.

Stürmischer Wandel auf Grenada, Dominika

Durch einen unblutigen Putsch wurde im März 1979 auf **Grenada** die 12-jährige Diktatur E. Gairys beendet.⁶ Die neue Regierung unter Führung von Maurice Bishop verfolgt eine an sozialen Reformen und klaren antiimperialistischen Zielen orientierte Politik (siehe die nebenstehende Rede M. Bishops). Im Oktober und November 1979 schlugen zwei von den USA initiierte Putschversuche fehl.

Mit der Deklaration von St. George's⁷ verabschiedeten die Regierungen St. Lucias, Dominikas und Grenadas im Juli 1979 ein Programm der Zusammenarbeit, in dem sie ihre antiimperialistische Orientierung zum Ausdruck brachten. Der Aufschwung progressiver Bewegungen in dieser Region soll jedoch mit allen Mitteln gebremst werden.⁸ Dies insbesondere deshalb, weil die karibischen Inseln eine geographisch überaus wichtige Lage für den internationalen Schiffsverkehr einnehmen, weil ca. 40% der US-Ölimporte über die Karibik transportiert und zu erheblichen Teilen dort raffiniert werden, weil die karibischen Inseln strategisch für die Überwachung der Panamakanal-Zone sowie ganz Zentral- und Südamerikas von hoher Bedeutung sind. Aus diesem Grund unterhalten die USA zahlreiche Luftwaf-



Maurice Bishop

Grenadas demo- kratische Revolution

Am 13. März 1979 stürmten auf Grenada Mitglieder der nationalen Befreiungsbewegung Neue Bewegung für gemeinsame Bemühungen nach Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung (New JEWEL Movement) unter Führung von Maurice Bishop das militärische Hauptquartier des Diktators Eric Gairy. Die Bevölkerung befolgte den Aufruf, die Aufständischen zu unterstützen und machte der langjährigen Tyrannei ein Ende, indem sie die Revolutionäre Volksregierung (PRG) an die Stelle des Diktators setzte.

Das revolutionäre Grenada nahm freundschaftliche Beziehungen besonders zu Kuba, Nicaragua und Jamaika auf. Im September 1979 trat es in Havanna der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei. Wie die zwei gescheiterten Putschversuche zeigen, haben die USA dieser Entwicklung jedoch nicht tatenlos zugesehen. Auch heute noch hat Angela Bishop, die Frau des Premierministers, Anlaß zu sagen: „Es ist ein Wartenspiel – wir sitzen da und warten ab, was passieren wird. Wir wissen, daß Gairy in den USA mit dem Ziel einer Invasion Grenadas Söldner zu rekrutieren versuchte, um die Führung der PRG zu beseitigen – allerdings sind wir gut darauf vorbereitet, um Gairy und seinen Söldnern zu begegnen.“ (Tageszeitung, 5.3.1980)

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen die Rede, die Premierminister M. Bishop anlässlich des 1. Jahrestages der Revolution am 13.3.1980 vor 20.000 Menschen in St. George's hielt.

Die Revolution Grenadas war eine Revolution für Demokratie, für Gerechtigkeit und für die gleichberechtigte Teilnahme unseres Volkes an allen Entscheidungen, die sein Leben betreffen. Unser Volk war niemals zuvor geeinter, stärker und energischer. Niemand zuvor hat es mehr an Entscheidungsprozessen teilgenommen, die es betreffen, war es stärker in den alltäglichen Aufbauprozeß unseres Landes einbezogen... Unsere Arbeiter haben Grund, zufrieden zu sein, ebenso die Bauern, die Jugend, die Studenten und die Frauen unseres Landes. Der private Sektor hat Grund, sich mit der restlichen Bevölkerung im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen.

Nein zum US-Hinterhof!

Es gibt Leute, die glauben, man könne Demokratie nur alle fünf Jahre haben, und nur für fünf Sekunden in diesen fünf Jahren, wenn das Volk ein Kreuz auf den Stimmzettel machen darf. Aber vier Jahre und 364 Tage lang haben dieselben Menschen kein Recht, irgendetwas zu ihrer Regierung zu sagen, an den anstehenden, sie betreffenden Entscheidungen teilzunehmen.

Die nationale Einheit, der nationale Stolz und der neue Patriotismus, die die Menschen unseres Landes spüren, beruhen auf ihrer wichtigen Einschätzung, daß zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes die Regierung ihre Interessen vertritt. Wenn sie anfangen, freiwillig zu arbeiten, sich zu vereinen und den Wiederaufbau ihrer Gemeinschaft organisieren, erkennen sie, daß ihnen kein Diktator die Früchte ihrer Arbeit wegnehmen wird. Wir haben nur ein Recht klargemacht, nämlich daß wir ein für allemal mit dem Recht der Ausbeutung Schluß machen werden.

Wir verstehen, daß die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion versuchen werden, unseren Entwicklungsprozeß zu destabilisieren, unsere Erfolge aufzuhalten und rückgängig zu machen.

Die Kräfte des Imperialismus wie die des Kolonialismus sind nicht daran interessiert, zuzusehen wie die Völker mit Würde vorwärtsschreiten und Entwicklungen in Gang setzen, die für uns bedeutend sind. Ihr einziges Anliegen ist Geld, sind Profite.

Es gibt Leute, die weiterhin glauben, daß die Vereinigten Staaten oder bestimmte Elemente dort das Recht hätten, die Karibik als ihr Hoheitsgewässer zu betrachten, als eine Verlängerung Amerikas, als ihren Hinterhof. Wir sagen nein zum Hinterhof! Dieses Gebiet, die Karibik und Lateinamerika, hat das Recht auf eine eigenständige Entwicklung, das Recht, seine Freunde selbst zu bestimmen.

5 Grundprinzipien sollten für die internationalen Beziehungen der Region maßgebend sein:

- 1) Anerkennung des Karibischen Meeres als eine Zone des Friedens; Verbot der Anwesenheit von militärischen Spezialeinheiten und Auflösung aller Stützpunkte in Ländern, deren Bevölkerung sie nicht wünscht; Beendigung der Monroe-Doktrin;
- 2) Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker der Region, einschließlich der noch bestehenden 25 Kolonien;
- 3) Wirkliche Anerkennung des Prinzips des ideologischen Pluralismus;
- 4) Schluß mit der Finanzierung, Unterstützung und Ermunterung von Söldnern und Konterrevolutionären; Schluß mit der Politik der Ermordung, Isolation und Teilung; Schluß mit dem Wettrennen;
- 5) Anerkennung der Souveränität, rechtlichen Gleichheit und territorialen Integrität der Länder der Region; Anerkennung des Rechts der ausgebeuteten Länder, sich im Streben nach einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung zu vereinen und zu diesem Zweck Organisationen zu bilden.

An das Volk und die Regierung Kubas, die uns diese ganzen 12 Monate lang beigestanden haben: Wir im freien und revolutionären Grenada grüßen Euch noch einmal. Wir grüßen die lebendige Legende, den großen unbezwingbaren Führer, Genossen Fidel Castro.

Wir im freien Grenada werden niemals unsere Prinzipien aufs Spiel setzen. Wir werden immer jedem Volk in jedem Teil der Welt, das unterdrückt wird, zur Seite stehen, ungeachtet der Konsequenzen. Diese Kämpfe für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Befreiung werden immer wahre Freunde, wahre Verbündete in Grenada haben. Wir müssen sicherstellen, daß wir so bald wie möglich in Grenada das Stadium erreichen, unsere Schuld an die Menschheit zurückzuzahlen, wirksam dazu beizutragen, abzusichern, daß andere Länder und revolutionäre Bewegungen vorankommen.

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 23.3.1980, S. 3; Auszüge)



Kämpfer der New-JEWEL-Bewegung nach dem Aufstand 1979

fen- und Marinestützpunkte in diesem Gebiet, vor allem auf Puerto Rico, den US-eigenen Jungferninseln St. Croix, St. Thomas und St. John, auf den britischen Turks-Inseln und auf Bermuda. Vieques, die Nachbarinsel Puerto Ricos, dient ihnen als Versuchsort und Lagerstätte für Atomwaffen.⁹ Zudem würde ein konsequentes antiimperialistisches Auftreten zahlreicher junger Karibik-Staaten in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) das Kräfteverhältnis zuungunsten der USA beeinflussen.

Einst waren die Karibik-Inseln wegen ihrer Lage von hohem Interesse für die europäischen Kolonialmächte: als Umschlagplätze für afrikanische Sklaven, aber auch als Ausgangspunkte für weitere Kolonisationsfeldzüge. So wurden sie zunächst von Spanien, später von den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und den USA eingenommen, einige Inseln wechselten mehrmals den Besitzer. Die autochthone Bevölkerung (Kariben) wurde bereits unter der spanischen Kolonialmacht großenteils ausgerottet, ein erheblicher Teil ist heute afrikanischer Abstammung; starke ökonomische, politische und kulturelle Zersplitterung sind das Resultat der Interessenkämpfe zwischen den Kolonialmächten.

Koloniale Restposten

Während Kuba, Haiti und die Dominikanische Republik bereits im 19. Jahrhundert ihre Unabhängigkeit erringen konnten, setzte der Entkolonialisierungsprozeß in den restlichen Gebieten erst sehr viel später ein. Frankreichs Besitzungen Martinique, Guadeloupe und auf dem Kontinent Französisch-Guyana haben seit 1946 den Status überseeischer Departements und Territorien, mit dem die innere Selbstverwaltung verbunden ist. Eine Reihe der britischen Kolonien erhielt während der 60er Jahre die Unabhängigkeit, den anderen wurde als assoziierten Staaten des Vereinigten Königreichs die innere Selbstverwaltung gewährt.

Im Rahmen des noch andauernden Entkolonialisierungsprozesses entsteht in der Karibik eine Vielzahl sehr kleiner, wirtschaftlich kaum lebensfähiger Staaten (siehe Schaubild). In den nächsten Monaten sollen die Niederländischen Antillen, St. Kitts-Nevis und Anguilla sowie eventuell Montserrat unabhängig werden.

Die größten Probleme der jungen Staaten bestehen in der Außenabhängigkeit ihrer Ökonomien und einer durchweg sehr hohen Arbeitslosigkeit (zwischen 20 und 50%). Das Auseinanderklaffen der Preise der – meist agrarischen – Exportgüter und der Importwaren, insbesondere des Erdöls, hat während der letzten Jahre im Verein mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den meisten Ländern zu drastischen Zahlungsbilanzdefiziten geführt, die die externe Abhängigkeit noch verschärfen. Hierdurch sind nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Souveränität dieser Staaten Grenzen gesetzt.

Dies zeigen augenblicklich die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) gegenüber Jamaika. Jamaika ist durch die Inflation auf dem Weltmarkt in eine schwere Wirtschaftskrise geraten. Die Auflagen für einen neuen IMF-Kredit würden die Regierung M. Manley zwingen, von ihrer redistributiven Einkommenspolitik abzuweichen, den Staatshaushalt drastisch zu kürzen und damit schwerwiegende Einschränkungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie eine Erhöhung der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen.¹⁰ Jamaika lehnte diese Forderungen ab und wandte sich mit der Bitte um Finanzhilfe an die sozialistischen Staaten.

Zudem bietet die koloniale bedingte Zersplitterung dem Imperialismus heute die Möglichkeit, Ansätze einer regionalen Integration zu behindern. Derartige Ansätze waren bis zur

Daten zur Karibik

Länder und Gebiete	Fläche in qkm	Bevölkerung in Tausend	Politischer Status	Hauptexportpartner Land	%	wichtigste Wirtschaftszweige
Antigua und Barbuda	442	70	Britische Kolonie	USA	21	Baumwolle, Zucker, Tourismus
Holländische Antillen (Curacao, Aruba, Bonaire u.a.)	995	258	Holländische Kolonie	USA	69	Ölraffinerie, Tourismus
Barbados	431	250	Unabhängig seit Nov. 1966	USA	26	Zucker, Ölfraffinerie, Tourismus
Belize	22.965	153	Britische Kolonie	USA	30	Zitrusfrüchte, Zucker, Holz
Bahamas	13.395	220	Unabhängig seit Juli 1973	USA	76	Tourismus, Ölfraffinerie, ausländische Banken (bekannt als Steuerfreizeitparadies und „Schweiz Amerikas“)
Bermudas	53,3	60	Britische Kolonie	USA	25	Tabak, Bananen, Zitrusfrüchte, Tourismus (Wirtschaft relativ diversifiziert)
Cayman Inseln	260	12	Britische Kolonie	USA		Tourismus, Finanzgeschäfte
Kuba	114.524	9.460	Unabhängig	Sowjetunion	35	Zitrusfrüchte
Dominika	728	80	Unabhängig seit Nov. 1978	England	84	Bananen, Kokosnüsse, Zitrusfrüchte, Ölfraffinerie
Grenada	344	100	Unabhängig seit Feb. 1974	England	36	Muskat, Kakao, Bananen, Kokosnüsse, Tourismus
Guyana	215.000	830	Unabhängig seit 1966	USA	25	Zucker, Bananen, Bauxit
Guadeloupe	1.779	375	Französische Kolonie	Frankreich	85	Zucker, Bananen, Kaffee, Kakao, Tourismus
Französisch Guyana	91.500	66,5	Französische Kolonie	USA	85	Zucker, Reis, Bananen, Holz
Haiti	27.750	4.750	Unabhängig	USA	62	Kaffee, Zucker, Kakao, Sisal, Baumwolle, Tabak
Jamaika	10.961	2.090	Unabhängig seit 1962	USA	46	Bauxit, Zucker, Bananen, Tourismus
Martinique	1.102	363	Französische Kolonie	Frankreich	66	Landwirtschaft und Fischerei, Tourismus
Montserrat	106	13,5	Britische Kolonie	Antigua	25	Baumwolle, Zitrusfrüchte, Bananen
Puerto Rico	8.897	3.300	Frei assoziierter US-Staat	USA	85	Kaffee, Zucker, Tabak, Ölfraffinerie, Kupfer
Dominikanische Republik	48.442	5.000	Unabhängig	USA	70	Bauxit, Nickel, Zucker, Kakao, Kaffee, Bananen, Tabak, Sisal
Surinam	165.265	460	Unabhängig seit Nov. 1975	USA	42	Bauxit
St. Kitts-Nevis	354	55	Britische Kolonie	England	87	Zucker, Erdnüsse
St. Lucia	616	120	Unabhängig seit Feb. 1979	England	58	Bananen, Kakao
St. Vincent	389	100	Unabhängig seit Okt. 1979	England	59	Bananen, Zucker, Tourismus
Trinidad und Tobago	5.128	1.100	Unabhängig seit August 1972	USA	71	Ölraffinerie, Asphalt
Insgesamt	729.424,3	29.266				

(Quelle: Presencia Universitaria, Honduras, Nr. 57, September 1979, S. 15; Le Monde Diplomatique, Paris, März 1980; Comercio Exterior, Mexiko-Stadt, April 1979)

Deklaration von St. George's auch auf die 1973 erfolgte Gründung des Gemeinsamen Karibischen Marktes (CARICOM) durch die ehemals britischen Inseln unter Einschluß Belizes beschränkt, dem die assoziierten Staaten des Vereinigten Königreichs angeschlossen wurden. Die bis jetzt sehr beschränkte Funktionsfähigkeit dieses Marktes könnte sich künftig durch eine verstärkte Kooperation mit einigen mittel- und südamerikanischen Ländern erhöhen, wodurch die Probleme der karibischen Inseln zumindest abgemildert werden könnten.

Zur nächsten CARICOM-Konferenz im Mai d.J. wurden Mexiko und Venezuela als Beobachter eingeladen. Ein Erfolg in dieser Richtung stünde freilich im Widerspruch zur Politik der USA, die beabsichtigen, unter Einschluß Mexikos im karibischen Raum eine Freihandelszone zu errichten und so die Effektivität des CARICOM weiter zu untergraben.¹¹ Hinter der Bereitwilligkeit der christdemokratisch regierten Ölmacht Venezuela, mit den karibischen Inseln zu kooperieren und selbst den neuen eindeutig antiimperialistischen Staaten wie Grenada Hilfe zu gewähren,¹² dürfte allerdings auch die Absicht stehen, die eigene Vorherrschaft in der Karibik-Region zu sichern.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1978, S. 67
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.3.1980
- 3) Horizont, Berlin, Nr. 42/1979
- 4) Le Monde, Paris, 13.10.1979
- 5) Caribbean Contact, Bridgetown, Januar 1980
- 6) Vgl. AIB, Nr. 6/1979, S. 39
- 7) Wortlaut in: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 23 ff.
- 8) Auf die Linkstendenzen in der Karibik reagierte Washington zunächst mit einer Verstärkung der Flotten- und Truppenpräsenz im karibischen Raum. Zudem bemüht es sich zur Zurückdrängung des „Einflusses Kubas“, aber auch um eine Intensivierung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Vgl. America Latina. Informe Semanal, 18.1.1980
- 9) Die Tageszeitung (TAZ), 22.1.1980
- 10) Vgl. FAZ, 31.3.1980
- 11) Vgl. AIB, Nr. 7-8/1978, S. 29 und ila-Info, Nr. 31/Dezember 1979
- 12) Vgl. Granma. Weekly Review, Havanna, 9.12.1979 und America Latina. Informe Semanal, 18.1.1980

Jutta von Freyberg

5 Jahre befreites Vietnam: „Alles noch im Zustand des Entwurfs“

Fünf Jahre sind es jetzt her, daß der Süden Vietnams sich von US-imperialistischer Herrschaft befreit hat. Fünf Jahre – lange genug, um die Konturen des neuen Vietnam zu erkennen, für dessen Gestaltung das vietnamesische Volk mehr als 30 Jahre gekämpft hat.

Aber diese Konturen des neuen Vietnam – werden sie nicht zwangsläufig überlagert und deformiert von der Vergangenheit? Nach noch immer unvollständigen Schätzungen beläuft sich die Zahl der Vietnamkriegsopfer, der Toten, Verwundeten, Flüchtlinge, Witwen, Waisen und Obdachlosen auf etwa 15 Mio.

Zu diesen Opfern des US-Krieges müssen auch die rund 8 Mio Menschen im Süden des Landes gerechnet werden, die als Arbeitslose, Analphabeten, Prostituierte und Drogen-süchtige unter der US-Herrschaft entwurzelten und zum gesellschaftlichen „Bodensatz“ vor allem der Großstädte des Südens wurden. 2,5 Mio t Bomben waren über Vietnam abgeworfen worden. Die 24 Mio Bombenkrater würden – nebeneinander gelegt – eine Fläche von 140.000 ha ausmachen.¹

Sind fünf Jahre nicht viel zu kurz, um die von ausländischen Importen vollständig abhängige, von US-Konsumgewohnheiten geprägte Leichtindustrie, die der südvietnamesischen Wirtschaft künstlich aufgepfropft worden war, umzustülpen und den Bedürfnissen und Erfordernissen des wirtschaftlichen Aufbaus im gesellschaftlichen Gesamtinteresse anzu-

passen?

Und es waren ja nicht nur deformierte Wirtschaftsstrukturen, die der US-Imperialismus zurückließ: Das traditionelle soziokulturelle Gefüge wurde zerstört. Millionen von Menschen hatten sich in das System von Korruption, Schwarzmarkthandel, Schiebereien, halblegalen Geschäften und Kriminalität eingepaßt, waren darin reich geworden, oder wohlhabend, oder konnten wenigstens überleben. Und sie waren harter körperlicher Arbeit entwöhnt.

Anfänge der revolutionären Umwälzungen im Süden

Für jene städtischen Schichten des Südens, die in direkter oder indirekter Form vom US-Krieg gelebt und profitiert hatten,² waren die fünf Jahre, in denen das vietnamesische Volk mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft begann, in denen jedem einzelnen neue immense Opfer und Entbehrungen abverlangt wurden, zweifellos nur kurz für tiefgreifende Veränderungen in den Bewußtseinsstrukturen. Aber in den Bereichen der ökonomischen Basis, der Gesetzgebung, der gesellschaftlichen und politischen Institutionen, der Kultur und Bildung hat es eine ganze Reihe von grundlegenden Veränderungen gegeben – Bestandteile und Anfänge der revolutionären Umwälzung im Süden. Sie sind



Voraussetzungen dafür, daß die nach den gemeinsamen Wahlen zur Nationalversammlung 1976 vollzogene Wiedervereinigung des Landes auch durch eine tatsächliche Angleichung der Gesellschaftsstrukturen schrittweise realisiert werden kann.

Mit der Nationalisierung von Grund und Boden, der Beseitigung von feudalen Abhängigkeitsverhältnissen auf dem Land durch Enteignung des Großgrundbesitzes, der Senkung von Pachtzinsen und Steuern wurde für die vietnamesischen Bauern eines der grundlegenden Ziele, für die sie seit Generationen gekämpft hatten, verwirklicht.

Bald danach setzte der Prozeß der Kollektivierung in der Landwirtschaft ein (im März 1980 nach französischer Schätzung durchschnittlich 24% im Süden, in der Provinz Guo Long allerdings schon 55%),³ des Übergangs zu genossenschaftlichen Formen der Produktion, der in den verschiedenen Regionen in unterschiedlichem Maße und nicht ohne Reibungen vorangeschritten ist.

Die Festlegung von Mindestlöhnen, die Schaffung eines Systems der kollektiven Mitbestimmung und Kontrolle in den Betrieben, die Verankerung der Rechte der Gewerkschaften in Betrieb und Gesellschaft und die Anfänge einer Sozialgesetzgebung waren Maßnahmen, die zum einen den Arbeitern des Südens Verbesserungen ihrer materiellen und rechtlichen Position im Betrieb einbrachte. Zum anderen spiegelten sie ihre völlig neue Rolle in der Gesellschaft als führende Klasse wider. Die Arbeiter waren auch aktiv beteiligt an der Durchführung der 1975 begonnenen Verstaatlichung, die im Bereich der Industrie auch Mischformen halbstaatlicher und privater Unternehmen mit staatlicher Beteiligung zuließen.

Mit der Verstaatlichung des Großhandels 1978 verloren rund 15.000 Großhändler nicht allein ihre Privilegien, sondern auch ihre Fähigkeit, durch Warenhortung und gezielte Gerüchte Lebensmittelpreise in immensen Höhen zu treiben, die Bevölkerung zu Panikkäufen zu veranlassen oder – wie in der Vergangenheit geschehen – ganze Provinzen mit Aus Hungering zu bedrohen.

Neben der Währungsreform im Jahre 1978 ist vor allem die Ausarbeitung und Diskussion der sozialistischen Verfassung (ihre Verabschiedung steht noch aus) ein wichtiger Schritt in Richtung auf Integration von Norden und Süden.

Im Bereich der vietnamesischen Außenpolitik gehören zweifellos die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) – gegen den Widerstand der USA – in die UNO (1977), der Beitritt der SRV zum Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (1978), der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR (1978) und die seit dem Sturz der Pol-Pot-Diktatur (1979) wiederhergestellten freundschaftlichen Beziehungen zu Kampuchea, die die enge Solidarität der drei indochinesischen Brudervölker Vietnam, Laos und Kampuchea wieder in Kraft setzte (siehe nachstehend deren gemeinsame Erklärung vom Januar 1980), zu den wichtigsten Aktivposten.

Folgen von US-Wirtschaftskrieg und chinesischer Aggression

Doch die fünf Jahre seit der vollständigen Befreiung waren bekanntlich keine Jahre des ungestörten friedlichen Aufbaus.

Die große Trockenheit des Jahres 1977 hatte Vietnam bereits beträchtlichen Schaden zugefügt. Die Hochwasserkatastrophe des Jahres 1978 sollte bei weitem schlimmere Folgen zeitigen: 30-50% der Reisernte⁴ wurden vernichtet, der Viehbestand beträchtlich reduziert, Dämme und Deiche zerstört und landwirtschaftliche Anlagen sowie Wohnhäuser beschädigt.

Der Grenzkrieg der Pol-Pot-Armee machte 257.000 viet-

namesische Bürger in den acht an Kampuchea angrenzenden Provinzen obdachlos, Tausende wurden getötet; 25 städtische Ansiedlungen und 96 Dörfer, 223 Schulen sowie 168 Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen wurden stark beschädigt oder zerstört. Ebenfalls hoch waren die Verluste in der Feld- und Viehwirtschaft.⁵

Die US-Regierung unter J. Carter weigerte sich nicht nur, die von US-Präsidenten R. Nixon verbindlich zugesagten Aufbau- und Soforthilfen in Höhe von über 4 Mrd Dollar zu zahlen;⁶ mit ihrer Politik des Wirtschaftsboykotts setzte sie ihre Aggressionspolitik gegen Vietnam mit veränderten Mitteln fort. Dabei schlossen sich ihr ihre engsten Partner – wie z.B. die Bundesrepublik – an.

Die Pekinger Führung verstärkte ihre Hegemonialansprüche gegenüber Vietnam und steigerte – als Vietnam sich nicht beugte – ihre immer feindseligere Politik schließlich zur offenen Aggression (Februar 1979). Ihre Politik der Aufhetzung der Hoas (Vietnamesen chinesischer Herkunft) zur Flucht hatte schwere Störungen des Wirtschaftslebens zur Folge. Begleitende Maßnahmen: der Abzug chinesischer Techniker, die Einstellung aller Hilfsprojekte und völliger Stopp der Wirtschaftsbeihilfe seit Anfang Juli 1978.⁷

Der chinesische Aggressionskrieg vom Februar vergangenen Jahres hatte in den vietnamesischen Grenzprovinzen verheerende Folgen: Industrieanlagen, Brücken, Krankenhäuser, Kindergärten, öffentliche Einrichtungen, Maschinenparks und Vorratslager von Genossenschaften wurden gesprengt, verbrannt, dem Boden gleichgemacht.

Die von Peking auch heute fortgesetzte Politik der offenen Aggressionsandrohung gegen Vietnam zwingt dieses, beträchtliche Teile seines Nationaleinkommens für die Verteidigung des Landes aufzuwenden – abgesehen davon, daß Tausende von erfahrenen technischen Kadern für Wirtschaft und Verwaltung nicht zur Verfügung stehen. Die in großem Maßstab geplanten Projekte zur Neulandgewinnung, für die der Einsatz der Armee bzw. demobilisierter Soldaten vorgesehen war, mußten erheblich reduziert werden.

Reales Absinken des Lebensstandards

Die von Peking und Washington lancierte internationale Hetzkampagne gegen Vietnam hatte zweifellos auch Wirkung auf solche kapitalistischen Staaten und Staaten der Dritten Welt, die zu normalisierten Beziehungen zu Vietnam bereit waren.

Die Hetzkampagne verschärfte das Flüchtlingsproblem, insbesondere da im Untergrund arbeitende Hoa-Organisationen vor allem Ärzte und Techniker durch Geldangebote systematisch zur Flucht abwarben.

Alle diese inneren und äußeren Faktoren bewirkten – wenn auch nicht allein –, daß die beim IV. Parteitag der KP Vietnams (1976) entwickelten und im Fünfjahresplan 1976-80 quantitativ festgeschriebenen Planziele in wichtigen Bereichen nicht erfüllt werden konnten.⁸

Im entscheidenden Bereich der Nahrungsmittelproduktion sah der Fünfjahresplan eine Steigerung der jährlichen Produktion vor, die 1980 21 Mio t erreichen sollte. Doch schon für das Jahr 1977 erklärte der Vizepräsident der SRV, Le Thanh Ngi, daß die Produktion landwirtschaftlicher Güter, vor allem von Lebensmitteln, das Planziel nicht erreicht habe. Im August 1979 stellte der stellvertretende Direktor der Abteilung für internationale Kooperation im Agrarministerium der SRV, Mai Luong, fest, daß für 1979 ein Getreidedefizit von rund 3,8 Mio t erwartet werde. Der aktuelle Bedarf war auf 19,3 Mio t an Reis und anderen Getreidearten für den Nahrungsmittelverbrauch, für Aussaat und Tierfütterung geschätzt, das Plansoll auf 16,5 Mio t festgelegt worden. Das Defizit an Nahrungsmitteln für die Bevöl-

kerung wurde noch vergrößert durch die Nahrungsmittellieferungen an Kampuchea. Dazu Mai Luong: „Was Kampuchea betrifft – wir sind als Brüder eng einander verpflichtet, deshalb müssen wir unsere Nahrung mit dem kampucheanischen Volk teilen.“⁹

Die 6. Tagung des Zentralkomitees (ZK) der KP Vietnams vom August 1979 revidierte dann die Planziffern für 1980 und legte für die Nahrungsmittelproduktion 15 Mio t fest. Korrekturen fanden auch bei anderen Positionen des Staatsplans statt (siehe Tabelle).

Der zu geringe Zuwachs insbesondere in der Nahrungsmittelproduktion hatte ein spürbares Absinken des Lebensstandards zur Folge, der in den Städten des Südens um so empfindlicher war, als hier zur Zeit der US-Herrschaft eine jährliche Finanzspritze in Höhe von rund 2 Mrd Dollar den Lebensstandard künstlich hochgehalten hatte. Diese Mittel waren seit dem 30. April 1975 schlagartig gestoppt worden.¹⁰

Auch im Norden sank der Lebensstandard unter das Niveau manchen Kriegsjahres. Der Mangel an tierischen und pflanzlichen Proteinen – so Mai Luong – führt dazu, daß die Menschen – insbesondere bei harter körperlicher Arbeit – schnell ermüden. Im Süden verstärkte die Lebensmittelknappheit die Flucht Tendenzen bei Mittel- und Oberschichten.

1979 stellte der Staat jedem Vietnamesen 9 kg Grundnahrungsmittel (1977 bestanden sie ausschließlich aus Reis) zu festgesetzten Niedrigpreisen auf Bezugsschein zur Verfügung. Doch nur knapp 1/3 davon waren Reis – das traditionelle Hauptnahrungsmittel –, der Rest: Nudeln, Brot, Weizenmehl, Hirse. Zusätzliche Lebensmittel müssen auf dem „freien Markt“ zu horrenden Preisen gekauft werden. So kostet z.B. 1 kg Reis auf dem „freien Markt“ zwischen 7 und 9 Dong, wobei aber ein Facharbeiter durchschnittlich nur um die 100 Dong verdient (ein Lehrer 60-70 Dong, eine Krankenschwester 45 Dong, ein Bauingenieur 70 Dong).

Zusätzliche Schwierigkeiten bei der Versorgung entstehen dadurch, daß das Netz der Verkaufsgenossenschaften, die zu staatlich festgesetzten Niedrigpreisen verkaufen, nicht kontinuierlich beliefert wird, daher nicht immer ausreichend Waren vorrätig hat.

Um die technischen und intellektuellen Kader im Süden durch materielle Anreize gegen Verlockungen der Fluchtpropaganda resistenter zu machen, wurden ihre Gehälter – im Vergleich zu ihren Kollegen im Norden – um 50 bis

100% erhöht. Dennoch verdienen sie selbst bei doppeltem Gehalt immer noch bedeutend weniger als zur Zeit der US-Herrschaft.¹¹

Neben den bereits geschilderten objektiven Ursachen der komplizierten Wirtschaftslage gab es aber auch eine Reihe von subjektiven Gründen (siehe auch Kasten M. Warnenska). Die 6. ZK-Tagung der KP Vietnams setzte sich im August 1979 kritisch mit Leistungs- und Planungsfehlern auseinander, prangerte Bürokratismus, Korruption, mangelndes Verantwortungsgefühl, ungenügende Kooperation zwischen verschiedenen Branchen und Verwaltungsinstanzen an.

Die Parteizeitung der KP Vietnams, Nhan Dan, deckte öffentlich verschiedene Mißstände in Wirtschaft und Verwaltung auf. Am 7.8.1978 bemängelte sie, daß die tägliche Arbeitszeit in den Betrieben oftmals nur 5 Stunden betrage, und die Kapazität der Maschinen und Anlagen vielfach nur zu 50% genutzt würden.¹² Noch schärfer kritisierte sie in einem Leitartikel vom 9.10.1979 Schlamperei und Machtmißbrauch: „Die Produktion stagniert, obwohl die Lebensbedürfnisse schnell anwachsen. Dies führt zu einem anormalen Fortbestehen eines Ungleichgewichts, das sowohl die nationale Wirtschaft wie auch das Leben unserer Bevölkerung betrifft. Die täglichen Mahlzeiten sind sehr dürftig. Es gibt Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. Die Lebensbedingungen der Werktätigen werden immer härter. Zahlreiche Fehlentwicklungen haben wir uns in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu Schulden kommen lassen: Verschwendung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, häufiges Erscheinen negativer Faktoren wie Diebstahl von öffentlichem Eigentum, Korruption und Konzentration von Macht.“¹³

Erfolge im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen

Bereits im September 1979 leitete die Regierung der SRV konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Probleme in der Industrie, der Landwirtschaft und im Distributionsbereich ein. Für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zog sie folgende Konsequenzen: Im „Beschluß über die Förderung von Initiativen zur intensiven Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche“ verpflichtete sie alle Staatsgüter, Genossenschaften und Produktionskollektive, „exakte Pläne zur allseitigen, ganzjährigen und mehrfachen Nutzung aller Flächen auszuarbeiten“. Durch eine Analyse des vorhandenen Potentials an Material, Technik und Arbeitskräften soll ein Maximum an Effektivität erreicht werden. Ziel ist es, daß nicht nur im Norden sondern auch im Süden, wo größtenteils nur einmal geerntet wird, zwei- bis dreimal jährlich geerntet werden kann.

Schon für die Winterbestellung (1979/80) wurden – laut Regierungsbeschluß – Flächen an Kollektive und Familien zur individuellen Nutzung für eine Reis-Saison übergeben. Volkskomitees der Provinzen und Städte können entsprechendes Land für 3 oder 5 Jahre den Familien, Massenorganisationen oder Kollektiven leihen, die es erschließen oder urbar machen. Danach sollen diese Flächen gegen entsprechendes Entgelt den landwirtschaftlichen Betrieben zurückgegeben werden.¹⁴

Angesichts der nicht unbeträchtlichen Schwierigkeiten sind die großen Leistungen der SRV in den Bereichen Sozialpolitik, Bildung und Gesundheit um so beachtlicher.

Neben den Rehabilitationszentren für Kriegsverwehrte, Prostituierte und Rauschgiftkranke und den Einrichtungen für Kriegswaisen muß vor allem die erfolgreiche Alphabetisierungskampagne genannt werden, die bis Ende 1978 allen Analphabeten im Süden Grundkenntnisse im Lesen und Schreiben vermittelte, und die jetzt auf höherem Niveau

Tabelle – Die Schwierigkeiten des Fünfjahrplans 1976-80

(Unterschiede zwischen Produktion und Vergleichszahlen der letzten beiden Jahre)

	1979		1980	
	Ziele	Produktion	Ursprüngl. Ziele	Korrigierte Ziele
Getreide (in Mio t)	16,5	13,5	21	15
Kohle (in Mio t)	7,5	7,5	10	8,5
Zement (in tsd t)	1.028	729	2.000	1.300
Düngemittel (in tsd t)	700	700	1.300	1.000
Elektrizität (in Mrd kWh)	4,2	3,65	5	?

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, März 1980; nach Periodika und vietnamesischen Publikationen)

Monika Warnenska

Aufbau ist nichts Romantisches



Monika Warnenska, polnische Journalistin und Schriftstellerin, hat seit 1962 mehr als zehnmal Vietnam, Laos und Kambodscha bereist, allein im Jahr 1979 hielt sie sich zehn Monate lang in allen Teilen Indochinas auf. Viele ihrer bisher 15 Buchpublikationen sind dem Befreiungskampf der Völker Indochinas gewidmet. 1969 wurde sie für ihre publizistische Arbeit mit dem „Grand Prix“ – Preis des Internationalen Journalistenverbandes ausgezeichnet.

Zum Kaderproblem: Was die Probleme der Kader in Vietnam betrifft, so gibt es in dieser Frage sehr viele Mißverständnisse, sehr viele falsche Beschuldigungen. Ich kenne selbst sehr viele Kader im Norden und auch im Süden, dort natürlich die ehemaligen Kader der Nationalen Befreiungsfront, FNL. Diese Frage ist kompliziert. Ich möchte keine großen Worte gebrauchen, aber es existiert so etwas wie die „Romantik des Krieges“, Romantik des Widerstandskampfes. Aufbau aber ist jedenfalls nichts Romantisches. Und wenn man über die Kader in Vietnam spricht, dann muß man immer betonen, daß es dort viele gibt, die aufopferungsvoll und großartig in der Zeit des Krieges auf den verschiedensten Posten gearbeitet haben.

Ein Phänomen, das meiner Meinung nach im vietnamesischen Leben sehr wichtig ist, möchte ich besonders hervorheben: das ist die Stabilität der Kader in Nordvietnam auf der Ebene von Provinz und Distrikt. Dies habe ich selbst innerhalb von zehn Jahren des Krieges feststellen können. Die Kader wurden stabil. Sie haben in den schweren Kriegszeiten sehr viel von sich selber gegeben, vieles an eigenen Wünschen und Bedürfnissen zurückgestellt und aufgegeben. Dennoch konnten sich einige nach Beendigung des Krieges dem normalen Alltagsleben nicht so ohne weiteres anpassen. Das schafft Probleme.

Man muß wissen, daß es in einigen Gegenden von Vietnam einen katastrophalen Mangel an Kadern gibt. Zum Beispiel dort, wo im Süden die USA mit der „Operation Phönix“ gerade die tapfersten Kader umgebracht haben. Nach dem US-Krieg wurden Kader aus anderen Regionen hierher geschickt, Kader, die weder die Stadt oder den Bezirk kannten, Kader, die zum Teil auch keine Erfahrungen für ihre neue Arbeit mitbrachten. Nicht alle haben sich gut angepaßt, haben Verständnis für die Menschen, mit denen sie nun zu tun bekamen, und für ihre Arbeit gezeigt. Manche haben zu wenig Zeit, zu wenig Möglichkeiten gehabt, um die neuen Bedingungen, um das neue Gebiet ihrer Tätigkeit näher kennenzulernen. Sie mußten arbeiten, und zwar sofort, von heute auf morgen, ohne irgendwelche Zeit der Vorbereitung.

Aber ist das Schuld der Kader? Oder Schuld der Regierung? Oder der KP Vietnams? Darin besteht doch die außerordentlich komplizierte Lage, daß Vietnam sofort den Aufbau des neuen Lebens auf

verschiedenen Gebieten der Gesellschaft beginnen mußte, und nicht erst einmal verschiedene Modelle ausprobieren konnte – ist dieses oder jenes besser? – und nicht erst einmal die Fachleute in Ruhe ausbilden konnte...

Ich kenne selbst Leute aus der ehemaligen Befreiungsfront FNL, die während des Krieges sich durch Selbständigkeit des Denkens und Entscheidungskraft auszeichneten. Jetzt – in einer neuen Situation, in einer ungewohnten Umgebung und unerfahren in ihrem neuen Aufgabenbereich – fühlen sie sich nicht so sicher, fühlen sie sich der neuen Situation nicht gewachsen.

Sie kennen nicht die Städte, in denen sie arbeiten müssen. Oder sie arbeiteten dort in der Illegalität. Aber gerade wenn man jahrelang illegal gearbeitet hat, ist es nicht leicht, sich auf die legale Arbeit umzustellen.

Es gibt auch einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Lebensniveau der Menschen, die im Wald, im Dschungel waren, und zwischen dem Lebensniveau derer, die in den Städten blieben.

Ein weiterer Aspekt muß bei der Diskussion über die Kader-Problematik berücksichtigt werden: Wenn Kader aus dem Norden, der ehemaligen DRV, in den Süden kommen, wo vor allem in der ersten Zeit nach der Befreiung die Läden und der Schwarzmarkt von Konsumgütern überquollen, wo der ganze Stil des alltäglichen Lebens aufgrund der riesigen US-amerikanischen Wirtschaftshilfe anders war, dann ließen sich schon einige blenden vom „american way of life“. Daß sich Menschen nach langjährigen Entbehrungen und Schwierigkeiten, die sie sehr gut durchgestanden hatten, durch Konsumgüter verlocken und manchmal auch verderben lassen, das ist wohl keine spezifische vietnamesische Eigenschaft, das gibt's auch in anderen Ländern. Ich könnte da auch Beispiele aus den europäischen sozialistischen Ländern zitieren, wo sich Menschen von den Konsumgütern in den Läden in Westeuropa blenden lassen, selbst Menschen, die politisch gebildet sind, die aber sozusagen den Kopf verlieren, wenn sie die gefüllten Vitrinen sehen.

Zum Problem Korruption: Ja. Ich kann es auch ganz gut verstehen, daß Vietnamesen nach langen Jahren der Entbehrungen, wo sie fast vergessen haben, daß das Leben auch Annehmlichkeiten bieten kann, wenn sie in den Süden kamen, in Städte mit breiten Avenuen und modernen Gebäuden, wo Konsumgüter des täglichen Bedarfs nicht rationiert waren, diesen Druck einer anderen Wirklichkeit nicht ertragen konnten.

Und so kam es und kommt es zur Korruption von Kadern. Es ist eben nicht leicht für Menschen, die selbe strenge, disziplinierte Haltung zu behalten, die sie in den US-Kriegsjahren einnahmen.

Zum Problem Bürokratismus: Sicher, den gibt es hier und da. Aber die Kader sind eben oft unerfahren, und woher sollten sie ihre Erfahrung schöpfen?

Und so kommt es vor, daß sie auf neue Fragen bürokratisch reagieren, daß sie nur auf die Papiere, die Vorschriften gucken, und nicht auf den Menschen. Es kommt auch vor, daß sie Angst haben, Entscheidungen zu treffen, Angst vor der Verantwortung. Denn sie befinden sich in einer ganz neuen Situation, und wie in einem anderen Lande, wie in einer ganz anderen Wirklichkeit, der sie sich noch nicht anpassen konnten.

Aber das ist, ich wiederhole, nicht die Schuld der Leute, nicht die Schuld der Regierung. Und man muß sehen, daß sich die Regierung bemüht, diese Probleme in den Griff zu kriegen.

Zum Problem Rückzug alter Widerstandskämpfer: Ja, solche Menschen gibt es. Sie waren im Widerstand des Volkes gegen die US-Aggressoren aktiv, und jetzt halten sie sich ein bißchen abseits oder sind ausgewandert.

Das ist eher ein Zeichen dafür, daß sich das Leben zu normalisieren beginnt. Ich kenne persönlich solche Vietnamesen, die sehr aktiv am Kampf teilgenommen haben. Es war ein Teil ihrer Jugend, es war ein Teil ihres Strebens nach Freiheit und Unabhängigkeit. Jetzt, wo dies errungen ist, tritt eine gewisse Kriegsmüdigkeit ein. Man hatte genug Kraft gegen den Feind zu kämpfen, aber man hat nicht genug Kraft, um für den Aufbau weiterzukämpfen.

(Quelle: Vietnam Kurier, Düsseldorf, Nr. 1/1980; Auszüge)



Arbeitseinsatz im Mekongdelta: Bau neuer Bewässerungssysteme

fortgesetzt wird.

Die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen wuchs zwischen 1975/76 und 1977/78 um 10,6%, die Zahl der Berufsschüler um 31,2%, die der Studenten um 46,1%. Von 1975-78 wurden 63 Hochschulen und 268 Berufsschulen errichtet. Bereits 1976 wurden Gebühren für den Kindergarten- und Schulbesuch abgeschafft.

Im Herbst 1979 wurde zudem mit der Durchführung der bisher umfassendsten Bildungsreform in Vietnam begonnen. Sie wird die aus der Kolonialzeit stammende vierklassigen Grund-, siebenklassigen Mittel- und zehnklassigen Oberschulen durch eine einheitliche allgemeinbildende neunklassige Schule ablösen. Es wird damit gerechnet, daß es mehr als ein Jahrzehnt dauern wird, bis diese Schulreform im ganzen Land durchgeführt ist. Bis dahin wird – wie der Verfassungsentwurf vorsieht – die allgemeine Schulpflicht Gesetz sein.

Tausende von Kindergärten und -krippen wurden gebaut, das Netz der Krankenversorgung ausgeweitet, kostenlose medizinische Untersuchung und Behandlung eingeführt.¹⁵

Ansprüche der Mittelschichten – nicht der Maßstab

Ein Bilanzierungsversuch über fünf Jahre befreites Vietnam, der nur das spürbare Absinken des Lebensstandards vor allem der städtischen Bevölkerung des Südens im Blickwinkel hat, und dieses – wie es vor allem in bürgerlichen Medien geschieht – den „natürlichen“ Mängeln der sozialistischen Planwirtschaft anlastet, hat nur ein Zipfelchen der Wahrheit gepackt.

Die objektiven, von außen verursachten Wirtschaftsprobleme sind im Vergleich zu den subjektiven Fehlern riesenhaft. Und auch nicht Ansprüche und Bewußtseinslage der städtischen Mittelschichten können der Maßstab sein. Die Masse der Bevölkerung – d.h. die Bauern und Arbeiter – haben eine Zunahme an sozialer Gerechtigkeit erfahren, das Ende von Ausplünderungen durch Marionetten-Behörden und -Soldaten, durch Wucherzinsen, Inflation und Preismanipulationen durch Warenhortung der Großhändler. Sie haben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich die Anfänge echter Fortschritte erlebt.

Der Süden Vietnams hat – wie es vietnamesische Intellektuelle in einem offenen Brief an die „Freunde im Westen“ formulierten – „erst seine ersten Schritte auf dem Weg zum Sozialismus getan; alles ist noch im Zustand des Entwurfs oder der Planung. Alles muß erst noch geleistet und manches erneut in Angriff genommen werden“.¹⁶

Eine entscheidende Verbesserung der Lebenssituation für alle Teile des vietnamesischen Volkes – auch für die städtischen Mittelschichten des Südens – wird kurzfristig nicht möglich sein. In den Thesen zum 50. Jahrestag der Gründung der KP Vietnams wird darauf realistisch verwiesen: „Diese Wirtschaftsschwierigkeiten haben viele objektive Ursachen und ihre Lösung bedarf einer ziemlich langen Zeit. Die tiefe Ursache dafür besteht darin, daß unsere Wirtschaft noch immer eine rückständige Kleinproduktion ist.“ Das größte Hindernis für den Aufbau der sozialistischen Großproduktion aber sei „die feindliche Politik der reaktionären Kreise in der Pekinger Führung, die mit dem Imperialismus kollaborieren und ständig drohen, einen Krieg zu entfesseln. Dadurch ist unser Volk gezwungen, immer kampfbereit zu sein, um das Vaterland zu verteidigen und es kann nicht seine ganze Kraft auf den wirtschaftlichen Aufbau und die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes konzentrieren“.¹⁷

Dieses Volk darf nicht wieder Opfer einer Aggression werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Unsere Zeit (UZ), 23.2.1979
- 2) Dazu gehörten nicht nur die Oberschicht, sondern auch rund 1 Mio Beamte und Angestellte der Marionetten-Verwaltung, Tausende von Zulieferern für die Einrichtungen der US-Armee. Allein in Saigon waren zudem 300.000 Haushalte als Kleinhändler registriert, die – wie Peter Weiss schreibt – „mit dem Aufhören des Imports amerikanischer Verbrauchsgüter“ ihre Basis verloren. Die Tat, 26.1.1979
- 3) Le Monde Diplomatique, Paris, März 1980
- 4) Vgl. Frankfurter Rundschau, 10.1.1979
- 5) So der Bericht der vietnamesischen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Pol-Pot/Jeng-Sary-Clique. adn, 31.8.1979
- 6) Vgl. Briefwechsel Nixon – Pham Van Dong, in: Vietnam Kurier, Nr. 3/1977, Dokumentarteil
- 7) Nach Schätzungen von Le Monde Diplomatique (März 1980) hatte China in den letzten Jahren jährlich 500.000 t Reis, dazu Medikamente und Konsumgüter an die DRV geliefert. Die Frankfurter Rundschau vom 10.1.1979 schätzte die chinesische Wirtschaftshilfe – in den letzten Jahren – auf jährlich 300 Mio Dollar.
- 8) Über die Wirtschaftsentwicklung im Zeitraum des Fünfjahrplans 1976-80 liegen nur wenige konkrete und vergleichbare Daten vor. Die folgenden Angaben sind den Publikationen entnommen: Vietnam-Bulletin, Bonn, Sondernummer, September 1979; Vietnam-Bulletin, Nr. 1/1980; Vietnam, September 1978; hrsg. von Nguyen van Minh, Stuttgart o.J.; Frankfurter Rundschau, 20.8.1979; Le Monde Diplomatique, März 1980
- 9) Frankfurter Rundschau, 30.8.1979
- 10) Vgl. So werden Flüchtlinge gemacht, Hrsg. vom Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, Düsseldorf 1979, S. 5 und AIB, Nr. 9/1979, S. 17-21
- 11) Vgl. UZ, 29.9.1979
- 12) Nach: Le Monde Diplomatique, a.a.O.
- 13) Zit. nach: Le Drapeau rouge, 7.3.1980
- 14) Vgl. adn, 11.9.1979 und Le Drapeau rouge, a.a.O.
- 15) Vgl. Vietnam, September 1978, a.a.O.; Vietnam-Bulletin, Nr. 1/1980; Bulletin Nr. 9/1978
- 16) Vgl. So werden Flüchtlinge gemacht, a.a.O., S. 25 f.
- 17) Vgl. Vietnam-Bulletin, a.a.O., Nr. 2/1980

**Jürgen Reusch
Ist China
noch
sozialistisch?**



Marxismus aktuell

188 Seiten, Taschenbuch, 8,80 DM



Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt/Main 50
Telefon (0611) 571051

Konzert für Soweto FREIHEIT FÜR AFRIKA

Bongi Makeba

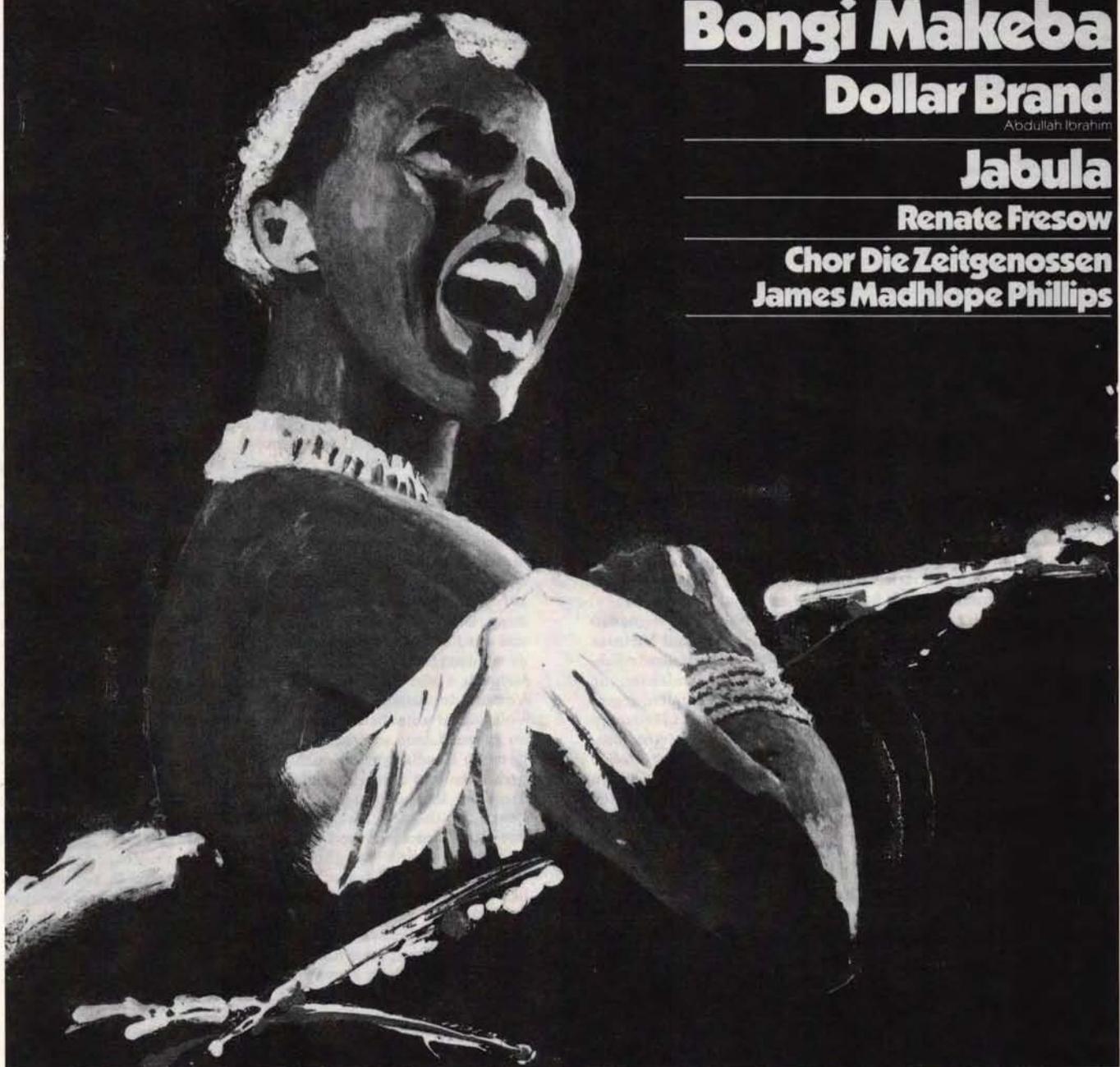
Dollar Brand

Abdullah Ibrahim

Jabula

Renate Fresow

**Chor Die Zeitgenossen
James Madhlope Phillips**



Veranstalter:
Antimperialistisches
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Latein-
amerika, Frankfurt, in
Zusammenarbeit mit dem
Konzertbüro „pläne“.



**Freitag 13.6.20h Düsseldorf/
Philipshalle**

Vorverkauf an allen be-
kannten Vorverkaufsstellen.
Telefonische Kartenbestel-
lungen bei Konzertbüro
„pläne“, (02 11) 36 03 57
Karten im Vorverkauf
10,- DM,
an der Abendkasse
12,- DM

Außenministerkonferenz Kampuchea, Laos' und Vietnams

Gemeinsames Kommuniqué



Aus Anlaß des 1. Jahrestages des historischen Sieges des kampucheanischen Volkes vom 7. Januar 1979 fand am 5. Januar 1980 zwischen den Außenministern der Volksrepublik Kampuchea, der Demokratischen Volksrepublik Laos und der Sozialistischen Republik Vietnam eine Konferenz in der Hauptstadt Phnom Penh statt.

An der Konferenz haben teilgenommen: Genosse Hun Sen, Außenminister der Volksrepublik Kampuchea; Genosse Sipaseuth, Außenminister der Volksdemokratischen Republik Laos; Genosse Nguyen Duy Trinh, Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam.

In einer Atmosphäre großer Begeisterung und voller Zuversicht, daß die gerechte Sache der drei Völker Kampuchea, Laos und Vietnam siegen wird, und im Geiste herzlicher Kameradschaft und Brüderlichkeit und des gegenseitigen Vertrauens haben die Außenminister, die zum ersten Mal zu einer solchen Konferenz zusammentrafen, gegenseitig über die Lage in jedem Land informiert und einen Meinungsaustausch geführt über die alle Seiten interessierenden internationalen Fragen, über die Vertiefung der Kampfsolidarität, der großen Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen den drei Völkern beim Aufbau und bei der Verteidigung ihrer Länder. Die drei Seiten haben eine volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen erzielt.

Kampuchea 2. Befreiung ist unumkehrbar

Mit dem historischen Sieg des kampucheanischen Volkes vom 7. Januar 1979 wurde das Völkermordregime Pol Pot/Ieng Sary, Handlanger der Pekinger Expansionisten, vollständig gestürzt. Nach diesem Sieg haben die drei Völker von Kampuchea, Laos und Vietnam aufgrund ihrer Solidarität, gegenseitigen Hilfe und Unterstützung alle wütenden Gegenangriffe zum Scheitern gebracht, die von den reaktionären Pekinger Machthabern im Zusammenspiel mit den US-Imperialisten und anderen reaktionären Kräften unablässig unternommen wurden. Sie haben weitere große Erfolge errungen, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zuverlässig verteidigt und gefestigt und gleichzeitig viele neue Leistungen beim wirtschaftlichen Aufbau und bei der Festigung der nationalen Verteidigung eines jeden Landes vollbracht.

Die Gründung der Volksrepublik Kampuchea und die im vergangenen Jahr erzielten Erfolge führten dazu, daß sich das Antlitz Kampuchea grundlegend geändert hat, das Völkermordregime beseitigt wurde und die kampucheanische Nation nun einen neuen Weg ihrer Entwicklung einschlägt. Das kampucheanische Volk ist wirklich Herr

seines eigenen Schicksals geworden. Zusammengeschlossen unter dem gerechten Banner der Nationalen Einheitsfront für die Rettung des Landes und des Revolutionären Volksrates Kampuchea unternimmt es gegenwärtig große Anstrengungen, um die schwere Hinterlassenschaft des Völkermordregimes Pol Pot/Ieng Sary und ihrer chinesischen Herren zu überwinden, die Produktion zu intensivieren, die Hungersnot zurückzudrängen, die Kultur, Gesundheits- und Bildungswesen zu aktivieren und das Leben zu normalisieren. Das Recht auf gesundheitliche Betreuung, auf Arbeit und Unterhalt, auf Bildung, Glaubensfreiheit und freie Eheschließung, auf Familienleben und das Recht, in Heimatdörfern zu wohnen sowie die Menschenwürde werden respektiert und garantiert.

Mehr als 4 Mio Kampucheaner mit dem klaren Bewußtsein über die Vorzüge der neuen Gesellschaftsordnung setzen jetzt alles daran, die Volksmacht aufzubauen und zu festigen, die Ordnung und Sicherheit im ganzen Lande aufrechtzuerhalten, und alle Sabotageakte der reaktionären Handlanger zu zerschlagen, die von den Expansionisten, Imperialisten und ausländischen reaktionären Kräften ausgehalten werden. Das kampucheanische Volk ist entschlossen, sein friedliches Leben zu schützen. Parallel mit den Anstrengungen zum Wiederaufbau des Landes realisiert der Revolutionäre Volksrat Kampuchea eine Außenpolitik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Freundschaft und Nichtpaktgebundenheit. Er hat Kampuchea, das ursprünglich ein Sprungbrett zur Entfesselung von Kriegen gegen die Nachbarländer war, in einen aktiven Faktor für den Frieden und die Stabilität in Südostasien verwandelt. Die Volksrepublik Kampuchea genießt immer mehr Sympathie und tatkräftige Unterstützung der Völker der Welt. Die Realität in Kampuchea im vergangenen Jahr zeugt davon, daß in der neuen Gesellschaft die Macht und das Volk eins sind.

Standhaftigkeit von Laos und Vietnam

Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique, Khieu Samphan und andere Landesverräter einschließlich Sihanouks haben keinen Platz mehr im Volk. Der Revolutionäre Volksrat verkörpert den Wunsch und Willen des ganzen Volkes. Er ist der einzig legitime und gerechte Vertreter des kampucheanischen Volkes. Alle Versuche der Pekinger Expansionisten, der US-Imperialisten und anderer reaktionärer Kräfte, die darauf abzielen, die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Kampuchea zu untergraben, die UNO für die Entfaltung einer Kampagne hinsichtlich der Suche nach einer „politischen Lösung“ für Kampuchea zu mißbrauchen mit der Absicht, die Lage zu ihren

Gunsten zu verändern, sind umsonst. Die Lage in Kampuchea ist unumkehrbar.

Das laotische Volk hat glänzende Erfolge auf allen Gebieten beim Aufbau und Schutz seines Landes errungen. Dabei hat es das Bewußtsein hochgehalten, gestützt auf die eigene Kraft und die eigenen Anstrengungen, die fleißige Arbeit und das Schöpferturn sich selbst zu stärken, sowie die Wachsamkeit erhöht, einen entschlossenen Kampf geführt und alle Schwierigkeiten und Prüfungen überwunden. Die Agrar- und Industrieproduktion wurde tatkräftig entwickelt. Die Bewegung der landwirtschaftlichen Kollektivierung ist im Grunde genommen abgeschlossen und weiter gefestigt. Dies alles trägt dazu bei, daß sich der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert, die Kultur weiter entwickelt hat und notwendige Voraussetzungen für den Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus und für die zuverlässige Verteidigung des ruhmreichen laotischen Vaterlandes geschaffen wurden.

Das laotische Volk hat alle Handlungen Pekings zur Einmischung, Stiftung von Unruhen und Gewalttätigkeiten und schließlich zum Sturz der revolutionären Volksmacht in Laos durchkreuzt. Es hat die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität von Laos zuverlässig verteidigt und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Sicherheit der beiden Brudervölker von Vietnam und Kampuchea geleistet, die Position der Revolution der drei indochinesischen Völker gestärkt und dadurch die heimtückische Intrige Pekings zum Scheitern gebracht, die darin besteht, die Solidarität zwischen Laos, Kampuchea und Vietnam zu zerstören und Laos als ein Sprungbrett gegen die Revolution in den drei Ländern auszunutzen.

Der glorreiche Sieg des vietnamesischen Volkes bei der Zerschlagung der chinesischen Aggression hat Pekings Absicht zunichte gemacht, Vietnam zu unterwerfen und zu annektieren, um eine Expansion gegenüber Indochina und Südostasien zu betreiben. Dieser Sieg hat die Position und die Kraft der drei indochinesischen Völker beim Kampf gegen den gemeinsamen Feind weiter verstärkt. Der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, für den Aufbau des Landes und die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes, seine Verpflichtungen gegenüber den beiden Brudervölkern von Kampuchea und Laos voll zu erfüllen, sind eine gerechte Sache von großer Ausstrahlungskraft, die von den Völkern der Welt herzlich begrüßt und gewürdigt wird. Gestützt auf die Gerechtigkeit seiner Sache hat das vietnamesische Volk mit der tatkräftigen Unterstützung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit nacheinander alle Hetz- und Verleumdungskampagnen durchkreuzt, die von Peking und Washington entfacht wurden, um Vietnam in Verruf zu bringen und sein Ansehen zu beeinträchtigen. In den Herzen der Völker der Welt bleibt aber Vietnam für immer das Symbol der Unabhängigkeit und Freiheit, der Standhaftigkeit und Treue und das Banner der Gerechtigkeit und Unbesiegbarkeit.

Der größte gemeinsame strategische Sieg der drei Völker im vergangenen Jahr ist wohl ihre Solidarität, die noch nie zuvor so gestärkt wurde. In enger Verbundenheit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern erweist sich dieser Einheitsblock als unbesiegbar und stark genug, um über alle Aggressoren zu siegen. Er hat das Kräfteverhältnis zugunsten des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts in Südostasien verändert.

Peking – gefährlichster Feind der indochinesischen Länder

Die Ereignisse in den letzten Jahren, insbesondere im Jahre 1979 haben bewiesen, daß die großmachtchauvinistischen chinesischen Expansionsisten und Hegemonisten der unmittelbare und gefährlichste Feind der drei indochinesischen Völker und gleichzeitig ein gefährlicher Feind des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts in Südostasien sind, während der US-Imperialismus der Hauptfeind der Menschheit ist. Im Zusammenspiel mit dem US-Imperialismus und anderen imperialistischen und reaktionären Kräften zur Verwirklichung ihrer expansionistischen und hegemonistischen Pläne begibt sich Peking mit jedem Tag weiter auf den Weg der Reaktion und des Kampfes gegen die Völker der Welt.

Die Pekinger Machthaber betrachten die drei Länder von Vietnam, Laos und Kampuchea, die völlig unabhängig und selbständig sind, sich miteinander solidarisieren und gegenseitig beim Aufbau und Schutz ihrer Länder helfen, als ein großes Hindernis für die Realisierung ihres Expansionsstrebens in Südostasien. Daher bemühen sie sich, die drei Völker zu spalten und schrecken vor keinen Machenschaften und Methoden zurück, wie hinterlistig und grausam sie auch sein mögen, um die Unabhängigkeit und Souveränität der drei Länder zu untergraben.

Sie haben „Antihegemonie“ propagiert, um in Wirklichkeit Hegemoniestreben zu betreiben. Dem Weg der USA als Weltgendarm folgend, haben sie sich das Recht angemaß, anderen Völkern eine Lektion zu erteilen. Zur Verwirklichung ihrer „Teile und herrsche“-Poli-

tik und zur Sabotage der Kampfsolidarität zwischen den indochinesischen Ländern, die sie annektieren wollen, haben sie Vietnam lautstark verleumdet mit der Beschuldigung, Absichten zur Schaffung einer „Indochinesischen Föderation“ zu hegen. Die Außenminister der drei Staaten erklären feierlich: Die Frage der Indochinesischen Föderation gehört mit der Beendigung des französischen Indochina der Geschichte an.

Die Pekinger Machthaber haben zum Schutz des „Selbstbestimmungsrechts“ aufgefordert, um ihre Aktivitäten zur Einmischung, zum Umsturz und zur Führung von Aggressionskriegen zu verbergen. Sie selbst sind die aggressivste unter den reaktionären Kräften, die gegenwärtig miteinander in dem Bemühen paktieren, das Völkermordregime des „Demokratischen Kampuchea“ wieder einzusetzen und gegen das Selbstbestimmungsrecht des kampucheanischen Volkes vorzugehen. Es sind auch die Pekinger Machthaber, die jetzt alles daran setzen, um laotische reaktionäre Elemente, die im Exil leben, zu sammeln, um gegen die revolutionäre Sache des laotischen Volkes anzukämpfen.

Die Pekinger Reaktionäre und die Imperialisten halten das „Humanitäts“-Schild hoch, um gegen die indochinesischen Länder vorzugehen. Aber gerade die Pekinger Machthaber, die viel Unglück angerichtet haben und heute noch immer die Absicht hegen, das Völkermordregime in Kampuchea wieder einzusetzen, sowie die US-Imperialisten, die einen äußerst grausamen Aggressionskrieg in Indochina führten, 15 Mio t Bomben abwarfen, um die indochinesischen Völker zu massakrieren, die sogar chemische Waffen und Giftstoffe einsetzen um diese Völker zu morden, sind diejenigen, die jetzt ein Riesengeschrei über „Menschenrechte“ und „Humanität“ machen. Diese des Völkermords schuldigen Kriegsverbrecher wollen mittels Verleumdungen die Verantwortung für ihre Verbrechen auf Vietnam abwälzen, das bekanntlich diesen Verbrechen ein Ende gesetzt und ihre Urheber bestraft hat. Ihre Verleumdungen können niemanden irreführen.

Tatsache ist, daß gerade diejenigen, die am meisten Lärm über die Bekämpfung der Hungersnot gemacht haben, die unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe versuchen, sich in Kampuchea einzumischen, den versprengten Pol Pot/Ieng Sary-Räuberbanden bei ihrem Widerstand gegen das kampucheanische Volk am meisten geholfen haben. Im Gegensatz dazu haben die Sowjetunion, Vietnam und andere sozialistische Länder dem kampucheanischen Volk bei der Zurückdrängung der Hungersnot rechtzeitige, größte und wirksamste Hilfe gewährt.

Die Expansionspläne wurden entlarvt

China und die USA tun so, als ob sie sich sehr für Frieden und Stabilität in Südostasien interessieren würden. Aber wie können sie das gegen Vietnam gerichtete Militärabenteuer der 600 000 chinesischen Aggressoren an der nördlichen Grenze und den Aggressionskrieg gegen Vietnam an der südwestlichen Grenze Vietnams vertuschen, der von der Pol Pot/Ieng Sary-Clique auf Pekings Befehl durchgeführt wurde. Die Ursachen der instabilen Lage an der kampucheanisch-thailändischen Grenze liegen darin, daß Peking im Zusammenspiel mit den imperialistischen Kräften unablässig kampucheanische Handlanger und Reaktionäre verschiedenster Schattierungen aushält und benutzt, die über die Grenze in Kampuchea eindringen, um die Revolution in Kampuchea zu sabotieren. Währenddessen schreien sie lautstark über die „Gefahr der Aggression aus den indochinesischen Ländern“, um die ASEAN-Staaten gegen die drei Länder Vietnam, Kampuchea und Laos aufzuhetzen.

Die Außenminister fordern mit Nachdruck, daß die Pekinger Expansionsisten und die imperialistischen Kräfte die Benutzung des thailändischen Territoriums zur Sabotage gegen Souveränität und Sicherheit der Volksrepublik Kampuchea unverzüglich beenden und die von ihnen auf thailändischem Boden geschaffenen logistischen Stützpunkte und „heiligen Gebiete“ entlang der Grenze zu Kampuchea sofort beseitigen. In den vergangenen mehr als 30 Jahren waren die drei indochinesischen Völker zuerst Opfer des Kolonialkrieges der französischen Kolonialisten, dann des neokolonialistischen Aggressionskrieges des US-Imperialismus und schließlich der großmachtchauvinistischen Expansionspolitik der Pekinger Reaktionäre. Diese Kräfte haben Territorien und Streitkräfte einiger ASEAN-Staaten gegen die drei indochinesischen Völker benutzt. Es ist noch nicht zu spät für die ASEAN-Staaten einzusehen, daß auch sie Gegenstand des chinesischen Expansionsismus und Hegemonismus sind und daß sie ihren eigenen Interessen zuwiderhandeln, indem sie sich heute von China mißbrauchen lassen. Der von den ASEAN-Staaten unterbreitete und von der UN-Vollversammlung angenommene Entwurf der Resolution über die sog. „Lage in Kampuchea“ sowie die vor kurzem stattgefundenen Außenminister-Konferenz der ASEAN-Staaten, die sich ebenfalls mit dem Kampuchea-Problem beschäftigte, sind Handlungen gegen das Selbstbestimmungsrecht des kampucheanischen Volkes. Damit haben sie sich auf den heimtückischen Plan des Pekin-

ger Expansionismus eingelassen. Aber ihre Handlungen können für Peking und imperialistische Kräfte sowie ASEAN-Staaten ungünstige Situation nicht um das geringste verändern.

Der großmachtchauvinistische Expansionismus und Hegemonismus Chinas bleiben weiterhin eine langfristige Bedrohung für die Unabhängigkeit, Souveränität, den Frieden und die Sicherheit der Völker in Indochina und Südostasien. Aber die Konfrontationen und Kraftproben im vergangenen Jahr zeigen, daß die chinesischen Expansionisten, die ohnehin nicht stark sind, angesichts der machtvollen Schläge der drei indochinesischen Völker weiter geschwächt wurden. Ihr reaktionäres Gesicht wurde entlarvt. Sie stoßen immer mehr auf den Widerstand des eigenen Volkes und sind mit jedem Tag isolierter in der internationalen Arena. Die chinesischen Expansionisten verstärken ihr Bündnis mit den imperialistischen Kräften zu einem Zeitpunkt, in dem sich der Imperialismus selbst, mit dem US-Imperialismus an der Spitze, in einer geschwächten Position und schwierigen Lage befindet.

Die Pekinger Expansionisten können mit Sicherheit die vollständige Niederlage nicht vermeiden, weil sie eine ungerechte Sache verfolgen und der allgemeinen Tendenz unserer Epoche zuwiderhandeln. Die Völker von Kampuchea, Laos und Vietnam schätzen die solidarische Freundschaft mit dem chinesischen Volk immer hoch ein. Sie sind dem chinesischen Volk für immer dankbar für seine von ganzem Herzen kommende Hilfe und Unterstützung ihrer gerechten Sache. Die reaktionären Pekinger Machthaber hegen aber expansionistische Absichten in Indochina und Südostasien, handeln den Interessen und dem Wunsch des chinesischen Volkes selbst zuwider. Die Außenminister sind der festen Überzeugung, daß die solidarische Freundschaft der Völker von Kampuchea, Laos und Vietnam mit dem chinesischen Volk bestimmt wiederhergestellt wird.

Niemand hat das Recht sich einzumischen

Die Konferenzteilnehmer bringen ihre große Freude und ihren Stolz darüber zum Ausdruck, daß sich die Kampfsolidarität zwischen den indochinesischen Völkern im vergangenen Jahr trotz neuer Prüfungen unaufhörlich gefestigt und weiter entwickelt hat. Die Solidarität hat dazu beigetragen, die Unbeugsamkeit einer jeden Nation zu vervielfachen und die gemeinsame große Stärke zu schaffen. Sie hat zum strategischen Sieg der drei Völker beim Kampf gegen die Pekinger Expansionisten geführt.

Die Kampfsolidarität zwischen den drei Völkern, die auf den Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basiert, war und ist gestählt im langjährigen Widerstand gegen die französischen Kolonialisten, im schweren und aufopferungsvollen Krieg gegen die US-Aggressoren und heute im Kampf gegen die Pekinger Reaktionäre, die eng mit dem Imperialismus zusammenspielen.

Die im vergangenen Jahr erzielten Erfolge sowie die historische Entwicklung der drei Völker während des mehr als 30jährigen Kampfes gegen die Kolonialisten, imperialistischen Aggressoren und Großmachtgegnern bestätigen erneut, daß diese Kampfsolidarität ein Faktor des Sieges und ein Entwicklungsgesetz der Revolution in jedem Land ist.

Diese edle Solidarität genießt hohe Anerkennung und Würdigung der Völker der Welt. Nur die Pekinger Expansionisten und die imperialistischen und reaktionären Kräfte widersetzen sich ihr.

Angesichts der Drohung durch den gemeinsamen Feind sind die drei Völker entschlossen, ihre Kampfsolidarität, große Freundschaft und Beziehungen der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe untereinander zu vertiefen. Sie erachten das als eine heilige Aufgabe zum Schutz ihres Vaterlandes und gleichzeitig als die internationalistische Pflicht gegenüber den anderen Brudervölkern auf der indochinesischen Halbinsel.

Die Anwesenheit der Truppen der Vietnamesischen Volksarmee in Kampuchea und in Laos zu einem Zeitpunkt, da die Pekinger Expansionisten im Zusammenspiel mit den US-Imperialisten und anderen imperialistischen und reaktionären Kräften ihre feindlichen Handlungen gegen alle drei Länder intensivieren und damit die Grundrechte der drei Völker ernsthaft bedrohen, ist äußerst notwendig. Diese Anwesenheit entspricht dem Ersuchen des Revolutionären Volksrates Kampuchreas und der Regierung der Volksdemokratischen Republik Laos. Sie hat den Zweck, gemeinsam mit den Armeen und Völkern von Kampuchea und Laos die revolutionären Errungenschaften in diesen Ländern zu verteidigen. Das steht in vollem Einklang mit dem Wunsch der drei indochinesischen Völker, dem internationalen Völkerrecht und der UN-Charta. Dies ist eine Angelegenheit, die nur die Beziehungen zwischen den drei Ländern berührt, und niemand hat das Recht, sich hierin einzumischen. Die drei Außenminister sprechen den revolutionären Streitkräften und den Völkern aller drei Länder ihre hohe Anerkennung und Würdigung dafür aus, daß sie Schulter an Schulter gekämpft und dabei gemeinsame Siege

im Widerstandskampf gegen die französischen Kolonialisten, im Krieg gegen die US-Aggressoren und heute im Kampf gegen den Pekinger Expansionismus und Hegemonismus errungen haben.

Die Konferenzteilnehmer schätzen die Sympathie, die wertvolle Hilfe und Unterstützung der brüderlichen und befreundeten Länder der ganzen Welt für die gerechte Sache der Völker Kampuchea, Laos und Vietnam hoch ein und danken ihnen aufrichtig dafür.

Die Konferenzteilnehmer begrüßen herzlich die glänzenden Erfolge der Sowjetunion beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus und bekräftigen, daß die Sowjetunion, das feste Bollwerk der Weltrevolution und des Weltfriedens, die zuverlässigste Stütze der drei indochinesischen Völker ist. Die drei Seiten sind entschlossen, die unerschütterliche Solidarität und die engen Beziehungen der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern zu vertiefen. Die drei Seiten unterstützen voll und ganz die großen Bemühungen der Sowjetunion, insbesondere die gewichtigte, von Genossen L.I. Breschnew am 6. Oktober 1979 in Berlin ergriffene Initiative. Sie zielt darauf ab, den Prozeß der Entspannung der internationalen Lage zu beschleunigen, zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt beizutragen und die imperialistischen Kräfte wegen ihrer verstärkten Aufrüstung und ihres Wettrennens, die die Lage in der Welt zuspitzen, scharf zu verurteilen. Die drei Außenminister verurteilen aufs schärfste den US-Imperialismus und die Pekinger Reaktion, die einerseits miteinander paktieren, um die afghanische Revolution zu sabotieren, andererseits aber lautstark die gerechte Handlung der Sowjetunion verleumdern, die eine aktive und wirksame Hilfe für dieses Land darstellt. Die Außenminister bekräftigen ihre Solidarität und volle Unterstützung des afghanischen Volkes beim Kampf zum Schutz seiner revolutionären Errungenschaften. Die drei Seiten begrüßen herzlich die großen Erfolge der VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder in Havanna und bekräftigen ihre Verbundenheit mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit und ihre Entschlossenheit, zur Einheit der Völker im Kampf für die edlen Ziele aktiv beizutragen, nämlich gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, Apartheid, Zionismus, Rassismus sowie Expansionismus und Hegemonismus zu kämpfen und die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu unterstützen.

Die Konferenzteilnehmer begrüßen herzlich und unterstützen entschieden den Kampf der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika für die nationale Unabhängigkeit und nationale Befreiung, der sich von Tag zu Tag machtvoller entwickelt und immer enger mit dem Sozialismus verbunden ist.

Feste indochinesische Kampfsolidarität

Die Konferenzteilnehmer verleihen ihrem Wunsch Nachdruck, Beziehungen der Freundschaft und langfristigen Zusammenarbeit mit den südostasiatischen Ländern auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und des politischen Systems, sowie der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in den Beziehungen zueinander, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Lösung der Streitigkeiten durch friedliche Verhandlungen aufzubauen. Die Volksrepublik Kampuchea, die Demokratische Volksrepublik Laos und die Sozialistische Republik Vietnam sind bereit, auf bilateraler Grundlage mit den anderen Staaten in Südostasien einen Nichtangriffsvertrag zu erörtern und abzuschließen.

Die Regierungen von Kampuchea, Laos und Vietnam sind bereit, mit den Regierungen von Thailand, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Singapur und Burma die Schaffung einer südostasiatischen Zone des Friedens, der Unabhängigkeit, Freiheit, Neutralität, Stabilität und des Wohlstandes zu erörtern.

Die drei Außenminister bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die indochinesischen Völker mit Sicherheit die Sache des Aufbaus und der nationalen Verteidigung ihrer Länder zum vollständigen Erfolg führen werden durch die Kraft jedes Volkes und die große Kraft der Kampfsolidarität zwischen den drei Völkern, dank der Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer sowie der Sympathie und Unterstützung der fortschrittlichen Menschheit. Damit tragen sie aktiv zum Frieden, zur Stabilität und zum Wohlstand in Südostasien und zum Weltfrieden bei.

Zum Abschluß der Konferenz beschlossen die drei Außenminister, zu bestimmten Zeitpunkten zusammenzutreffen, um Meinungen über die alle Seiten interessierenden Fragen auszutauschen.

Phnom Penh, den 5. Januar 1980

Phun Sen	Phun Sipaseuth	Nguyen Duy Trinh
Außenminister	Außenminister	Außenminister
der VR Kampuchea	der VDR Laos	der SR Vietnam

(Quelle: Vietnam Bulletin, Bonn, Nr. 1/1980, S. 1-12; Zwischenüberschriften d. Red.)

Herrant Vortisch **Der Poker des Zia-Regimes**

Mit dem Sieg der iranischen Revolution (Februar 1979) und der Afghanistankrise (Dezember 1979) rückte Pakistan mit einem Mal in die erste Reihe der Weltpolitik. US-Präsident J. Carter ernannte bei Verkündung seiner neuen Doktrin am 23.1.1980 (vgl. AIB, Nr. 3/1980, S. 4-9) Pakistan zu einem Eckpfeiler der gegenrevolutionären Strategie der Westmächte. Umgekehrt erhofft sich das Diktaturregime Zia ul-Haq von der Zuspitzung der Afghanistan-Ereignisse eine nie erwartete Schwemme an internationaler Hilfe, um seine marode Wirtschaft sanieren, sozialen Sprengstoff abbauen und die veraltete Militärmaschinerie modernisieren zu können. Als Gegenleistung erwarten die NATO-Mächte und China logischerweise ein verstärktes pakistanisches Engagement beim nichterklärten Krieg gegen die afghanische Revolution. Das Zia-Regime engagiert sich auch zunehmend, ohne allerdings auf die Fassade des angeblich Unbeteiligten zu verzichten (siehe Kasten zur pakistanischen Afghanistanverstrickung).

Zia ul-Haq (offizieller Titel: Oberster Kriegsrechtsverwalter) hatte sich im Juli 1977 gegen den gewählten Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto an die Macht geputscht. Wogegen putschten die pakistanischen Militärs?

Z.A. Bhutto hatte Anfang der 70er Jahre eine Landreform eingeleitet (bis 1975 wurden allerdings nur 3% des Bodens verteilt),¹ die Banken, Versicherungen und Schiffahrtsgesellschaften verstaatlicht. Er hatte einige Bereiche von Industrie und Handel teils nationalisiert, teils unter staatliche Kontrolle gestellt. Der Staatssektor sollte der Entwicklung einer starken nationalen Industrie unter kapitalistischen Vorzeichen dienen. Mit einem Programm der Fortführung des nationalen Aufbaus gewann Bhuttos Pakistanische Volkspartei

(PPP) im März 1977 die Wahlen gegen die in der Pakistanischen Nationalallianz (PNA) bunt zusammengewürfelte Opposition.

Wegen angeblicher Wahlfälschungen löste die PNA blutige Unruhen aus, so das das Militär – offen von der PNA aufgefordert – schließlich die Macht ergriff.

Das Programm der PNA entsprach der Zusammensetzung aus feudal-religiösen, regionalistischen und bürgerlich-liberalen Parteien miteinander widersprechenden Zielen: Rücknahme der Verstaatlichung, Islamisierung der Justiz und des Erziehungswesens, stärkere Beachtung der Regionalinteressen, Nichtanerkennung der Taschkenter Erklärung von 1966 und des Simla-Abkommens (1972), d.h. der friedlichen Koexistenz mit Indien.

Zias saudische Islamisierung

Bis April 1979 arbeiteten Teile der PNA unter ihrem Generalsekretär Mufti Mahmood in der Militärregierung mit. Im Herbst 1979 wurden die Gewerkschaften und die oppositionellen Parteien verboten, das Streikrecht beseitigt, kritische Zeitungen (darunter die der PPP, Sadaquat und Musawat) verboten, öffentliche Versammlungen und Pressekonferenzen untersagt, tausende PPP-Angehörige gefangengesetzt. Dies alles geschah, als Zia ul-Haq die Abhaltung der zweimal versprochenen Wahlen absagte.

Die mächtigen Volksbewegungen gegen die Hinrichtung Z.A. Bhuttos wurden blutig unterdrückt, Journalisten zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt und prominente Oppositionelle wie die Witwe und Tochter Bhuttos unter Hausarrest gestellt.

Das Strafrecht ließ Zia nach islamischen Grundsätzen umarbeiten, wozu er Berater aus Saudi Arabien kommen ließ. Auspeitschungen, das Abhacken der Hand, Steinigungen und öffentliche Exekutionen sind der sinnfälligste Ausdruck einer anderen Auffassung von Islam als jene, wie sie etwa im Iran vorherrscht. Sogar 12- bis 13-jährige Kinder werden auf den Bock geschnallt und halbtot geprügelt. Nichtmoslems haben kein Wahlrecht und dürfen nicht vor Gericht aussagen.²

Zielrichtung dieser Strafrechts„reform“ ist vor allem die Verfolgung politischer Gegner unter dem Mantel der Religion, die in Pakistan das konstitutive Moment staatlicher Ideologie seit der Staatsgründung darstellt.

Übereinstimmung herrscht in der westlichen Presse bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Pakistan seit der Machtübernahme Zias. Das Wirtschaftswachstum des letzten Jahres liegt mit 2,5% niedriger als das Bevölkerungswachstum (3%). Die Inflationsrate – nach Aussage des pakistanischen Wirtschaftsministeriums sind es für 1979 nur 8,2% – liegt nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten zwischen 20 und 30%. Die Währungsreserven sind von 400 Mio Dollar (1977) auf einen Tiefstand von 120 Mio im September 1979 gesunken, die jährlichen Defizite der Zahlungsbilanz haben sich seit Bhutto mehr als verdoppelt (auf über 1,6 Mrd Dollar).



Pakistanische Soldaten an der Grenze zu Afghanistan

Die Schulden im Ausland haben mit ca. 8 Mrd Dollar einen Höchststand erreicht, die jährlichen Zins- und Tilgungsraten von 500 Mio Dollar machen allein über 20% des Exporterlöses aus.³ Vor dem Hintergrund dieser desolaten Lage verwundert es nicht, daß der Finanzminister Ghulam Ishaq Khan im Herbst 1979 in der ganzen Welt zwecks Tilgungsstreckung und Umschuldung herumreiste. Sowohl vom Internationalen Währungsfonds (IMF) als auch vom Hilfskonsortium der westlichen Länder für Pakistan (USA, BRD, Frankreich, Großbritannien u.a.) kamen Absagen. Die Bedingungen für eine Umschuldungsaktion und die Vergabe neuer Kredite drangen nicht an die Öffentlichkeit.

Dabei hatte Zia ul-Haq bald nach dem Putsch die meisten verstaatlichten Unternehmen reprivatisiert, die Staatskontrolle über 10 wichtige Industriezweige wieder aufgehoben, Investitionserleichterungen für das in Pakistan nur schwach vertretene Auslandskapital erlassen und die Einrichtung von

Freihandelszonen in Aussicht gestellt.

Diese für die Bourgeoisie „vertrauensbildenden“ Maßnahmen wurden durch die Einführung zweier islamischer Steuersysteme (Uschr, eine landwirtschaftliche Produktionssteuer, und Zakat, eine Steuer auf Sparguthaben) und durch die Abschaffung von Zinsen für nicht durch Arbeit erworbene Guthaben in Frage gestellt. Kapitalflucht und Investitions„unlust“ waren die Folgen.⁴

Eine andere Folge: 1/3 aller arbeitsfähigen Pakistani sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. 100.000 verlassen das Land jedes Jahr in Richtung erdölproduzierende arabische Länder. Bisher arbeiten bereits 1 Mio Pakistani im Ausland, besonders in Saudi Arabien.

Die sich ständig verschlechternde Lebenssituation der arbeitenden Massen hat dennoch nicht zu einer sozialen Bewegung gegen das Militärregime geführt. Wo liegen die Gründe?

Zum einen ist die antidiktatorische Opposition zersplittert und geschwächt durch das Verbot ihrer Organisationen. Die PPP besteht zwar trotz Verbot und Verfolgung weiter. Ihre weitgehende Orientierung auf die Person Bhuttos, Machtkämpfe an der Spitze der Partei sowie der Ausschluß der Linken schon während der Regierungszeit Bhuttos aber haben sie nicht nur geschwächt, sondern sie auch daran gehindert, ein umfassendes antidiktatorisches Programm zu formulieren. Die PPP hat sich geweigert, für die von Zia für Herbst 1979 angekündigten Wahlen (deren Abhaltung „verschoben“ wurde), ein Wahlbündnis mit linken Organisationen einzugehen.

Die regionalistische Nationaldemokratische Partei (PND), die Einfluß in Belutschistan und Paschtunistan, die an der Negativkoalition gegen Bhutto teilgenommen hatte, ist aus der PNA wegen deren Zusammenarbeit mit den Militärs ausgeschieden. Ihr linker Flügel unter dem früheren Gouverneur von Belutschistan Bux Bizenjo hat 1979 die Pakistanische Nationalpartei (PNP) gegründet. Verhandlungen über ein Zusammengehen mit der PPP bei den Wahlen scheiterten an der Forderung nach Provinzautonomie. Die Belutschische Volksbefreiungsfront (BPLF) weigerte sich, zugunsten eines Wahlbündnisses den bewaffneten Kampf aufzugeben.⁵

Das Trauma Indien

Die PNA ist faktisch auseinandergefallen. Neben der PND sind die bürgerlich-liberale Unabhängigkeitsbewegung (Tehrik Istqal) des früheren Luftwaffengenerals Ashgar Khan, Teile der Moslemliga und die Jamiat-ul-Ulema eine religiöse Organisation, ausgetreten. Hauptkraft in der PNA ist jetzt die Jamiat-i-Islami-Partei, eine rechtsislamische, fundamentalistische Gruppe, die von Saudi Arabien finanziert wird. Zia ul-Haq soll Mitglied dieser Partei sein.⁶ Sie war schon an den Massakern in Ostbengalen führend beteiligt und nach ihrer Meinung „läßt sich ohne Hilfe der Polizei der Islam nicht verwirklichen“. Nach der Hinrichtung Z.A. Bhuttos organisierte sie Sympathiekundgebungen für die Militärregierung.

Die Beteiligung von Studenten dieser Partei an der Stürmung der US-Botschaft in Islamabad, als Reaktion auf die Besetzung der heiligen Stätten in Mekka, offenbart allerdings Differenzierungsprozesse in der islamischen Bewegung Pakistans. Wie stark die antiamerikanische Einstellung in der Bevölkerung tatsächlich ist, wird daran deutlich, daß Zia ul-Haq nicht wagte, entschlossen gegen diese Bewegung vorzugehen (auch in anderen Städten wurden US-Einrichtungen angegriffen).

Innenpolitisch scheint das Regime Zia ul-Haqs derzeit nicht ernsthaft gefährdet. Die Massenbewegungen gegen die Militärdiktatoren Ayub Khan und YaYa Khan Ende der 60er

Pakistan-Daten

Territorium und Bevölkerung: Auf 804.000 qkm leben ca. 75 Mio Menschen, davon 22% in Städten. Pakistan besteht aus vier Provinzen: Pundjab, Sindh, Nordwestgrenzprovinz (NWFP) und Belutschistan.

Etwa die Hälfte Pakistans ist Wüsten- und Ödland, 40% der Fläche werden als Acker- und Weideland genutzt.

Pakistan ist arm an Bodenschätzen. 20% des Erdölbedarfs können aus dem Land gedeckt werden. Weitere Bodenschätze: Erdgas, Kohle, Bauxit, Salz, Eisen- und Chromerze. Hydroenergieserven gibt es nur wenige.

Religion: Etwa 90% der Pakistani sind Moslems verschiedener Bekenntnisse (80% Sunniten, 20% Schiiten).

Sprachen: In Pakistan werden 24 Sprachen gesprochen. Amtssprachen sind Urdu (Sprache der gebildeten Moslems) und Englisch.

Wirtschaft: Vom Bruttosozialprodukt stammen 34% aus der Landwirtschaft, 15% aus der Industrie, 4,8% aus dem Baugewerbe, sowie 45% aus Handel, Verkehr und Dienstleistungssektor. 58% der Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig. Zuckerrohr, Weizen, Reis und Baumwolle sind die wichtigsten Agrarprodukte. Jährlich müssen 1-2 Mio t Getreide eingeführt werden. Die Textil- und Lebensmittelbranche herrschen in der Industrie vor. Im Gegensatz zu den vielen Kleinunternehmen, die 80% der Arbeitskräfte beschäftigen, zeichnet sich die Großindustrie durch einen hohen Konzentrationsgrad aus. 22 Familien dominieren durch ihren Besitz an Fabriken, Banken und Handelsgeschäften die pakistanische Wirtschaft. Das Auslandskapital ist meist in Joint Ventures (gemischte Betriebe) angelegt, aber mengenmäßig schwach vertreten.

Die wichtigsten Handelspartner und Gläubiger sind die USA, Saudi Arabien, Iran, die BRD, Frankreich, Großbritannien und Japan.

Die Militärausgaben machen ungefähr die Hälfte des Staatshaushalts aus, während für Erziehung und Bildung 5% ausgegeben werden.

Soziale Lage: Das jährliche Pro-Kopfeinkommen betrug 1977 190 Dollar. 80% der Bevölkerung sind Analphabeten. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 48 Jahre. 3/4 der Landbevölkerung leben unterhalb des Existenzminimums.

Geschichte:

1947 Gründung des Staates Pakistan, bestehend aus zwei Teilgebieten: West- und Ostpakistan

1947/48 1. Krieg mit Indien und Kaschmir

1954 Beitritt zur SEATO

1955 Aufnahme in den Bagdad-Pakt (später CENTO)

1958 Machtübernahme durch den reaktionären General Ayub Khan

1965 2. Krieg mit Indien wegen Kaschmir

1966 Erklärung von Taschkent (gemeinsam mit Indien).

1970 Wahlsieg der vornehmlich in Bengalen verankerten Awami-Liga

1971 Die Awami-Liga wird an der Regierungsübernahme gehindert. 3. Krieg mit Indien um Ostpakistan, das unabhängig wird (Bangla Desh). Z.A. Bhuttos Pakistanische Volkspartei übernimmt die Regierung im Westen

1972 Austritt aus der SEATO. Unterzeichnung des Simla-Abkommens mit Indien (Gewaltverzicht)

1977 Generalstabschef Zia ul-Haq übernimmt die Macht

1979 Zerfall der CENTO nach der Revolution im Iran. Aufnahme Pakistans in die Nichtpaktgebundenenbewegung

Pakistans Rolle im Afghanistankonflikt



Provokatorische Pose des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten Z. Brzezinski am Khyberpaß

Für westliche Beobachter ist Pakistan seit dem Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan „Frontstaat“ und „Bollwerk der freien Welt“. Daß das Zia-Regime indessen längst vor dem 27.12.1979 bereitwillig als Aufmarschgebiet und Aktivposten der westlich-chinesischen Interventionspraxis gegen den revolutionären Prozeß in Afghanistan fungierte, wird als „Ammenmärchen“ bezeichnet. Selbst nachdem Mitte Januar d.J. der „große Plan“ einer Luftlandinvasion gegen die Revolutionsregierung Afghanistans enthüllt worden war (vgl. AIB, Nr. 2/1980, S. 6), mimten die Interventionsmächte einschließlich Pakistans noch die Unbeteiligten. Gegenüber den sog. islamischen Rebellen oder Aufforderungen paschtunischer Stammesführer zum „heiligen Krieg“ stellt Zia ul-Haq nach außen hin Zurückhaltung bzw. „Neutralität“ zur Schau. Wie „unbeteiligt“ war und ist das Zia-Regime wirklich?

Zias Bereitstellung antiafghanischer Operationsbasen

Schon das vom US-Magazin Counter Spy zur Jahreswende 1979/80 enthüllte Material (Wortlaut in AIB, Nr. 2/1980, S. 10-12) enthielt Belege darüber, wie intensiv die Verwicklungen des Zia ul-Haq-Regimes, die Mitwisserschaft und Beteiligung der pakistanischen Armee im nichterklärten Krieg gegen Afghanistan lange vor dem 27. Dezember 1979 gierten.

Geldmittel, von pakistanischer Seite angeblich aus humanitären Gründen an die „Flüchtlinge“ aus Afghanistan in Höhe von 20 Mio Rupien gezahlt, wurden und werden nahezu ausschließlich zum Kauf von Waffen für die bewaffnete Konterrevolution verwandt. 1000 von Chinesen ausgebildete Guerillaexperten der pakistanischen Armee wurden zu subversiven Aktivitäten gegen afghanische Truppen im Grenzgebiet abkommandiert. Schließlich hatte der pakistanische Korpskommandant im Norddistrikt Christi eine Reihe von Begegnungen mit chinesischen Offizieren, bei denen Ansichten über gemeinsame Bemühungen ausgetauscht wurden, eine Sondertruppe bereitzuhalten, um eine mögliche sowjetische Hilfe für die afghanische Revolution zu stören.

Daß Zia ul-Haq mehr noch seit 1978 in Afghanistan persönlich mit der Organisation der afghanischen Rebellen und der militärischen Destabilisierungspläne vertraut war, ja an deren Initiierung und Abstimmung mitgewirkt hat, lieferte die Zeitschrift *Afrique Asie* in ihrer Ausgabe vom 3.3.1980. Demnach fand sich schon unmittelbar nach dem Sturz des Daud-Regimes im April 1978 die gesamte Führungsspitze der ultrarechten Nationalen Pakistanischen Allianz (PNA) mit Präsident Zia ul-Haq in Lahore zusammen, um sich die gemeinsame Linie eines entschlossenen Vorgehens gegen die revolutionäre Macht in Afghanistan zu eigen zu machen. Dieses Vorgehen umfaßte einmal eine Pressekampagne, die die Forderung nach einem „heiligen Krieg“ gegen Afghanistan daraus ableiten sollte, daß die Revolutionsregierung für nichtverübte Massaker an der Bevölkerung verantwortlich sei. Zum anderen bezweckte sie die Mobilisierung der Menschen mit Blick darauf, bewaffnete Überfälle von pakistanischem Territorium aus gegen das afghanische auszulösen. Und schließlich wurden Forderungen seitens einiger pakistanischer Generale laut, sofort in Afghanistan zu intervenieren, um die „islamische Gesetzmäßigkeit“ wiederherzustellen. Dieser Plan nahm im

Januar/Februar 1979 Gestalt an, als sich die afghanischen konterrevolutionären Bewegungen unter Führung von Sibghatullah Mujaddidi und Sayed Ahmed Gilani in Lahore auf einen militärischen Operationsplan gegen Afghanistan einigten. Ende März 1979 erhielten dann die bewaffneten sog. islamischen Rebellen den Befehl, sich nahe der pakistanisch-afghanischen Grenze zu gruppieren und sich auf eine allgemeine Offensive vorzubereiten.

Hochburg der afghanischen Konterrevolution ist das pakistanische Peshawar. Es liegt im Zentrum von rund 30 Sonderbasen und 50 Stützpunkten, teils getarnt als Flüchtlingslager, die als Trainingszentren und Operationsbasen für die afghanischen Konterrevolutionäre dienen. Zia ul-Haq selbst besuchte diese Lager zum wiederholten Male. Über pakistanisches Territorium (vorrangig über Karatschi oder die chinesisch-pakistanische Gebirgsstraße Karakum) liefen ungehindert auch die ausgedehnten Waffentransporte, vornehmlich US-amerikanischer, britischer und chinesischer Herkunft, in die Rebellenstützpunkte.

Die erwähnte Offensive lief seit Sommer 1979 mit wechselndem Erfolg. Nachdem Präsident N.M. Taraki beseitigt worden war und H. Amin mit seiner brutalen Repressions- und Spaltungspolitik die Basis der Revolutionsregierung ins Wanken gebracht hatte, erwogen die Interventionsmächte den erwähnten „großen Plan“ der Endoffensive: „Über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung (Afghanistans; d. Red.) dienen, hätten im Lauf des Januars oder Februars (1980; d. Red.) mit Fallschirmen eine große Anzahl von Rebellen abspringen sollen und dem verhassten kommunistischen Regime den Garaus machen sollen.“ (Neue Zürcher Zeitung – Fernausgabe, Zürich, 15.1.1980)

Nachdem der Sturz H. Amins und das Eingreifen eines sowjetischen Truppenkontingents im Dezember 1979 diesen Luftlandeplan undurchführbar gemacht hatte, ließ das Zia-Regime trotz verschiedener „Neutralitäts“-Bekundungen nicht von den eigenen Interventionsverwicklungen gegen Afghanistan ab. Die gemeinsamen Aktivitäten wurden mit den USA, China, Großbritannien und anderen Verbündeten im Januar/Februar d.J. – siehe demonstrative Grenzbesuche Z. Brzezinskis oder Huang Huas – neu geordnet. Die Unterstützung Pakistans für die afghanischen Rebellen dauerte so auch Anfang April noch an.

Die für Zia ul-Haq von seiten der Islamischen Konferenz im Januar d.J. und gesondert von Saudi Arabien, den anderen konservativen Ölstaaten, Ägypten, der EG, Japan, den USA und China u.a. zugesagte Unterstützung gegen Afghanistan kann für Zia nur zusätzlicher Anreiz sein, den Konflikt zu verschärfen. Gerade die gegenwärtige verstärkte Aufrüstung und Einbindung Pakistans in die Strategie der USA und Chinas, die auf die gemeinsame Eindämmung der Befreiungsbewegungen und des sowjetischen Einflusses zielt, erhöht die Eskalations- bzw. Kriegsgefahr. Dies zumal Pakistan zum Eckpfeiler im Rahmen der interventionistischen Carter-Doktrin vom 23.1.1980 (siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4-9) und der verstärkten Militärpräsenz der NATO-Mächte (einschließlich der Bundesrepublik, die Anfang April d.J. Schiffe in den Indischen Ozean zu Manövern entsandt hat) in der mittelöstlichen Region zu sehen ist. Das gilt gerade auch für die nunmehrige US-Präsenz im pakistanischen Belutschistan, nahe der Ölstraße von Hormuz.

und Anfang der 70er Jahre, die Bhutto an die Regierung brachten, offenbaren jedoch, wie schnell sich die Lage zuungunsten Zias ändern könnte. In der Armee selbst scheint er einigermaßen unangefochten zu sein, auch wenn Anfang März d.J. ein anscheinend isolierter Putschversuch unternommen wurde.⁷

Wer das gegenwärtige außenpolitische Taktieren des Zia-Regimes in Sachen Afghanistan plausibel machen will, muß zunächst einmal die beiden Grundkomponenten der pakistanischen Außenpolitik benennen. Es sind dies der seit der Staatsgründung 1947 schwelende Konflikt mit Indien und die traditionell starke Bindung an imperialistische Paktsysteme.

Pakistan stand dreimal mit Indien im Krieg (1947/48 und 1965 um Kaschmir, das sich Indien angeschlossen hatte, 1971 wegen Bangla Desh). Seit der ersten bewaffneten Auseinandersetzung hält Pakistan einen Teil Kaschmirs besetzt, der Anspruch auf den restlichen Teil besteht weiter. In der Taschkenter Erklärung von 1966 und dem Simla-Abkommen von 1972 einigte man sich auf Gewaltverzicht und Entwicklung friedlicher Zusammenarbeit. Dennoch hat Pakistan nach wie vor 3/4 seiner Truppen an der indischen Grenze stationiert, die an Zahl und waffenmäßig der indischen Armee hoffnungslos unterlegen sind. Diese Unterlegenheit soll durch die Entwicklung eigener Atomwaffen ausgeglichen werden.

Jam Jaqi in Lebensgefahr!



Seit sich Zia ul-Haq 1977 an die Macht putschte, wird Pakistan von einer Repressionswelle überzogen. Hauptzielscheibe der Repressionsmaßnahmen ist die seit 1954 in der Illegalität kämpfende Kommunistische Partei Pakistans. Nachdem seit 1977 mehrere Führungsmitglieder der Partei liquidiert wurden, ist nunmehr — nach Aussagen ehemaliger Häftlinge — das Leben des CPP-Politbüro-Mitgliedes Jam Jaqi ernsthaft in Gefahr. Jam Jaqi befindet sich seit zwei Jahren in Haft und ist seither starken Folterungen ausgesetzt. In einer Erklärung vom 13.3.1980 rufen die CPP, die Gesamtpakistanische Studentenföderation und der Arbeiterverein Pakistans die fortschrittlichen Kräfte der Welt auf, sich für die Befreiung Jam Jaqis und die Beendigung des Terrors in Pakistan einzusetzen.

Pakistans Einbindung in den antisozialistischen „Sicherheitsgürtel“ der Westmächte bestand seit Mitte der 50er Jahre in Form der Doppelmitgliedschaft in den Militärpakten SEATO (1954) und CENTO (1959, davor seit 1955 im Bagdad-Pakt). 1959 wurde ein ergänzendes Beistandsabkommen mit den USA für den Fall eines Krieges mit der Sowjetunion geschlossen. Bis die USA die Militärhilfe 1965 wegen des Konflikts mit Indien unterbrachen, hatte Pakistan von den USA 5 Mrd Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt unterhielten die USA mehrere Militärstützpunkte in Pakistan. 1972 trat Pakistan unter Bhutto aus dem SEATO-Pakt aus. Die Mitgliedschaft in der CENTO bestand allerdings fort bis das Bündnis 1979 nach der irani-

schen Revolution zerbrach. Erst danach beantragte Pakistan die Aufnahme in die Nichtpaktgebundenenbewegung und wurde im September 1979 in Havanna aufgenommen.

Die Rolle der USA übernahm ab 1966 China, das 1962 selbst mit Indien im Krieg stand, seither indische Gebiete besetzt hält und weiterreichende Gebietsansprüche stellt. Bis heute lieferte China Waffen und Ausrüstung im Wert von über 2 Mrd Dollar an Pakistan. Unter Bhutto setzte dann eine zusätzliche Unterstützung durch Saudi Arabien und den Iran ein.

Heute hat sich die Entfremdung von den USA als zeitweilige herausgestellt: Schon in den ersten Tagen d.J. konnte J. Carter mit führenden Kongreßabgeordneten Übereinstimmung erzielen, daß das erst kurz vorher beschlossene Gesetz zur Einstellung der Waffenlieferungen an Pakistan wieder aufgehoben wird (die USA wollten damit Pakistan zur Aufgabe seiner Atomwaffenpläne zwingen).

Die antiafghanische Achse USA — China — Pakistan

Und auch die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Konfrontation mit Indien sind nur taktischer Natur. Längst sind die USA dabei, die im Iran verlorengegangenen militärischen Überwachungseinrichtungen in Belutschistan durch neue, nahe der Straße von Hormuz gelegene, zu ersetzen. Hinter den Kulissen wird hauptsächlich über die Höhe der Hilfe seitens der USA verhandelt. Zias Forderungen liegen bei 2 Mrd Dollar, während die USA bescheidenere 400 Mio geboten hatten. Japan, Frankreich, Großbritannien und die BRD haben ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Aufstockung der Hilfe zugesagt, z.T. sind schon feste Abmachungen getroffen.

Mit diesen Geldern soll die Wirtschaft saniert werden und längs der afghanischen Grenze eine dichte militärische Infrastruktur geschaffen werden. Damit erweist sich die pakistanisch-chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit als konzertierte Aktion zur Stabilisierung des Militärregimes, um die Destabilisierung Afghanistans effektiver betreiben zu können. Wie eng die neokolonialistische Bindung Pakistans an den Westen geplant ist, unterstreicht die Tatsache, daß der ehemalige bundesdeutsche Wirtschaftsminister Karl Schiller Wirtschaftsberater Zias im Ministerrang werden soll.

Das Afghanistan-Engagement Zia ul-Haqs birgt freilich große Risiken für die Militärs. Scheitert das Eingreifen gegen die Revolution in Afghanistan, so könnte dies zu tiefgreifenden Uneinigheiten im Militär und zu einem Anwachsen der Massenbewegung gegen das Regime kommen. Damit würde sich nur wiederholen, was 1971 mit dem Militärdiktator Yaya Kahn geschah: Das Kriegsabenteuer gegen Indien führte zur Ablösung Yaya Khans durch Bhutto.

Das Mißlingen der Interventionspolitik gegen Afghanistan ließe die dort in Angriff genommenen sozialen Veränderungen auch als Beispiel für soziale Umwälzungen in Pakistan wirksam werden. Mehr noch, eine erfolgreiche Nationalitätspolitik der Regierung B. Karmal könnte dem seit Jahrzehnten dauernden Kampf der unterdrückten Paschtunen und Belutschen in Pakistan um Selbstbestimmung bzw. Autonomie neuen Auftrieb geben.

Anmerkungen:

- 1) Horizont, Berlin Nr. 2/1977
- 2) Die Zeit, 11.1.1980; Stern, 14.2.1980
- 3) Middle East Annual Review, London 1979, S. 297 ff.; Far Eastern Economic Review, Asia Yearbook, Honkong 1978, S. 274 ff.; Far Eastern Economic Review, Honkong, 27.7.1980
- 4) Le Monde, Paris, 6.4.1979
- 5) Le Monde Diplomatique, Paris, März 1980
- 6) Vorwärts, 12.4.1979
- 7) Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, Zürich, 20.3.1980

Nico Biver

Neuer Waffengang im Tschad

Wie üblich in den letzten 14 Jahren sprechen in der zentralafrikanischen Republik Tschad wieder einmal die Waffen. Die Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung des Landes durch die Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit (GUNT) am 10. November 1979 wurden spätestens in der Nacht vom 20./21. März d.J. zerstört.

Seitdem tobt in der Hauptstadt N'Djamena ein blutiger Bürgerkrieg zwischen den Volksstreitkräften (FAP) des Ministerpräsidenten Goukouni Oueddei und den Streitkräften des Nordens (FAN) des Verteidigungsministers Hissene Habre. In die Auseinandersetzungen, die von den FAN ausgelöst wurden, sind auch die Streitkräfte des Tschad (FAT) des Obersten Abdelkader Wadel Kamougue und die gemeinsame Aktionsfront (FAC) verwickelt, die auf Seiten Goukouni Oueddeis kämpft.

Über 1.000 Personen sind bereits bei den Auseinandersetzungen umgekommen, mehr als 100.000 Einwohner in die Nachbarländer Kamerun und Nigeria geflüchtet. Die noch immer im Lande anwesenden französischen Truppen griffen bisher nicht in die Kämpfe ein, obwohl anzunehmen ist, daß der u.a. von Ägypten unterstützte H. Habre nicht ohne deren Einwilligung losschlagen konnte. Seine Gegner haben ihrerseits die libysche Regierung um Unterstützung gebeten. Die ersten Kontingente der seit Januar 1980 hier stationierten afrikanischen Friedenstruppe (550 Soldaten aus der VR Kongo) haben das Land wieder verlassen. Am 6. April d.J. wurde durch Vermittlung des togolesischen Präsidenten Eyadema das seit dem Bürgerkriegsausbruch bereits 4. Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Was steht hinter diesen Kämpfen?

Interessenkampf um französische Pfründe

Die Lösung des Konflikts wird solange unwahrscheinlich bleiben wie sich der französische Imperialismus im Tschad einmischt und die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche nicht abgebaut werden.

Sie sind das Resultat der kolonialen Vergangenheit dieses Landes. Im Zentrum Afrikas gelegen, war der Tschad in der Kolonialära nicht nur von strategischer Bedeutung. Im Süden des Landes wurde ab 1926 der Anbau von Baumwolle auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion verstärkt gefördert. Baumwolle ist auch heute noch Hauptexportartikel, und der Anbau und Vertrieb wird noch wie vor von französischen Monopolen kontrolliert.

Dies führte zu einer ungleichmäßigen Entwicklung des Landes. Zur ethnischen und religiösen² Spaltung kam noch eine ökonomische und soziale hinzu, die entlang der gleichen Linien verlief.

Die wirtschaftliche Entwicklung im animistischen³ und christlichen Süden verlief wesentlich schneller als in dem anfangs für die ausländischen Konzerne noch ökonomisch uninteressanten Norden. Die Christen, die nur 5% der Bevölkerung ausmachen und größtenteils der schwachen Bourgeoisie und der Bürokratie zuzurechnen sind, wurden durch die französischen Kolonialisten bevorzugt. Sie waren deshalb auch eng mit Frankreich liiert. Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1960 waren sie es, die stellvertretend für die Franzosen die Macht ausübten und deren In-



Habre-Truppen in N'Djamena

teressen wahrten. Heute beschränken sich die Interessen des französischen Neokolonialismus nicht mehr nur auf die Baumwollplantagen, sondern erstrecken sich auch auf die reichen Erzvorkommen (Bauxit, Eisen, Gold, Uran und Erdöl).

Abgesehen von seiner strategischen Bedeutung ist der Tschad für Frankreich ein wichtiger potentieller Rohstofflieferant, und dies ist Grund genug, um sich in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einzumischen. Außerdem wollte Frankreich mit allen Mitteln den Sieg einer Befreiungsbewegung verhindern, der beispielgebend für andere Länder Afrikas sein könnte.

Das 1960 installierte neokoloniale Regime Tombalbaye verhinderte weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens, betrieb eine Unterdrückungspolitik gegen die benachteiligten Volksgruppen und schloß sie von der Regierung aus.

Übergriffe von Steuereintreibern, führten bei den islamischen Bauern und Nomaden 1964 und 1965 im Norden, Osten und Südosten des Landes zu ersten spontanen Aufständen. Eine Folge davon war die Gründung der Nationalen Befreiungsfront (FROLINA) im Sudan am 22.6.1966, die später in FROLINAT umbenannt wurde. Sie trat an mit einem nationaldemokratischen Programm mit den Schwerpunkten:

- Kampf gegen das neokolonialistische Regime;
- Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte;
- Durchführung einer radikalen Agrarreform;
- Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten.

Unter ihrem Anfang 1968 gefallenen Führer Ibrahim Abatcha konnte sie erste Erfolge erringen, so daß das Tombalbaye-Regime 4000 französische Soldaten zur Hilfe holen mußte. Dennoch kontrollierte die FROLINAT im Jahre 1972 50% des Territoriums. Daß ihr Einfluß danach zurückging, lag besonders an den inneren Problemen und Spaltungen, mit denen sie zu kämpfen hatte.

Der Nachfolger von I. Abatcha, Abba Siddick, der 1969 FROLINAT-Generalsekretär wurde, verhinderte durch seinen autoritären Führungsstil Zusammenkünfte des Nationalen Revolutionsrates und eines Kongresses, der über die politische Linie der FROLINAT entscheiden sollte. Das Resultat waren die ersten Aufspaltungen der Befreiungsbewegung.

1969 spaltete sich die Befreiungsfront des Tschad (FLT) unter Ahmed Moussan ab. 1970 wurde Baghalani, einer der

Gründer der FROLINAT ausgeschlossen, der daraufhin die Vulkan-Armee gründete. 1971 spaltete sich ein Teil der 2. Armee unter Goukouni Oueddei und Hissene Habre ab, weil sie sich gegen die Umstrukturierung der Guerillaarmee wandten. Sie gründeten den Kommandorat der Streitkräfte des Nordens (CCFAN), die spätere FAN.

Im Jahre 1979 existierten insgesamt 9 Bewegungen, die aus der FROLINAT hervorgegangen waren. Die internen Streitigkeiten wurden von einigen Nachbarstaaten und Frankreich ausgenutzt. Eine besondere Rolle kommt hier dem Verhältnis der einzelnen FROLINAT-Gruppen zu Libyen zu, das einige unterstützt.

Libyen besetzte 1973 den Aozou-Streifen, der entlang seiner Südgrenze verläuft und 1935 im Laval-Moussolini-Abkommen der damaligen italienischen Kolonie zugesprochen worden war. Dieses Abkommen war allerdings nie ratifiziert worden.

An dieser Frage spaltete sich 1976 der CCFAN. Goukouni Oueddei lehnte es ab, auf libysche Hilfe zu verzichten, obwohl auch er die Rückgabe des Aozou-Streifens forderte. Hissene Habre hingegen sah den Hauptfeind in Libyen und schlug sich deshalb später auch voll auf die Seite des französischen Imperialismus: „Frankreich bleibt das sicherste Bollwerk für die Verteidigung der Souveränität des Tschad.“⁴

Durch die Unterstützung Libyens wurden die Streitkräfte Goukouni Oueddeis zur stärksten Gruppe der FROLINAT. Sie befreite bis zum Februar 1978 die nördlichste Provinz Borkou-Ennedi-Tibesti. Vereinigt mit den Streitkräften der Vulkan-Armee gelang es ihr bis auf 250 km an die Hauptstadt N'Djamena heranzukommen. Eine massive Intervention französischer Militärs verhinderte den Zusammenbruch der Zentralregierung, ohne aber die FROLINAT besiegen zu können.



Gegenspieler H. Habre (l.) und G. Oueddei

H. Habre, der bereits am 22.1.1978 ein Waffenstillstandsabkommen mit dem 1975 an die Macht gekommenen Felix Malloum geschlossen hatte, wurde am 29.8.1978 zum Ministerpräsidenten ernannt. Doch das Bündnis Malloum-Habre zerbrach bereits Anfang 1979 an Meinungsverschiedenheiten. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die mehrere hundert Tote forderten. Nach dem Abebben der immer wieder aufflammenden Kämpfe verlor F. Malloum die Unterstützung der Franzosen und ging ins Exil. Eine Versöhnungskonferenz folgte dann der anderen, doch die Versuche, eine stabile Regierung zu bilden, scheiterten. Erst am 10. November 1979 gelang es, durch die Vermittlung Frankreichs eine Regierung zu bilden, in der alle politischen und militärischen Gruppierungen vertreten sind.

Dazu gehören: 1. Die Volksstreitkräfte (FAP) von Goukouni Oueddei. Sie kontrollieren den Norden und Nordwesten. 2. Die Streitkräfte des Nordens (FAN) von Hissene Habre. Sie sind stark im Osten verankert (Abeche, Biltine,

Ati). 3. Die Streitkräfte des Tschad (FAT) des Obersten Abdelkader Wadel Kamougue. Diese Reste der Nationalen Armee kontrollieren den ganzen Süden. Ihre Hauptstadt ist Moundou. 4. Die Streitkräfte des Westens (FAO). Sie entstanden aus einer Spaltung der Volksbewegung für die Befreiung des Tschad (MPLT) und sind in der Kanem-Provinz in der Nähe des Tschad-Sees stationiert. Sie werden von Moussa Madela Mahamat geleitet. 5. Weitere sechs Organisationen hatten sich zur gemeinsamen Aktionsfront (FAC) zusammengeschlossen.

Die Volksbefreiungsfront (FPL) von Mohamat Abba Said, die 1. Vulkan-Armee unter Aboulaye Adoum Dana, der Demokratische Revolutionsrat (CDR) oder neue Vulkanarmee unter Acyl Ahmat, die originale FROLINAT unter Abba Siddick, die fundamentale FROLINAT unter Hadjero Senoussi und die MPLT unter Abdelrahman.

Die letzten drei Gruppen haben die FAC bereits wieder verlassen. Außerdem existiert noch die Nationaldemokratische Union (UND) von Fatcho Balam.

Die Tatsache, daß Frankreich sich für das Zustandekommen dieser Einheitsregierung einsetzte, ist nicht verwunderlich. Die Auflösung des Staates und die andauernden Kämpfe machten es für die ausländischen Unternehmen unmöglich, kontinuierlich zu produzieren, und wirtschaftliche Projekte durchzuführen.

H. Habre – Anwalt Frankreichs

Desweiteren wollte sich Frankreich mittels militärischer Präsenz politische Optionen ihrer Handlanger (z.B. H. Habre) in der Regierung offenhalten. Dies führte zur Bildung einer Regierung durch 11 Gruppierungen, die alle politischen, militärischen, religiösen und ethnischen Kräfte repräsentieren. Infolge ihrer ideologischen Differenzen – von Befürwortern der Präsenz Frankreichs bis zu nationaldemokratischen Kräften, welche von Libyen oder Algerien unterstützt werden –, gegenseitigen militärischen Paralysisierung und wegen persönlicher machtpolitischer Ambitionen der Führer der einzelnen Fraktionen war diese Zentralregierung völlig handlungsunfähig. Es gelang ihr nicht, die wichtigsten Aufgaben zu lösen, die wie die Demilitarisierung der Hauptstadt, der Rückzug der französischen Truppen, die Gründung einer integrierten Armee und der Aufstellung einer neutralen afrikanischen Friedenstruppe (aus dem Kongo, Benin und Guinea) im Regierungsabkommen vom November 1979 festgeschrieben worden waren.

Das erneute Ausbrechen der Kämpfe war also abzusehen, weil besonders die proimperialistische Gruppierung um Verteidigungsminister H. Habre die Umsetzung des gemeinsamen Programms blockierte. Nur im Falle der Beseitigung des Einflusses der französischen Interessensvertreter in der Regierung wird eine wirkliche nationale Unabhängigkeit gegen den Widerstand der Interventionsmacht Frankreich möglich sein. Nur dann wäre die Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung bzw. eine nationale Aussöhnung des Tschad gegeben.

Anmerkungen:

- 1) Zur französischen Truppenpräsenz im Tschad und in Afrika siehe: AIB, Nr. 9/1978, S. 26-28
- 2) Im Tschad leben an Volksgruppen: Die Kanuri, Tibbu und Zagara (10%) im Norden, die Haussa und verwandte Gruppen (10%) im Südwesten, die Sara und Bango (50%) im Süden, die Moubi im Zentral-Tschad und die Sudan-Araber, über das ganze Land verteilt.
Die Religionszugehörigkeit verteilt sich wie folgt: 52% Islam, 43% Naturreligionen, 5% Christen
- 3) Animismus: Naturreligion, welche die Beseeltheit aller Dinge behauptet
- 4) Afrique Asie, Paris, Nr. 208/3.-16.3.1980, S. 22

Hans Mayer

Von der Militär- zur Zivilherrschaft



Regierungsübergabe von Obasanjo (l.) an Shagari

Der bevölkerungsreichste Staat Afrikas, Nigeria, ist in den letzten Jahren durch seine gewachsene ökonomische und militärische Potenz immer stärker ins Blickfeld internationaler Beziehungen gerückt. Das westafrikanische Land ist heute Afrikas größter Erdölproduzent – im Durchschnitt werden jährlich über 100 Mio t gefördert –, exportiert beträchtliche Mengen landwirtschaftlicher Rohstoffe und stellt einen expandierenden Markt für die kapitalistischen Industrieländer, mit denen es ausgedehnte Wirtschaftskontakte pflegt, dar.

Seit dem Erdölboom von 1973/74 spielte die Regierung in Lagos eine bedeutende Rolle bei den Auseinandersetzungen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, insbesondere im Rahmen der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC), und bei den Verhandlungen über die Verträge von Lome zwischen den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft. In der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und im Commonwealth konnte Nigeria durch sein konsequentes Eintreten für die Befreiungsbewegungen zur Beschleunigung der Dekolonisation im Süden Afrikas Entscheidendes beitragen. Es wurde so für die Westmächte zum ökonomisch und politisch wichtigsten Land in Afrika.

Die näheren Umstände der Übergabe der Macht durch die Militärs an eine Zivilregierung am 1. Oktober 1979 mußte daher über Nigeria hinaus große Aufmerksamkeit erzielen. Dieser Prozeß war schon unter General Gowon (1966-75) verschiedentlich angestrebt, aber erst von dem 1975 durch einen unblutigen Staatsstreich an die Macht gekommenen Muhammed/Obasanjo-Regime verwirklicht worden.

Einer der den Putsch auslösenden Faktoren war schließlich die Ankündigung Gowons gewesen, die Schaffung einer Zivilregierung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Gowon war es gegen Ende seiner Amtszeit nicht mehr gelungen, Probleme wie den Streit um die Verteilung der Öleinkünfte zwischen den einzelnen Bundesstaaten, die Korruption, sowie den steigenden Inflationsdruck zu bewältigen. Gowon konnte durch die Stärkung der Zentralgewalt zwar auch die in den Biafrakrieg mündenden regionalen Friktionen, mit einem aus der Kolonialzeit herrührenden auffallenden Süd-Nord-Gefälle, soweit reduzieren, daß sie den Bestand Nigerias nicht gefährdeten. Jedoch ließ sich dadurch der Verfall der Klassenallianz zwischen nationaler Bourgeoisie, bürokratischer Bourgeoisie und Militärs nicht aufhalten.

Der Wechsel an der Spitze des Militärregimes mit dem Ziel der Neubelebung dieser Allianz auf breiterer Ebene, unter Einbeziehung neuer Zwischenschichten, führte dann zu einem in mancher Hinsicht radikaleren Reformkurs. Unmittelbarsten Ausdruck fand diese Radikalisierung in der Aner-

kennung der MPLA-Regierung in Angola 1975; eine Politik, die in der finanziellen Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe und der Enteignung von British Petroleum (BP), die die Rhodesien-Sanktionen gebrochen hatte, ihre Fortsetzung fand. Zum anderen kam sie mit weiteren Schritten zur Nigerianisierung einzelner Wirtschaftssektoren und der Erweiterung des staatlichen Sektors zum Ausdruck.

Zentrales Moment war jedoch die Verabschiedung eines 5-Punkte-Programms zur Etablierung eines „lebensfähigen, politisch stabilen Systems“, das die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Durchführung von Wahlen auf allen politischen Ebenen und die Einsetzung einer Zivilregierung beinhaltete. Dieser politische Überleitungsprozeß fand auf dem Hintergrund einer weltmarktbedingten Krisenhaftigkeit des Ölsektors statt.

1956 war Shell/BP erstmals auf förderungswürdige Rohölvorkommen gestoßen. Binnen weniger Jahre wurde die nigerianische Wirtschaft nicht mehr von den traditionellen Agrarexporten, sondern von Erdölausfuhren geprägt. Machte der Wert des exportierten Rohöls 1962 lediglich 10% der Gesamtausfuhren aus, so waren es in den 70er Jahren über 90%.¹ Nahezu 1/3 des inländischen Bruttoproduktionswerts wird heute im Erdölsektor erzielt. Die Öleinkünfte des Bundesstaates machen heute 80% seiner laufenden Einnahmen aus.²

Dieser hohe Anteil, der den ökonomischen Spielraum des nigerianischen Staats bedeutend erhöhte, läßt sich zum einen auf die Veränderung des Verteilungsverhältnisses der Erdölgewinne zugunsten Nigerias und zuungunsten des Auslandskapitals (erhöhter Gewinnanteil!) zurückführen. Zum anderen ist er Folge der seit 1973/74 starken Preiserhöhungen der OPEC für Rohöl. Gleichzeitig wurde im Rahmen der Nigerianisierungspolitik versucht, auf die Geschäftspolitik der multinationalen Konzerne, darunter Shell/BP (2/3 der Gesamtförderung), Gulf, Mobil, Agip, Elf usw., stärkeren Einfluß zu nehmen. Im April 1974 wurde der Anteil der jetzigen Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) am Grundkapital aller in Nigeria tätigen Ölmultis von 33 1/3 auf 55% heraufgesetzt.

Der Erdölsektor blieb jedoch eine typische Enklavenindustrie. Ein Großteil des erwirtschafteten Produkts floß in Form von Profiten und Zinsenleistungen wieder ab. Der faktische nigerianische Anteil an den laufenden Investitionen im Erdölsektor beläuft sich nur auf 15-20%, wobei es sich überwiegend um Dienstleistungen handelt. Der Aufbau einer petrochemischen Industrie steckt erst in den Anfängen.³

Die Erhöhung des Staatseinkommens und zum Teil auch die Nigerianisierung führte allerdings auch in anderen Sektoren der nigerianischen Wirtschaft zu gewissen Wachstumsimpulsen. Insgesamt verzeichnete man in den vergangenen Jahren

Nigeria-Daten

Territorium und Bevölkerung: 923 768 qkm (rund 3,5 mal so groß wie die BRD); etwa 80 Mio Einwohner. Die größten Bevölkerungsgruppen sind die Hausa, Fulani und Kanuri im Norden, die Yoruba im Westen und die Ogbo im Osten.

Religion: Über 50% der Bevölkerung sind Anhänger des Islam; 35% sind Christen.

Wirtschaft: Nigerias Wirtschaft war während der Kolonialzeit von britischem Monopolkapital beherrscht. Auch heute werden die umfangreichen Bodenschätze (Erdöl, Kohle, Eisen, Zinn, Blei, Zink, Kolumbit und Erdgas) vorwiegend von ausländischen Gesellschaften abgebaut. Neben der Erdölförderung wird in zunehmendem Maße eine Leicht- und Lebensmittelindustrie betrieben. Grundstoffindustrien und ein Produktionsgütersektor sind praktisch nicht vorhanden. Grundlage der Landwirtschaft sind der extensive Ackerbau und die Wanderviehhaltung. Nur etwa 10% der Landesfläche werden landwirtschaftlich genutzt.

Währung: Naira (1 N = 3,156 DM, Stand: Juni 1979)

Geschichte:

1500-1690	Blütezeit Benins und der Yorubareiche
1862	Lagos wird britische Kolonie
1900	Nigeria wird aufgrund der Beschlüsse der Berliner Kongokonferenz Protektorat Großbritanniens
1914	Vereinigung von Nord- und Südnigeria
1960	Erlangung der Unabhängigkeit als Republik
1966	Übernahme der Macht durch eine Militärregierung unter General Ironsi. Verbot der Parteien
1966	Machtübernahme durch Oberstleutnant Yakubu Gowon. Wiederherstellung der von Ironsi beseitigten Föderation und nachfolgende Umstrukturierung.
1967	Der Militärgouverneur von Ostnigeria, Ojukwu, proklamiert die Region zur unabhängigen Republik Biafra
1970	Beendigung des Bürgerkriegs, Kapitulation der Sezessionisten nach der Flucht Ojukwus. Gowon verkündet ein Programm für die nationale Entwicklung Nigerias
1973	Gowon wird Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit für 1973/74
1975	Militärputsch durch General Murtala Muhammed
1976	Nach der Ermordung Muhammeds durch Gowon-Anhänger wird General Obasanjo Nachfolger

eine jährliche reale Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 9%. Der überwiegende Teil der staatlichen Investitionen floß entweder in die Infrastruktur oder aber zurück in den Erdölsektor. Überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichneten das Baugewerbe und die verarbeitende Industrie, die aber ihren Anteil am BIP nur unwesentlich auf knapp 9% anheben konnte. Der Aufbau einer Schwerindustrie steht noch aus.

Daher blieb Nigeria in geringerem Maße industrialisiert als z.B. Ghana oder der Senegal. Hinzu kommt, daß sich die regionalen ökonomischen Entwicklungsunterschiede weiter vertieften und der Agrarsektor ausgesprochen vernachlässigt wurde.

Die Produktion der vorwiegend kleinbäuerlich organisierten Landwirtschaft ließ sich im Verlauf der Planperiode 1975-80 nur um durchschnittlich 2,6% pro Jahr erhöhen, wohingegen die Bevölkerung um 2,8% zunahm.⁴

So war weder der inländische Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarf ausreichend zu sichern, noch war Nigeria in der Lage, über die traditionellen Exportgüter Kakao, Palmkerne und Erdnüsse den Rückgang im Erdölgeschäft ab 1976 auszugleichen.

Um den Wiederaufbau dieses aus der Kolonialzeit herrührenden Exportsektors bemüht, verstärkte die nigerianische Regierung ihre Beziehungen zur Weltbank und engagierte sich selbst in großen Bewässerungsprojekten, deren Resultat die weitere Untergrabung der lokalen Nahrungsmittelproduktion war. Davon profitierten nicht nur eine Reihe multinationaler Gesellschaften, sondern auch eine kleine Gruppe von Bürokraten, Armeeeoffizieren und städtischen Geschäftsleuten, die sich als kapitalistische Farmer etablierten.

Zunehmend schwieriger gestaltete sich die Lösung dieser

Probleme durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Angesichts des Rückgangs der Öleinkünfte und des Dollarverfalls fehlte ein regelmäßiger Zufluß von Devisen. Bereits 1976 mußten Preis- und Exportrückgänge hingenommen werden. Die Zahlungsbilanz wurde erstmals seit 1970 wieder negativ.⁵

Die Regierung Obasanjo, die nach der Ermordung von General Muhammed bei einem erfolglosen Gegenputsch von Gowon-Anhängern im Januar 1976 die Regierungsgeschäfte führte, wurde 1978 in rascher Folge zur Aufnahme zweier Eurodollar-Kredite in Höhe von insgesamt 2 Mrd Dollar gezwungen, um die Staatsausgaben finanzieren zu können. 1979 stabilisierten sich die Erlöse aus dem Erdöl schließlich wieder durch die erhöhte Nachfrage auf dem Weltmarkt.

Während der Staatssektor sich unter Obasanjo weiter ausdehnte, hat sich auch das Verhältnis von privatem Inlandskapital zum Auslandskapital quantitativ verändert. Das Nigerianisierungsprogramm⁶ erfuhr seit 1972 eine Reihe von Ergänzungen und mit dem Erlaß über nigerianischer Unternehmen Nr. 3 vom Januar 1977 eine Erhöhung der Mindestbeteiligungen von Nigerianern an ausländischen Unternehmen. Danach gibt es jetzt Wirtschaftszweige, die ausschließlich Nigerianern vorbehalten sind, wie etwa der Einzelhandel oder Kleinunternehmen in der verarbeitenden Industrie. Mittlere Unternehmen aller Wirtschaftszweige müssen eine Mindestbeteiligung von 60% ausweisen, während für Großunternehmen 40% vorgesehen sind (sie unterliegen jedoch besonders im Fall der Multis zahlreichen Ausnahmeregelungen).

Die Finanzierung dieser Umverteilung wurde durch Bankkredite gewährleistet. Die Multis konnten dadurch ihre Binnenfinanzierung erhöhen und drangen seither verstärkt in die verarbeitende Industrie ein. Neben der politischen Absicherung konnten sie so ihre Monopolstellung in einigen Bereichen ausdehnen. Mehr als 150 US-Monopole mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Mrd Dollar (überwiegend im Erdölsektor) waren Ende 1977 in Nigeria aktiv. Bei den westdeutschen Direktinvestitionen nahm Nigeria den ersten Platz in Schwarzafrika ein.

Für die nigerianische Bourgeoisie, die vor allem im profitträchtigen Handel, in der Grundstücksspekulation und im Transportwesen ihre Basis hatte, läßt sich eine Erhöhung ihrer Anteile in diesen Bereichen und neuerdings auch die Beteiligung an staatlichen Gesellschaften und an Unternehmen des Auslandskapitals feststellen. Auffallend ist dabei die relativ hohe Konzentration des Eigentums in den Händen weniger. So entfallen in Kano, einer Stadt im Norden Nigerias, 50% des Aktienkapitals an 54 Unternehmen auf 6 Nigerianer, vorzugsweise halbfeudale Elemente, die sog. Alhajis.

Der kapitalistische Reformkurs erforderte auf der politischen Ebene eine partielle Ausschaltung korrupter Elemente, eine Effektivierung der staatlichen Verwaltung sowie eine weitere Zentralisierung der politischen Macht auf Bundesebene.

Schon unter Muhammed wurden diese Ziele konsequent verfolgt. Einer großangelegten Säuberungsaktion, der die gesamte politische Führungsschicht unter Gowon und weitere 10.000 Beamte zum Opfer fielen, folgte die Verabschiedung eines neuen Verfassungsdekrets. Der Präsident erhielt darin die volle Exekutivgewalt, und die Gouverneure der Bundesstaaten wurden aus dem obersten Militärat ausgeschlossen. Die Schaffung eines einheitlichen Systems von Verwaltungsräten, die vor allem die halbfeudalen Schichten im Norden teilweise auszuschalten vermochte, rundete dieses Reformprogramm ab.

Besonders hart wurde auch gegen die Organisationen der Arbeiterklasse Nigerias vorgegangen. Mit dem staatlichen Zusammenschluß der Gewerkschaften in 43 Einzelgewerk-

schaften 1977 war die Ausschaltung sozialistischer Gewerkschaftsführer verbunden.⁷ Bezeichnenderweise gehören zu den 70 im Nationalen Gewerkschaftskongreß (NLC) zusammengeschlossenen Organisationen nun auch Vertreter des Kapitals. Der NLC ist finanziell von der Bundesregierung abhängig und kann sich ebenso wie die Einzelgewerkschaften in keiner Weise an politischen Aktivitäten beteiligen oder mit politischen Parteien zusammenarbeiten. Streiks wurden zu einem Verstoß gegen den Arbeitsvertrag erklärt. Den zweifellos bestehenden Vorteilen einer strafferen Organisation der Gewerkschaftsbewegung steht somit die Absicht der Militärregierung gegenüber, die Autonomie der Gewerkschaften zu reduzieren und sie als Befriedungsinstrument gegen die rasch anwachsende Arbeiterklasse zu benutzen. Erst im Herbst 1979 begann sich der Widerstand der Gewerkschaften gegen den 1976 verhängten Lohnstopp und die 1977 vollzogene repressive Gesetzgebung wieder zu regen.

Die Art und Weise der Umsetzung ihres 5-Punkte-Programms zeigte, daß die Militärregierung die Fortsetzung ihres Kurses auch nach ihrem Abtritt garantieren wollte.⁸ Sie griff gezielt in alle Prozesse der Überleitungsphase ein. In der von ihr zunächst einberufenen Verfassungskommission saßen kaum Vertreter oppositioneller Kräfte. Der Kommission wurden desweiteren eine Reihe von Vorgaben gemacht, die eine Verfassung im Stil des amerikanischen Präsidialsystems präjudizierten.

Eingeengtes Parteienspektrum

So konnten sich auch bei der Festlegung der künftigen nigerianischen Wirtschaftsordnung die Ideologen einer gemischten Wirtschaft fast ungehindert durchsetzen. Es folgten die indirekten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung durch die örtlichen Räte im Sommer 1977. Die Zusammensetzung dieses Gremiums ergab ein Spiegelbild der Kommission. Schließlich wurde in der Vorbereitungsphase zu den allgemeinen Wahlen auch das Parteienverbot wieder aufgehoben.

Von den sich rasch konstituierenden 53 Parteien⁹ wurde nur fünf die Erfüllung der von der Wahlkommission aufgestellten Bedingungen zugesprochen. Nur diese fünf konnten auch während der Militärherrschaft fortbestehende Kontakte zwischen ehemaligen führenden Parteimitgliedern aus der 1. Republik zurückgreifen. Eine ganze Reihe dieser Politiker war während der Militärherrschaft in politischen Ämtern tätig gewesen und hatte von dort aus seine Machtbasis erhalten oder sogar ausbauen können.

Nicht zugelassen wurden nebst anderen auch die drei sozialistischen Gruppierungen. Partei des Sozialistischen und Arbeitenden Volkes (SWPP), Sozialistische Partei der Arbeiter, Bauern und der Jugend (SPWFY) und die Nigerianische Arbeiter- und Bauernbewegung (WOPVAN). Noch beim Sturz Gowons und bei der landesweiten kritischen Diskussion der zukünftigen Verfassung hatten sie eine hervorragende Rolle gespielt. Jedoch wurden sie seit Oktober 1977 zunehmend zum Ziel politischer Gegenaktionen. Die Folgen der Umstrukturierung der Gewerkschaften hatten sie einer wichtigen organisatorischen Basis beraubt. Hinzu kam die Zerschlagung der Opposition an den Universitäten durch die Militärs nach den Unruhen der Jahreswende 1977/78 im Zusammenhang mit der Erhöhung der Studiengebühren.

Auf dem Hintergrund dieser Ereignisse und ohne einigendes Band konnte der Aufbau der Parteiapparate nicht in den vorgeschriebenen drei Monaten bis zur Registrierung erfolgen. Die SPWFY und die WOPVAN gingen daraufhin in den reformistischen Parteien Volkserlöschungspartei (PRP) und der Einheitspartei (UPN) auf.

Die ideologische Bandbreite der fünf registrierten Parteien, zu denen auch die PRP und die UPN gehören, ist schmal und weist entweder reformistische oder neokoloniale Züge auf. Immerhin bringt die PRP Aminu Kanos im Rahmen ihres „demokratischen Humanismus“ besonders im Norden Nigerias die Interessen der Bauern und der städtischen Massen gegen die Privilegien der herrschenden Klasse zum Ausdruck. Die PRP ist die einzige zugelassene Partei, die kontinuierlich die Macht der multinationalen Konzerne in Nigeria kritisierte und für die energische Unterstützung des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika und im Nahen Osten eintrat. Awolowos UPN orientiert sich dagegen fast ausschließlich auf die Verfolgung eines Sozialprogramms zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Masse der Bevölkerung.

In der Großen Nigerianischen Volkspartei (GNPP) von Ibrahim, der Nigerianischen Volkspartei (NPP) von Azikiwe und der Nationalen Partei Nigerias (NPN) spiegeln sich die Interessen der nigerianischen Bourgeoisie mit ihren regionalen Schwerpunkten eindeutig wieder. Alle drei Parteien bringen Forderungen nach Steuersenkungen und Entnationalisierung vor. Auch sie betonten jedoch angesichts des Wahlkampfes ihre Bereitschaft zur gleichmäßigeren Verteilung des nationalen Reichtums.

Die NPN ging aus den Wahlen zum Senat, zum Repräsentantenhaus, den Länderparlamenten, den Gouverneurs- und der Präsidentenwahl von Mitte 1979 als stärkste Partei hervor. Jedoch verfügen alle Parteien über regionale Bastionen, in denen sie die politische Macht übernehmen konnten. Präsident Shagari von der NPN kann im Bundesparlament nur mit Hilfe der NPP regieren. In den Bundesstaaten verfügen die Gouverneure in einzelnen Fällen nicht einmal über Parlamentsmehrheiten. So spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Verteilung der politischen Macht in den verfassungsmäßigen Gremien seit Oktober 1979 langsam zu. Sie weiteten sich schließlich im Januar 1980 auf die staatlichen Gesellschaften und Körperschaften aus.

In seinem neuen Wirtschaftsprogramm hat Shagari hinsichtlich der Entwicklungsschwerpunkte Industrie und Landwirtschaft (Grüne Revolution) die Fortsetzung der im 3. und 4. Entwicklungsplan formulierten Ziele der Militärregierung angedeutet. Allerdings wurden auch wichtige Unterschiede offenbar. Die Shagari-Regierung will nicht nur alle Beschränkungen bei Gewinntransaktionen aufheben; sie kündigte darüber hinaus eine Überprüfung der Höhe der staatlichen Beteiligungen in Joint-Ventures (Gemeinschaftsunternehmen von in- und ausländischem Kapital) mit dem Ziel ihrer Verringering an.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Journal of Modern African Studies, London, Nr. 4/1973, S. 531 und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfA), Nigeria. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation, Juli 1979, S. 8
- 2) Vgl. Africa South of the Sahara, London 1979, S. 742
- 3) Vgl. African Affairs, London, Nr. 3/1976, S. 287f.
- 4) Vgl. BfA, Nigeria, Wirtschaftliche Entwicklung 1977/78, S. 58
- 5) Vgl. African Business, London, Nr. 9/1979, S. 59
- 6) Zur Nigerianisierungspolitik vgl. Review of African Political Economy (RAPE), London, Nr. 14/1979, S. 56-68
- 7) Vgl. Labour and development, Lagos, Nr. 30-31/1977, S. 11-14
- 8) Vgl. K. Hutschenreuter, Aktuelle Entwicklungsprobleme Nigerias, in: Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 6/1978, S. 1145 ff.
- 9) Vgl. Afrika-Informationen, Hamburg, Nr. 11/1979, Sonderbeilage

Richtigstellung:

In AIB 4/1980, S. 18, rechte Spalte, 21./22. Zeile von oben muß es in einer redaktionellen Anmerkung zum Grundsatzdokument der Patriotischen Front von Honduras anstatt „... revolutionären, mit der Oligarchie verbundenen Militärs...“ selbstverständlich heißen: „... kamen unter General Policarpo Paz Garcia die reaktionären, mit der Oligarchie verbundenen Militärs an die Macht...“ Wir bitten, diese technische Panne zu entschuldigen.

Wolfram Brönner/Paul Maaskola

Die Ölkrise – Werk der OPEC? (3. Teil)

„Noch nie waren Markt- und Machtposition der multinationalen Gesellschaften so stark wie zu Beginn der 80er Jahre. Nur scheinbar fühlen sich die Ölmultis von den OPEC-Herren terrorisiert und von den Verbraucherländern kritisiert.“ Diesen Eindruck des Spiegel vom 11.2.1980 bestärkt auch unsere Untersuchung der Ölkrise. Nachdem sich die ersten Teile in AIB 3 und 4/1980 mit den Ursachen der Energie- und Ölkrise, der Rolle der Ölmultis und der Ölländer befaßten, setzt sich der dritte und abschließende Teil mit den energiepolitischen Anpassungsversuchen der Westmächte auseinander und diskutiert die möglichen Alternativen. Gesonderte Beiträge zu den Auswirkungen der Ölkrise auf die nicht erdölexportierenden Entwicklungsländer und zur Bonner Rohstoff- und Energiekonzeption sollen folgen.

Seit der Ölkrise 1973/74 brach sich in den imperialistischen Metropolen die Einsicht Bahn, daß die Zeit der unbegrenzten Verfügbarkeit an Öl- und anderen Energieressourcen zu Billigstpreisen unwiderruflich abgelaufen ist. Am Anfang der Suche nach einem Ausweg aus der kapitalistischen Öl- und Energiekrise stand die Ambition, durch eine Zerschlagung der OPEC bzw. eine konzertierte Ölkriegsvariante der NATO-Mächte die Positionsgewinne der Ölförderländer zurückzurollen (vgl. 1. Teil in AIB, Nr. 3/1980, S. 10 ff.). Wie die Ölkriegspsychose des Jahres 1979 illustrierte, ist der Drang nach diesem reaktionärsten Ausweg keineswegs aus der Welt, wenngleich die Mühen um eine einheitliche Energiepolitik der Westmächte im Zeitraum 1973-79 doch alles in allem den offenen Angriff auf die öllexportierenden Entwicklungsländer zurückstellten – so der Konsens der „7 Großen“ USA, BRD, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada auf ihrem letzten Wirtschaftsgipfel in Tokio Ende Juni 1979.

Sonderstellung der USA und Großbritanniens

US-Präsident Jimmy Carter konnte sich in Tokio mit seinem Plädoyer für die Ergreifung konkreter Aktionen gegen die OPEC,¹ d.h. für eine Erdölpolitik der Konfrontation nicht durchsetzen. Zu verschieden ist die Interessenlage des Gros der kapitalistischen Industriestaaten von jener der USA und Großbritanniens.

Letztere nehmen als Stammländer der noch immer weltmarktbeherrschenden angloamerikanischen Ölmultis ohnehin eine Art Sonderstellung ein. Sie wird noch bestärkt, da sie relativ geringere Anteile der Ölimporte am nationalen Gesamtenergieverbrauch (USA 22%, Großbritannien 21% im Jahr 1978) und am nationalen Ölverbrauch (42% bzw. 50%) aufweisen, und da sie über ansehnliche einheimische Energierohstoffressourcen verfügen. Neben den in beiden Ländern enormen Kohlevorräten sticht Großbritannien durch beträchtliche Ölressourcen (Nordseeöl) ab, die USA durch gewaltige Vorräte an Ölsanden sowie ihre – gemeinsam mit Südafrika – in der westlichen Hemisphäre monopolistische Stellung als Uranproduzenten bzw. -exporteure. Die beiden letzten Kriterien treffen auch auf Kanada zu, verleihen ihm



daher ebenso eine ansehnliche eigene Energiebasis.

In einer erheblich schwächeren Ausgangslage befinden sich hingegen Japan, Frankreich, die Bundesrepublik und Italien. Sie verfügen über keine vergleichbaren Energieressourcen, ausgenommen die bundesdeutschen Kohlevorräte, die allerdings von der Bonner Regierung weiter vernachlässigt bleiben. Obgleich diese Gruppierung durch staatliche Subventionierung den Ausbau nationaler Ölgesellschaften – in der BRD seit Mitte der 70er Jahre die VEBA – betreibt, konnten die angloamerikanischen Ölmultis in allen diesen Ländern ihre beherrschende Stellung auf den Ölmärkten behaupten. Diese Staaten sind jedoch nach Kräften bestrebt, ihre Importabhängigkeit von den 7 Majors und von der US-Administration nicht noch weiter zu vertiefen, sondern abzubauen. Die jüngsten Ölkrise-Erfahrungen mit den rücksichtslosen Verknappungspraktiken Washingtons, welche den USA eine strategische Ölreserve auf Kosten der EG-Staaten und Japans eintrugen, bestärkten die energieweichen Westmächte eher in ihrem Kurs.

Durch das Signalisieren echter Konzessionsbereitschaft suchten sie ein Arrangement mit den OPEC-Ländern zustande zu bringen, um auf diese Weise die arabischen Ölländer von einer Wiederanwendung der Ölwanne abzuhalten und eine „mäßige“ Ölpreispolitik der OPEC zu erwirken. Noch im Dezember 1973 hatte – unter geharnischten Protesten der USA – in Kopenhagen ein westeuropäisch-arabischer Gipfel stattgefunden, mit dem die EG-Mehrheit im Alleingang auf eine langfristige Ölversorgungssicherung abzielte. Doch tiefe energiepolitische Widersprüche innerhalb der EG selbst und die Rücksichtnahme von Teilen der EG auf die Bündnisbeziehungen mit der militärpolitischen Führungsmacht USA brachten den (west)europäisch-arabischen Energiedialog zum Scheitern. Die EG-Neun vermochten sich überdies nach über dreijährigem Tauziehen Ende 1976 nicht auf eine einheitliche Energiepolitik zu einigen.

Ähnlich endete auch im Juni 1977 der auf Initiative Frankreichs zustande gekommene Energiedialog aller westlichen Hauptländer mit 19 Entwicklungsländern, die von den OPEC-Mitgliedern angeführt wurden. Außer einer völlig unverbindlichen Empfehlung zur internationalen Kooperation auf dem Energiesektor brachte diese im Dezember 1975 in

Paris eröffnete Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) kein Resultat hervor.²

Innerimperialistische Interessengegensätze minderten auch von Anbeginn die Effektivität des gemeinsamen Krisenmanagements von 20 kapitalistischen Industriestaaten mit Hilfe der im November 1974 gegründeten Internationalen Energie-Agentur (IEA). Sie entstand im Ergebnis der von den USA initiierten Washingtoner Energiekonferenz vom Februar 1974 und definiert sich als autonome Institution im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die US-Regierung, die sich 1/3 der Sitze im Verwaltungsrat der IEA sicherte, suchte diese von vornherein in ein Instrument zur Konfrontierung der OPEC zu verwandeln. Daher verweigerte Frankreich bis heute den Beitritt zur Internationalen Energie-Agentur.

Infolge der Interessenkollisionen zwischen den USA einerseits, der EG und Japan andererseits, konnte man sich innerhalb der IEA auch auf keine einheitliche Strategie im Umgang mit den erdölexportierenden Entwicklungsländern einigen. In den energiepolitischen Orientierungen der Agentur aus den Jahren 1974, 1976 und 1979 kam lediglich ein Minimalkonsens für den Ölkrisenfall zustande: Mit der Anlegung von Ölvorräten aller Mitgliedsländer und der Vereinbarung eines gemeinsamen Ölverteilungssystems bei akuten Versorgungsausfällen (mehr als 7% des Normalverbrauchs) blieb das Aktionsziel der IEA auf den „Notstandsfall“ begrenzt. Und selbst dieses beschränkte gemeinsame Krisenmanagement versagte in der zweiten Ölkrisen 1979 (s.w.o.). Die ferner in den IEA-Programmen empfohlene koordinierte Entwicklung neuer Energietechnologien bzw. alternativer Energieträger blieb folgenlos. Die 1978 eingegangene Verpflichtung zur Drosselung des Ölverbrauchs um jährlich 5% ist eine leere Absichtsbekundung, da sie in den nationalen Energieprogrammen nicht umgesetzt, ja bereits im ersten Quartal 1979 bei einem westeuropäischen Ölverbrauchszuwachs von 3,3% verunmöglicht worden war.³

Auf dem Tokioter Gipfel, dem 5. Wirtschaftsgipfel der Westmächte seit 1975 mit dem Themenpunkt Energiekrisenmanagement, wurde die Notwendigkeit einer „gemeinsamen Strategie“ der „Reduzierung des Ölverbrauchs“ zur dringlichsten Aufgabe erklärt. Dies soll, so das Kommuniqué von Tokio weiter, durch die „Verringerung des Ölverbrauchs und die Beschleunigung der Entwicklung anderer Energie-

quellen“, namentlich von Kohle und Kernenergie geschehen. Zugleich verpflichtete man sich auf das Einfrieren der Ölimportmengen bis zum Jahr 1985.⁴ US-Präsident J. Carter setzte gar in seinem 6-Punkte-Energieprogramm vom 16. Juli 1979 die Absichtserklärung hinzu, um die „unerträgliche Abhängigkeit vom ausländischen Öl“ zu beenden, sollten die US-Ölimporte bis 1990 um 50% gekürzt werden.⁵

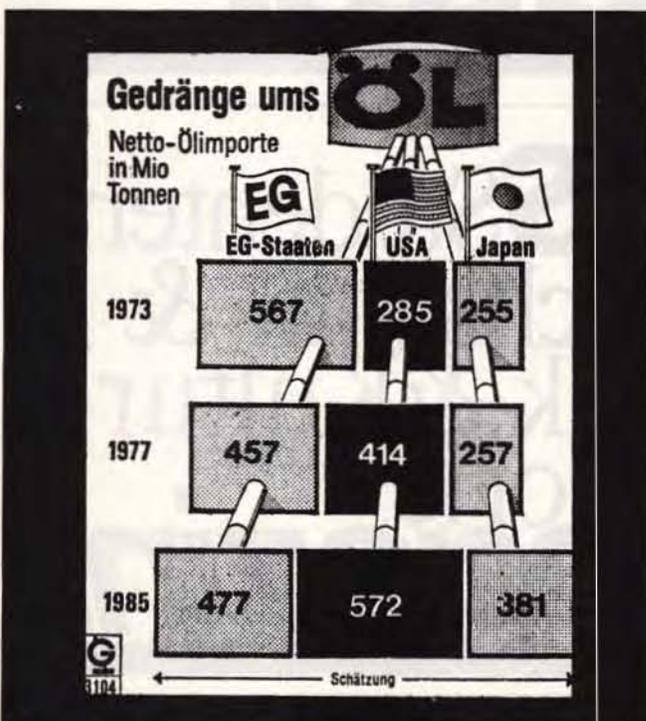
Doch hier wie im Falle der Bundesrepublik blieben durchschlagende staatliche Maßnahmen zur Realisierung des angekündigten Ölsparens aus, während etwa Frankreichs Regierung 20 Einzelmaßnahmen zur Heizöl-, Strom- und Gaskontingentierung, Tempolimits u.a.m. verfügte. Die von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ausgegebene Order „Das regeln wir über den Preis“ hat jedenfalls keine entscheidende Reduzierung des Ölverbrauchs bewirkt. Bereits Ende August 1979 gab die Bundesregierung bekannt, das Öleinsparungsziel sei 1979 für die BRD wie auch die anderen großen IEA-Staaten wohl kaum zu halten. Tokio hat so gesehen nur eine neue Runde im innerimperialistischen „Verteilungskampf ums Öl“ (H. Schmidt) eingeläutet.⁶

Sicherheitsfaktoren: zwischenstaatliche Öllieferbeziehungen, Multi-Verstaatlichung

Vor allen Dingen aber führt die im Kommuniqué von Tokio auffällige Schonung der Ölmultis, die Denunzierung der OPEC-Länder als angebliche Urheber der kapitalistischen Öl- und Energiekrise und das versuchte Gegeneinanderausspielen von Ölländern und anderen Entwicklungsländern an der Sache vorbei. Wie wir weiter oben sahen, war nicht die Politik der OPEC-Länder, sondern die manipulierte künstliche Ölverknappung seitens der 7 Ölmajors und seitens der westlichen Regierungen ausschlaggebend für die Zuspitzung der Ölkrisen des Jahres 1979. Nicht die arabisch-iranischen erdölexportierenden Staaten sondern die Ölmultis waren es, die durch skrupellose Praktiken die Preise für Rohöl- und Raffinerieprodukte auf astronomische Höhen trieben. Nicht die Politik der OPEC, sondern das antinationale Profitstreben der Konzerne und der – gerade in der BRD extreme – Mangel an staatlichen Preis- und Verteilungskontrollen gegenüber diesen Ölmultis erwiesen sich als die Unsicherheitsfaktoren für eine kontinuierliche Energieversorgung.

Das von der Bundesregierung Ende 1977 vorgelegte Energieprogramm („zweite Fortschreibung“ von 1973) hat sich hinsichtlich der Prioritätensetzung auf die „Sicherheit der Energieversorgung“ gerade deshalb als untauglich erwiesen, da es dabei auf die „Marktkräfte“, d.h. die aus- und inländischen Ölkonzerne, baute.⁷ Mehr Sicherheit läßt schon gar nicht die heute wieder verstärkt geforderte Forcierung des Kernenergieausbaus erwarten. Der Reaktorunfall von Harrisburg hat das beträchtliche Risiko von Kernkraftwerken, zumal unter kapitalistischen Bedingungen (Profitmotive gingen hier vor erforderliche Sicherheitsvorkehrungen), unterstrichen. Starke Protestbewegungen machen ohnehin die Durchsetzbarkeit der staatlichen Kernenergievorhaben ungewiß. Überdies würde die BRD ihre beklagte Ölimportabhängigkeit in diesem Fall gegen eine noch einseitigere Importabhängigkeit von nordamerikanisch-südafrikanischem Uran eintauschen.

Um in der Bundesrepublik Ölverbrauch und Ölimportabhängigkeit schrittweise abzubauen, bietet sich hingegen die forcierte Nutzung der enormen heimischen Steinkohlevorräte als erster sicherer Hebel an. Als zweiter Garant für die Reduzierung der Unsicherheitsfaktoren in der Energieversorgung empfiehlt sich, anstelle der Versorgungsabhängigkeit von den Ölmajors, der zügige Ausbau direkter Öllieferbeziehungen mit den OPEC-Ländern auf zwischenstaatlicher Ebene.



Durch langfristige Lieferverträge Bonns mit Regierungen der Ölstaaten auf der einen Seite, die Einschaltung staatlicher Ölgesellschaften und Kontrollen über die Erdölpreisgestaltung und -verteilung auf der anderen Seite, könnte die inländische Marktbeherrschung durch die Ölmultis abgetragen werden.

Die Erfahrungen der jüngsten Ölkrise haben eindeutig gezeigt, daß nur eine volle Ausschaltung der hauptsächlichsten Unsicherheitsfaktoren verhindern könnte, daß der Erdölzufluß weiter manipuliert und neue Angriffe auf die Taschen der Verbraucher gefahren werden. Eine solche Garantie aber kann es nur im Falle einer Verstaatlichung der Ölmultis bzw. der gesamten Erdölwirtschaft und ihrer demokratischen Kontrolle durch die werktätigen Massen geben.

Das Eintreten für gleichberechtigte Beziehungen zwischen OPEC-Ländern und westlichen Regierungen empfiehlt sich schließlich nicht nur aufgrund des nationalen Interesses der BRD an der Sicherstellung eines stabilen Ölzuflusses. Sie ergibt sich gleichwohl aus dem Erfordernis, die Legitimität einer unabhängigen, antimonopolistischen Erdölpolitik der OPEC-Länder anzuerkennen. Gerade die Ölländer des arabisch-iranischen Raumes sahen sich einer jahrzehntelangen kolonialen und quasikolonialen Ausplünderung durch die Westmächte ausgesetzt, wobei ihre Unterentwicklung, Abhängigkeit und das Elend der Massen konserviert wurden. Genaugenommen stünde daher den OPEG-Staaten wie allen unterentwickelt gehaltenen Ländern der Dritten Welt mehr als eine völkerrechtliche Gleichstellung, nämlich Wiedergutmachung durch die hierfür verantwortlichen kolonialen und neokolonialen Großmächte zu.

Jenes Eintreten für gleichberechtigte Beziehungen zu den OPEC-Staaten heißt zu guter Letzt auch schlichte Respektierung der Realität. Auch großbürgerliche Gegenstrategien gelangen heute zu der Einsicht, daß die Ölländer, namentlich die des arabisch-iranischen Raumes, heute eine irreversible Gegenmachtposition gegenüber dem angloamerikani-

schen „Ölperialismus“ in Händen halten: „Man muß sich“, so der Leitartikler der Frankfurter Allgemeinen am 17. Juli 1979, mit diesem Machtpotential „arrangieren, ob es einem paßt oder nicht.“

Die progressiven OPEC-Staaten haben überdies mit ihrer Verstaatlichungs- und Kontrollpolitik gegenüber den Ölmultis in der ersten Hälfte der 70er Jahre vorexerziert, daß selbst dem scheinbar übermächtigen Kartell der 7 Majors beizukommen ist. Ihr Beispiel der Verstaatlichung und der u.E. demokratischen Volkskontrolle der nationalen Öl- und Energiewirtschaft wäre auch in den imperialistischen Zentren das effektivste „Gegengift“, um einer Wiederholung der Ölkrise des Jahres 1979 zuvorzukommen.

Die Bundesrepublik wie die meisten kapitalistischen Industriestaaten werden zumindest in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten auf ansehnliche Ölimporte aus den OPEC-Ländern, besonders den Ölländern des arabisch-iranischen Raumes, angewiesen bleiben. Die Herstellung eines neuen Verhältnisses zu diesen Staaten, welches alle Relikte der Ära des „Ölperialismus“ abzustreifen hat, stellt daher eine Grundvoraussetzung dar für das Funktionieren der westlichen Energieversorgung und Energiewirtschaft bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.

Anmerkungen:

- 1) Nach: OPEC Bulletin, Wien, Nr. 26/2.7.1979, S. 30
- 2) Detailliert zur KIWZ siehe: H.W. Maull, Weltenergieprobleme: Auf der Suche nach neuen Formen internationaler Zusammenarbeit, in: M. Tietzel, Die Energiekrise: Fünf Jahre danach, Bonn 1978, S. 217-244, hier S. 233-239
- 3) Interview mit EG-Energiekommissar Guido Brunner in: Der Spiegel, 23.7.1979
- 4) Wortlaut des Tokioter Kommuniqués, in: Guardian Weekly, London, 8.7.1979
- 5) Wortlaut der Carter-Rede, in: International Herald Tribune, Zürich, 17.7.1979
- 6) Nach Stern, 5.7.1979; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.8.1979
- 7) Bundestagsdrucksache 8/1357. Sachgebiet 75, Deutscher Bundestag – 8. Wahlperiode, Bonn 1977, S. 2

rote blätter

Meinungsumfrage: Was denken Studenten über Strauß?

rote blätter

Das Festival hat viele Seiten! Sechz in diesem Heft

Norman Paech aus Afghanistan zurück
Hark Bohm aus dem Herzen des Hurrican
Die Grünen



das Studenten-
& Hochschul- &
Politik- & Kultur-
& Theorie-
magazin.

**NEU:
HEFT ZWEI
1980**

Einige Themen:

Niemand liebt mich so wie ich

Der Durchbruch des Narzißmus in der jüngeren Studentengeneration

Sexualität — gibt es das überhaupt?

Läßt sich das Triebleben des Menschen auseinanderdividieren? Oder ist Sex nur ein Produkt des freien Markts?

Nina Hagen: My Way

Ein Interview über Sex and Drugs and Rock'n'Roll

Einmal und nie wieder

Erfahrungen einer sterilisierten Frau und eines vasektomierten Mannes

Liebe unterm Nierentisch

Die sexuelle Erziehung der heutigen Eltern in den fünfziger Jahren

Sexualität vor Gericht

Erregte Staatsanwälte und Landgerichtsdirektoren als öffentliche Ärgernisse

The Plaza-Bordell

Auch als stinkfein geltende Hotels gehen neuerdings dazu über, in ihren Bars und Lounges Puff-Betrieb einzurichten

Pädophilie

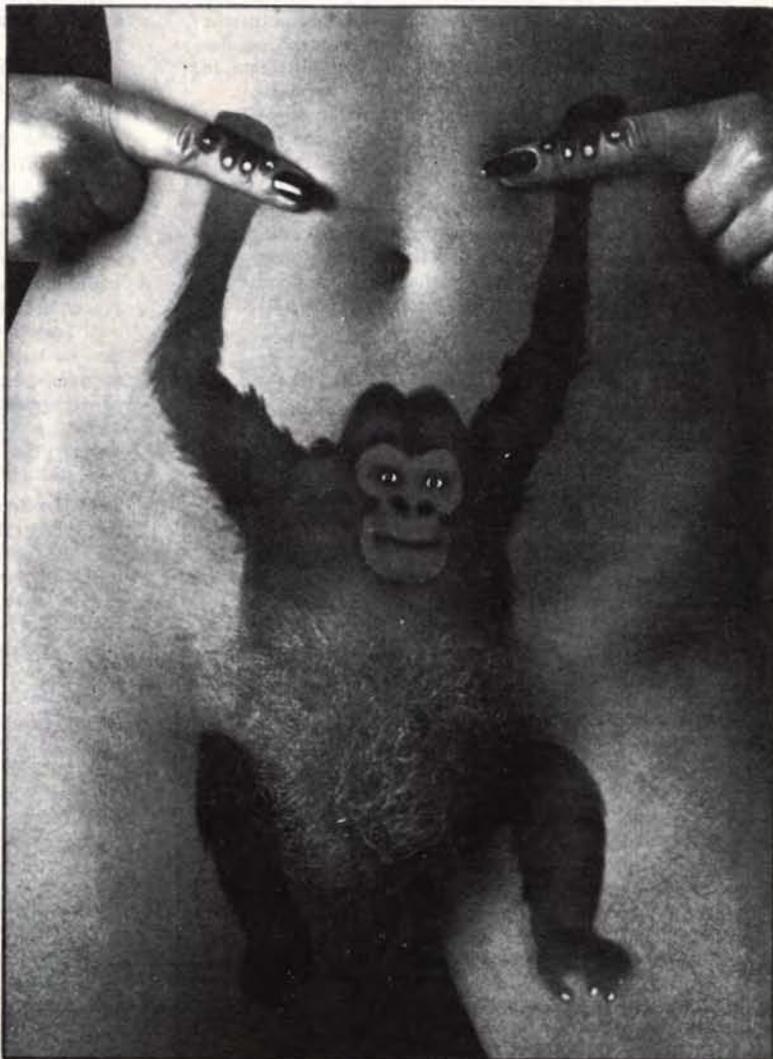
Das letzte der großen sexuellen Tabus — soll es jetzt gebrochen werden?

Orgasmus

Bericht über den Stand der Erkenntnisse, welche psycho-physiologischen Abläufe bei Mann und Frau als Orgasmus gelten

konkret SEXUALITÄT

8 Mark 1980



Wochenbett im Fernsehzimmer

Immer mehr Frauen wollen ihre Kinder zu Hause bekommen. Ein gesundheitsgefährdender Modetrend oder ein Schritt zur Emanzipation?

Auf der Reeperbahn morgens um Zehn

Ökonomie und Psychologie eines Sex-Supermarkts mit Seemannsbräuten, Kunstgliedern, Peep-Show und Porno-Kino

Liebe im Büro

Macht kaputt was noch nicht ganz kaputt ist: die Angestellten-Sexualität

Hausmänner

Wie die neuen Männer kochen und backen, Kinder pudern und wickeln, nähen und stricken gelernt haben, und wie sie sich dabei fühlen.

Ruhe im Glied

oder, was macht der Wehrpflichtige mit seinem Triebleben?

AB 8. MAI AN JEDEM KIOSK

und im Buchhandel

15 Jahre US-Intervention in der Dominikanischen Republik

Ort und Zeitpunkt waren geschmackvoll gewählt wie es Art US-amerikanischer Neandertaler-Diplomatie zu sein pflegt: Die USA wollten, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 28.3.1980, „den Völkern (der karibischen Region) garantieren, daß sie ihre Regierung und ihre industrielle Entwicklung, ihre politische und wirtschaftliche Lebensform selbst bestimmen können“, so der Oberbefehlshaber der US-Atlantik-Flotte, Admiral Harry D. Train, in Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik.

Noch vor wenigen Wochen drohten die USA dem Iran mit offener Intervention; in der Region des Persischen Golfes macht sich eine Einheit der berühmten US-Marineinfanterie breit; Meldungen häufen sich über Truppenbewegungen, Manöver und Interventionsdrohungen der USA in dem von ihnen zu ihrem „Hinterhof“ erklärten Mittelamerika gegen die dortigen progressiven Volksbewegungen – Entwicklungen, die deutlich machen, daß in der US-Außenpolitik nach wie vor jene zynische Anmaßung vorherrscht, die bereits mit der sog. Monroe-Doktrin 1823 ihren Ausdruck gefunden hatte.

Was den Auslassungen des Admirals H.D. Train jedoch die besondere Note gibt: Ende April d.J. jährte sich zum 15. Male der Tag, an welchem zum vorerst letzten Mal eine offene militärische Intervention der USA in einem lateinamerikanischen Land stattgefunden hatte. Es hatte unter einem maßvoll progressiven Regime versucht, seine „Lebensform selbst (zu) bestimmen“. Am 28. April ordnete Präsident L.B. Johnson den Einsatz von US-Truppen gegen Santo Domingo an, deren Gesamtstärke sich binnen einer Woche auf über 30 000 Mann erhöhte, darunter 7 000 „Marines“.

Natürlich wurde zugleich eine „Doktrin“ zur Rechtfertigung der nackten Aggression zusammenfabuliert. L.B. Johnson verkündete sie am 3. Mai 1965 in einer Fernsehansprache. Bürgerkriege in irgendeinem Land der Hemisphäre seien dessen Angelegenheit. Drohe aber Gefahr, daß sich „Kommunisten“ einer solchen Auseinandersetzung „bedienen“, um an die Macht zu gelangen, so würden die USA notfalls allein sofort intervenieren, um im Sinne der Monroe-Doktrin (!) und der Beschlüsse der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die Errichtung eines zweiten „kommunistischen“ Staates in der Hemisphäre nach Kuba zu verhindern (zur Geschichte der US-Doktrin siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.).

Da nach der Logik der USA „kommunistisch“ alles zu sein pflegt, was irgendwie den eigenen Profitinteressen abträglich sein könnte, nimmt es nicht wunder, daß mit ähnlichen „Begründungen“ die Dominikanische Republik ebenso wie die meisten anderen lateinamerikanischen Staaten wiederholt Ziel amerikanischer Interventionen waren. Unter der Rubrik „Einsatz bewaffneter US-Streitkräfte in Übersee“ verzeichnet der US-Congressional Record z.B.: „1903: Dominikanische Republik: Zum Schutz amerikanischer Interessen in der Stadt Santo Domingo während eines revolutionären Aufstandes... 1904: Dominikanische Republik: Zum Schutz amerikanischer Interessen während revolutionärer Kämpfe... 1914: Dominikanische Republik: Während einer revolutionären Bewegung... 1916-1924: Dominikanische Republik: Zur Aufrechterhaltung von Ordnung während einer Periode chronischer und drohender Aufstände.“

Das Resultat derart intensiver „Interessenwahrung“: Die Dominikanische Republik wurde zu einem der ärmsten Länder Lateinamerikas und zu einer langen Zeit hindurch von der blutigen Tyrannei Rafael

Trujillos geplagten Halbkolonie US-amerikanischer Firmeninteressen. Als R. Trujillo 1961 ermordet wurde, schätzte man das Vermögen seiner Sippe auf etwa 800 Mio US-Dollar – nach damaligem Umrrechnungskurs rund 2,5 Mrd DM. Abgesehen von den Besitztümern amerikanischer Konzerne war R. Trujillo faktisch der Inhaber der Insel: unter seiner Kontrolle befanden sich die Massenmedien, die gesamte Bierproduktion, der Handel mit Salz, Fleisch, Kaffee, die Luftfahrtgesellschaft, Tabakhandel, die Staatslotterie, Versicherungen, Banken und über 1/3 des bebaubaren Landes. Das US-Kapital beherrscht die übrigen ökonomisch entscheidenden Sektoren: der ALCOA-Konzern beutet die reichen Bauxitvorkommen der Insel aus; die United Fruit Co. (heute United Brands) verfügt über das Monopol im Bananenanbau und -handel; Firmen wie die National Sugar Refining und die South Puerto Rico Sugar Co. haben den gesamten Zuckerrohranbau und dessen Verarbeitung in der Hand. Die Kumpanei zwischen R. Trujillo und seinen Beschützern in den Konzernetagen überstand auch einen von der OAS 1960 verhängten Boykott, weil Trujillo versucht hatte, den Staatspräsidenten Venezuelas ermorden zu lassen (die Erschießungen von zwischen 15 000 und 20 000 haitianischen Landarbeitern im Grenzgebiet 1937 hatte übrigens die Staatengemeinschaft Amerikas ungerührt gelassen): Die USA kauften weiterhin 400 000 t Zucker (während Kuba effektiv boykottiert wurde); der Konzern Sinclair Oil stellte weiterhin die Ölversorgung der Insel sicher.

1961 brachte dennoch das Ende der Schreckensherrschaft und das Anwachsen der demokratischen Opposition; am 30. Mai 1961 wurde Rafael Trujillo ermordet. Nach einer kurzen Regierung seines früheren Ministers und Proteges Washingtons, Balaguer, gewann im Dezember 1962 die Dominikanische Revolutionspartei (PRD) des Historikers und Soziologen Juan Bosch die ersten freien Wahlen nach jahrzehntelanger Terrorherrschaft.

Es war die Ära der sog. „Allianz für den Fortschritt“ John F. Kennedys. Im April 1963 verabschiedete das Parlament in Santo Domingo eine gemäßigt progressive Verfassung, die einige Reformen, so u.a. in der Landfrage vorsah. Im September 1963 stürzte eine Gruppe reaktionärer Offiziere mit CIA-Unterstützung die Regierung Bosch, während vor der Hauptstadt US-Streitkräfte in Alarmbereitschaft lagen. Die Inselrepublik wurde wieder auf US-Kurs gebracht; 1964 wurde ein Finanzprogramm des Weltwährungsfonds übernommen, das sich nach der Darstellung des Kennedy-Biographen Schlesinger in einem Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens, vergrößerter Arbeitslosigkeit und schließlich verstärkten sozialen Spannungen niederschlug. Am 24. April 1965 unternahm eine Gruppe fortschrittlicher Offiziere unter Führung des Obersten Francisco Caamano Dena einen Staatsstreich gegen die rechte Militärjunta; sie verlangte die Rückkehr zur Verfassung von 1963 sowie die Wiedereinsetzung des rechtmäßigen Präsidenten Juan Bosch. Die Situation verschärfte sich dadurch, daß die linken Rebellen Waffen an die Bewohner der Arbeiterquartiere von Santo Domingo ausgaben. Den rechten Gegenkräften war klar, daß auch ihre Panzer und Flugzeuge ein bewaffnetes und entschlossenes Volk nicht würden besiegen können.

US-Botschafter Bennett sowie der frühere US-Unterstaatssekretär für Lateinamerikafragen, Thomas Mann, nutzten die Situation: Mann überredete L.B. Johnson, eine „massive bewaffnete Intervention zur Verhinderung einer kommunistischen Machtübernahme“ durchzuführen. In der OAS setzte US-Botschafter Ellsworth Bunker mit 14 gegen 5 Stimmen (Chile, Ekuador, Peru, Mexiko und Uruguay) die Bildung einer pro-forma-OAS-Streitmacht durch, der Kontingente aus Brasilien, Honduras, Nicaragua und Kostarika angehörten. Bunker war Aufsichtsratsmitglied der National Sugar Refining Co.; seine Verdienste trugen ihm anschließend die Berufung zum US-Botschafter in Saigon ein.

Dem Einsatz der Aggressionstruppen war es zuzuschreiben, daß die Volkskräfte neutralisiert werden konnten. Im UN-Sicherheitsrat wurden die USA scharf angegriffen; mehr als ein Kompromiß zur Lösung der Situation, der vor allem der Linken schadete, kam indessen nicht zustande. Im Sommer 1966 fanden Wahlen statt, die mit dem Sieg des massiv von den USA unterstützten Balaguer endeten. Die Dominikanische Republik übernahm erneut die Rolle eines getreuen US-Vasallen. Aus der in sich zersplitterten Linken versuchte eine Gruppe um Oberst Caamano, einen Guerillakrieg gegen das Regime Balaguer zu führen. Anfang Februar 1973 landete eine Truppe Guerilleros an der Küste der Insel; am 17. Februar wurde Caamano in einem Gefecht erschossen. Die fortschrittlichen Kräfte der Dominikanischen Republik hatten eine Etappe im Kampf gegen die US-Vorherrschaft verloren.

J. Ostrowsky



Guerillaführer F. A. Caamano (l.)

Filme zu Vietnam



Einige Szenen aus dem Leben des Präsidenten Ho Chi Minh
Demokratische Republik Vietnam 1960, ca. 40 Minuten, schwarz/
weiß, Magnetton

(Verleih: Filmdienst Vietnam, c/o Prof. Dr. G. Giesenfeld, Frankfurter Str. 55, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/12170)

Mittels dokumentarischer Foto- und Filmaufnahmen aus Archiven zeichnet der Film den Lebensweg des großen vietnamesischen Befreiungskämpfers und ersten Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), Ho Chi Minh, nach, der am 19. Mai dieses Jahres 90 Jahre alt geworden wäre. Zudem vermitteln die Bilder einen Eindruck von wichtigen welthistorischen Ereignissen und geben Einblick in die Sozialgeschichte des beginnenden 20. Jahrhunderts, da diese Erfahrungen eng mit der Ausprägung der Persönlichkeit des jungen Ho Chi Minh verknüpft sind.

„Onkel Ho“, wie er von seinem Volk freundschaftlich genannt wird, wurde 1890 in der Provinz Nghe An geboren und verbrachte hier in ärmlichen Lebensverhältnissen seine Jugend. Mit 21 Jahren verließ er sein Heimatland, das von den französischen Kolonialisten ausgeplündert und in Rückständigkeit gehalten wurde.

Als Hilfskoch auf einem Schiff nach Marseille gelangt, mußte er erkennen, daß auch hier die Masse der Bevölkerung in bitterer Armut lebte, was der Film mit eindrucksvollen Bildern dokumentiert. Ho Chi Minh veranlaßte dies zu der Frage: „Warum wollen die Franzosen uns zivilisieren und nicht sich selbst?“ Auf dem afrikanischen Kontinent sah er, daß die dortigen Völker ebenso sehr unter dem Joch des Kolonialismus litten wie sein eigenes. Von der Freiheitsstatue der USA war er weit weniger beeindruckt als von deren riesigen Gefängnissen, von dem Elend, das er am Fuß der Wolkenkratzer erblickte, und von der brutalen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung. Diese Erfahrungen, die wesentlichen Anteil daran hatten, daß Ho sein gesamtes weiteres Leben in den Dienst des proletarischen Internationalismus stellte, faßt der Kommentar mit den Worten zusammen: „Ho Chi Minh bereiste als Schiffskoch und Straßenfeger, als Fotografengehilfe und Kellner sowohl die Mutterländer als auch die Kolonien; aber überall traf er nur zwei Kategorien von Menschen: Unterdrückte und Unterdrücker.“

Während und nach dem I. Weltkrieg hielt sich Ho Chi Minh in Paris auf, wo er an der Seite der französischen Arbeiterbewegung gegen Imperialismus und Krieg kämpfte. Von seinem Einsatz für die Unabhängigkeit und Freiheit Vietnams zeugt neben den abgebildeten Flugblättern und Schriften die der Versailler Friedenskonferenz zugeleitete Erklärung, in der er die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes erhob. 1920 gehörte Ho zu den Mitbegründern der Französischen Kommunistischen Partei.

Als Ho Chi Minh 1923 an der Konferenz der Kommunistischen Internationale in Moskau teilnahm, notierte er über den ersten sozialistischen Staat der Weltgeschichte: „Rußland ist wunderbar zu erleben, wenn man sieht, wie aus Sklaven freie Menschen gemacht werden.“ 1924 begab er sich nach China, um hier aus der Illegalität den Kampf für die Befreiung der Völker Südostasiens fortzusetzen. Er war Mitbegründer des Vereins der Revolutionären Vietnamesischen Jugend und 1930 in Hongkong maßgeblich an der Vereinigung der drei kommunistischen Parteien Vietnams zur KP Indochinas beteiligt. An deren Leitung wirkte er in den folgenden Jahren vom Ausland her mit.

Erst im 2. Weltkrieg, als der japanische Faschismus die französische Kolonialmacht in Indochina zurückdrängte, konnte Ho Chi Minh nach 30 Jahren Exil nach Vietnam zurückkehren. Dort war er an der Bildung der Befreiungsfront Viet Minh beteiligt. Schon 1942 aber wurde er auf einer Auslandsmission in China von den Soldaten Tschiang Kai Cheks gefangen genommen. Seine „Gedichte aus dem

Gefängnis“ zeugen von seinem ungebrochenen patriotischen Geist.

Als Ho nach Vietnam zurückkehren konnte, dauerte es noch zwei Jahre bis er am 2.9.1945 die Unabhängigkeit des vietnamesischen Volkes proklamieren konnte. Allerdings begann bereits im selben Monat der erneute Angriff anglofranzösischer Truppen. Erst 9 Jahre danach konnten die französischen Interventen bei Dien Bien Phu endgültig geschlagen werden.

Nach diesem Sieg der vietnamesischen Volksarmee widmete sich der Präsident der DRV nun verstärkt der Befreiung Südvietnams, die er allerdings bis zu seinem Tod (1969) nicht mehr erleben konnte.

Neben der politischen Arbeit Ho Chi Minhs macht der Film auch seinen Einsatz für die kulturelle Entwicklung des Landes deutlich.

Die Teufelsinsel

DDR 1976, Studio Heynowski und Scheumann (H&S), 65 Minuten, Farbe, 35 mm

(Verleih: UNIDOC Film GmbH, Dantestr. 29, 8000 München 19, Tel. 089/156061)

Der erste Vietnam-Film des international bekannten Dokumentarfilmstudios H&S wurde zum ersten Jahrestag der Befreiung Südvietnams fertiggestellt. Er ist dem südvietnamesischen Patrioten Le Quang Vinh gewidmet, der als Studentenfürer der illegalen Revolutionären Volksjugend Ho Chi Minh für die Befreiung seines Landes kämpfte und 1961 unter der Diktatur Ngo Dinh Diem verhaftet und auf die Gefangeneninsel Con Son deportiert wurde.

Die Insel Con Son hatte bereits den französischen Kolonialisten seit 1862 als Strafkolonie gedient und wurde von ihnen mit dem Namen Teufelsinsel belegt. Tatsächlich waren die Gefängnisse hier eine Hölle: Diktator Diem und das spätere Marionetten-Regime der USA Van Thieu errichteten hier eine Schandstätte des Imperialismus, die derjenigen Buchenwalds vergleichbar ist.

Nachdem Le Quang Vinh hier drei Jahre in der Todeszelle zugebracht hatte, wurde auf Druck der internationalen Solidaritätsbewegung das Urteil in lebenslängliche Haft umgewandelt. In den Käfigen und Folterzellen, die der Film zeigt, verbrachte er die Jahre von seiner Verhaftung bis zur Befreiung Südvietnams im Mai 1975. Der Patriot erzählt von den Haftbedingungen: Die Gefangenen sollten gezwungen werden, die Fahne des Marionetten-Regimes Thieus zu grüßen und dabei „Nieder mit Ho Chi Minh!“ zu schreien. Als sie sich weigerten, wurden sie in Folterkammern gesperrt, durften sich nicht bewegen, wurden liegend aufeinander gestapelt oder sie wurden durch das Gitter, das die in den Boden eingelassenen Zellen von der Außenwelt trennt, mit kaltem Wasser oder Staub überschüttet. Tausende wurden so zu Tode gequält. Die Bilder zeigen eiserne Fesseln, Prügelstöcke und andere Folterinstrumente, die von den Verwaltern des Lagers benutzt wurden, um die Gefangenen in die Knie zu zwingen.

Mit akribischer Genauigkeit haben die Verwalter und Bediensteten ihre Namen und Dienstjahre auf Steintafeln eingeritzt. Zwar findet sich in diesen Listen nicht ein amerikanischer Name, aber es gibt Beweise, die die Zusammenarbeit der Administration mit amerikanischen Spezialisten belegen. Lange vor der Befreiung Südvietnams hat das Thieu-Regime mit dem Abbruch der gut sichtbaren „Tigerkäfige“ begonnen und US-Firmen mit dem Bau unauffälligerer Isolierzellen beauftragt. Le Quang Vinh erzählt vom Besuch amerikanischer Delegationen, die die Insel begutachteten. Man fand die Fotos amerikanischer Berater und der Hubschrauber mit der Aufschrift „Air America“ läßt die einstige Anwesenheit des CIA deutlich werden.

Die Erzählungen Le Quang Vinh, aber auch die mit Blut geschriebenen Inschriften an den Zellenwänden, mit denen die Gefangenen bezeugten, daß sie notfalls auch ihr Leben für ihr Vaterland opfern würden, machen jedoch sehr deutlich, daß die Geschichte des Terrors auch auf der Teufelsinsel gleichzeitig eine Geschichte der Auflehnung war.

Ton Du Thang, der Nachfolger Ho Chi Minhs, wird nach der Befreiung Südvietnams auf einem Staatsbesuch gezeigt. Er umarmt die befreiten Gefangenen und weiß, was ihr Opfer bedeutete, da er selbst 1945 bis 1965 auf der Teufelsinsel eingesperrt war. Nun aber haben die Gefangenen gesiegt.

Da die dramaturgische Gestaltung des Films den Zuschauer zuerst mit der ausstrahlenden Persönlichkeit Le Quang Vinh vertraut macht, wird es möglich, die Wirklichkeit der Insel quasi durch die Augen des Helden kennenzulernen und somit intensiver zu erleben. Die weiteren Filme aus dem H&S-Zyklus zu Vietnam „Der erste Reis danach“, „Ich bereue aufrichtig“ und „Die eiserne Festung“ sind ebenfalls bei UNIDOC im Verleih. Beim Filmdienst Vietnam sind zwei neue Dokumentarfilme über den chinesischen Aggressionskrieg und seine Folgen erhältlich.

J. Weber

Kuba

Am 1. April d.J. stürmte eine Gruppe Kubaner die Botschaft Perus in Havanna, um über diese die Ausreise aus Kuba zu erlangen. Sie ermordeten dabei einen der zum Schutz der Botschaft aufgestellten Wachposten. Am folgenden Tag zog die kubanische Regierung die Wachmannschaften vor der Botschaft ab, mit dem Hinweis, durch die Asylgewährung seitens der peruanischen Botschaft für die Ausreisewilligen sei die Immunität der Botschaft und das Recht des Landes verletzt worden. Daraufhin begaben sich weitere Kubaner, deren Zahl auf 3.000-10.000 geschätzt wird, auf den exterritorialen Bereich der Botschaft.

Diese Vorfälle werden von den westlichen Medien weidlich genutzt, um eine angeblich tiefgreifende Krise Kubas herbeizuschreiben. Im Gegensatz dazu stehen Berichte von Massenkundgebungen überall im Lande, mit denen die kubanische Bevölkerung ihre Unterstützung für die Regierung Fidel Castros ausdrückte. Bedenkt man, daß eine Botschaftsstürmung in Kuba absolut nicht notwendig ist, um die Genehmigung zur Ausreise zu erhalten – kubanische Praxis war es seit 1959, Ausreisewillige zu Tausenden gehen zu lassen, sofern sie ein Einreisevisum für ein anderes Land besaßen –, dann stellt sich die Frage, wer die Fäden dieses Szenarios in der Hand hat.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung deutet dies an: „...es seien auch Männer unter ihnen, die aus politischen Gründen mehrjährige Freiheitsstrafen verbüßt hätten“ (8.4.1980). Andere Pressemeldungen sprechen von ehemaligen CIA-Agenten, die an der Invasion in der Schweinebucht beteiligt gewesen und letztes Jahr in Kuba amnestiert worden waren. Ihnen hatten die US-Behörden die Einreise in die USA verweigert. Die Meldungen über ein bevorstehendes 30.000-Mann-Manöver der US-Streitkräfte vor der kubanischen Küste (im Mai d.J.) erhärten den Verdacht, daß die Carter-Regierung an dem künstlich herbeigeführten Konflikt um die Ausreisewilligen nicht unschuldig ist. Die kubanische Regierung erklärte zu der Situation in der peruanischen Botschaft, daß sie keinem die Ausreise verweigern werde und charakterisierte die Ausreisewilligen als in ihrer überwiegenden Mehrheit „Straffällige, Angehörige des Lumpenproletariats und antisoziale Elemente“ (Granma, Havanna, 13.4.1980).

Uruguay

Seit dem Sturz der Regierung J.M. Bordaberry am 27.6.1973 gehört Uruguay zu den blutigsten Militärdiktaturen Lateinamerikas. Über 7000 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen und Militärgarnisonen ein und unterliegen schwersten Folterungen. Seit Ende 1976 besteht ein sog. Gefarenzustand, der die politische Tätigkeit der Opposition mit Gefängnisstrafen, Hausarrest oder Ausweisung für die Dauer von 10 Jahren vorsieht. Die demokratischen Grundfreiheiten wurden für die Dauer von 15 Jahren suspendiert.

Mit den nun von der Diktatur für 1981 angekündigten Wahlen soll eine schein-demokratische „Institutionalisierung“ bewerkstelligt werden. Sie sieht die Aufstellung nur eines Kandidaten vor, der zudem noch von den Streitkräften zu ernennen ist. Eine weitere Maßnahme der „Institutionalisierung“ ist der „Entwurf für die Statuten der politischen Parteien“, der die Mehrheit der Parteien für illegal erklärt und 15000 Angehörigen der bürgerlichen und Linksparteien das Wahl- und Kandidaturrecht abspricht, weil sie während der Zeit zwischen 1966 und 1971 kandidiert hatten.

Angesichts dieser Manöver fordert die Volkseinheitsbewegung Frente Amplio (Breite Front, bestehend aus der Christlich-Demokratischen Partei, der Kommunistischen, Sozialistischen und Revolutionären Arbeiterpartei sowie progressiven Militärs) in ihrer Erklärung vom März d.J. eine allgemeine Amnestie und Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen, demokratische Freiheiten, die Wahl einer verfassungebenden Versammlung und eine unmittelbare Lösung der kritischen wirtschaftlichen Lage. Als unmittelbares Gebot der Gerechtigkeit fordert sie besonders die Freilassung ihres Präsidenten General Liber Seregni, der im Januar 1976 von einem Militärgericht zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden war und lebensbedrohenden Folterungen unterlag.

Liberia

In der westafrikanischen Republik Liberia übernahmen am 12. April d.J. junge Offiziere unter Führung von Samuel K. Doe (28) die Macht. Dabei sind der bisherige Präsident William Tolbert sowie einige Mitglieder der Staatsführung umgekommen, auf andere wartet ein Militärtribunal. Dieser Staatsstreich war der Höhepunkt einer krisenhaften Entwicklung, die sich seit Anfang 1979 immer mehr zuspitzte (siehe AIB, Nr. 4/1980, S. 39).

Die erste Amtshandlung des „Volkserlösungsrates der Streitkräfte“ bestand in der Freilassung der nach Unruhen am 3. März d.J. verhafteten 73 Oppositionspolitiker der Fortschrittlichen Volkspartei (PPP). Die PPP war noch im gleichen Monat obendrein verboten worden. Drei ihrer führenden Mitglieder wurden in die neue Regierung aufgenommen, darunter als Außenminister ihr Vorsitzender Gabriel B. Matthews; desweiteren auch der Führer der Bewegung für Gerechtigkeit in Afrika (MOJA).

Der neue Staatschef führte als Gründe für den von der Bevölkerung begrüßten Umsturz die Korruption des alten Regimes, die Verletzung der Menschenrechte sowie das soziale Elend an. S.K. Doe kündigte an, daß die neue Regierung sich auf den Aufbau „einer neuen Gesellschaft zum Wohl aller unserer Menschen“, die auf Gerechtigkeit und Menschenwürde beruhen soll, konzentrieren würde. Außerdem versprach er, das Recht auf Privateigentum und „die Früchte ehrlicher Arbeit“ zu achten. Die Regierung will freundschaftliche Beziehungen zu allen friedliebenden Regierungen unterhalten und die Befreiungsbewegungen in Afrika unterstützen: „Meine Regierung wird nicht ruhen, bis jeder Zoll afrikanischen Bodens befreit ist“, erklärte S.K. Doe.

Südafrika

Fast genau ein Jahr nach dem aufsehenerregenden Überfall von Guerrillakämpfern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) auf eine Polizeistation in Moroka in Soweto (Mai 1979), dem Afrikaner-Ghetto bei Johannesburg, meldete die internationale Presse Anfang April d.J. einen Angriff mit Gewehren und Raketen auf eine Polizeistation in einem „weißen“(!) Vorort Johannesburgs. Diese Aktion des bewaffneten Arms des ANC, des Umkonto we Sizwe (Speer der Nation), steht nicht allein. Erfolgreiche Guerillaaktionen fanden in den letzten sechs Monaten mehrfach statt gegen Polizeistationen in Soweto sowie im Norden der Provinz Transvaal, dem Zentrum des rassistischen „Bureniums“; im Dezember 1979 vermochte der ANC drei seiner Mitglieder aus dem Kapstädter Gefängnis zu befreien.

Die erhöhte Kampfkraft des ANC fügt sich ein in ein allgemeines Anwachsen von Streikaktionen schwarzer Arbeiter, Schülern (vgl. AIB, Nr. 2/1980, S. 35 und 3/1980, S. 27), die das Rassistenregime zunehmend in Unruhe versetzen.

Solidaritätsbewegung

Auf der Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) am 12. April d.J. in Leichlingen wurden die bisherigen Schwerpunkte der Solidaritätsarbeit Südliches Afrika, Chile/Lateinamerika und Palästina bekräftigt, zugleich aber auch eine Erweiterung des Themen- und Aktionsfeldes des ASK vereinbart. Ein stärkeres Augenmerk will man künftig auf Mittelamerika – vor allem Nicaragua und El Salvador – und den Iran legen, wozu gesonderte Erklärungen gebilligt wurden. Das ASK wendet sich mit einem Aufruf an die demokratische und Friedensbewegung unseres Landes, in dem es zum gemeinsamen Kampf gegen die Durchsetzung der Carter-Doktrin und deren Unterstützung durch Bonn auffordert. Das Komitee wird in Kürze ferner Stellungnahmen zum Brandt-Bericht, zur Aktion Stoppt Strauß publizieren und ein Seminar zur Neuen Weltwirtschaftsordnung veranstalten. Unter den Hauptaktivitäten des ASK in den kommenden Monaten sind das Südafrika-Konzert am 13.6.1980 in Düsseldorf und die Südafrika-Solidaritätswoche vom 13.-20.6.1980 hervorhebenswert.

Auf einer der Mitgliederversammlung vorgelagerten Internationalismus-Diskussionsveranstaltung gelangte man zu dem Konsens, daß am Prinzip antimperialistischer Solidarität mit den Befreiungsbewegungen unbedingt festzuhalten, es nicht durch eine wie auch immer geartete „kritische Solidarität“ abzulösen sei. Dabei sollte weder eine Verklärung der Befreiungsbewegungen oder revolutionären Prozesse in befreiten Ländern betrieben noch eine Verdrängung von verschiedenen Fehlentwicklungen (Kampuchea, Afghanistan) betrieben werden. Wie sich selbst so müsse man auch den Befreiungsbewegungen – ausgenommen natürlich Völkermordpraktiken oder individueller Terror – das Recht auf Fehler zubilligen und Kritik der prinzipiellen Solidarität nach- bzw. unterordnen.

ASK-Sprecher Prof. E. Wulff, der den Wiedereintritt der Jungdemokraten in die Reihen des Komitees in Leichlingen würdigte, resümierte in seinem Thesenpapier zur Internationalismus-Diskussion: „Meinungsverschiedenheiten in einigen, auch hervorsteckend wichtigen Fragen wie Kampuchea, Äthiopien oder Afghanistan haben... die Arbeit in unseren Schwerpunktbereichen, über die Konsens herrschte, nie beeinträchtigen können.“

Naher Osten

Auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes Mitte April d.J. in Tripolis forderten Algerien, Syrien, der Südjemen und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) die westeuropäischen Staaten dazu auf, die PLO als die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und sich konsequent für den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten einzusetzen. Die gegen die Separatpolitik von Camp David gerichtete Front kritisierte die bisherigen Nahost-Initiativen der EG und forderte diese auf, künftig eine von den USA unabhängige Nahostpolitik zu betreiben.

Von besonderem politischen Gewicht ist in diesem Zusammenhang, daß die beiden öllexportierenden Länder der Front, Algerien und Libyen, auf der Konferenz ihre Absicht ankündigten, künftig kein Öl und Erdgas mehr an die Vereinigten Staaten zu liefern. Falls die westeuropäischen Länder ihren Kurs in der Frage des Nahostkonflikts nicht ändern, soll dieser Boykott auch auf Westeuropa ausgedehnt werden.

Ein weiteres Resultat der Gipfelkonferenz ist es, daß es zur Beilegung der Differenzen zwischen Libyen und der PLO (vgl. AIB, Nr. 2/1980, S. 34) gekommen ist und Libyen sich verpflichtete, die PLO fortan auch wieder materiell zu unterstützen.

Palästina-BRD

Ende März d.J. wurde ein Attentatsversuch auf den Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Bonn, Abdallah al Frangi aufgedeckt. Der israelische Geheimdienst MOSSAD hatte Suleimal Salameh, einen Palästinenser, der nach eigenen Angaben schon 10 Jahre für die Israelis gearbeitet hatte, als Asylsuchenden in die Bundesrepublik eingeschleust. Von seinem Agentenführer erhielt er in der israelischen Botschaft in Bad Godesberg den Auftrag, Frangi auf dem Weg zu seinem Wagen zu erschießen. Der Mord hätte so als Tat einer rivalisierenden palästinensischen Widerstandsgruppe gestempelt werden können.

Hinter der Mordabsicht der Israelis kann man unschwer zwei Absichten entdecken: Einmal sollte einer der wichtigsten Repräsentanten der PLO in Westeuropa auf dem Weg geräumt werden. Zum zweiten sollte der Mord an Frangi eine unmißverständliche Drohung an die Adresse der Bundesregierung sein, daß Israel bereit ist, mit allen verfügbaren Mitteln eine Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes zu sabotieren. Denn nach der PLO-Anerkennung durch Österreich im März d.J. ist eine Nachahmung in Westeuropa nicht mehr auszuschließen.

Aber auch dieses Mal – es sei hier nur an die Verhöre von Palästinensern durch Agenten des israelischen Geheimdienstes in bundesdeutschen Gefängnissen 1978/79 erinnert – hatten westdeutsche Behörden ihre Hand im Spiel: Der eingeschleuste Agent Salameh bekam viel rascher als üblich die Genehmigung, von Westberlin nach der BRD umzusiedeln und die Asylgenehmigung, auf die andere Palästinenser oft jahrelang warten müssen, ließ auch nicht lange auf sich warten. Der Mordversuch mißlang dennoch, weil Salameh gegenüber Frangi den Mordauftrag eingestand.

Ägypten

„Wenn uns die demokratischen Rechte verweigert werden, müssen wir zur revolutionären Gewalt Zuflucht nehmen, um Sadat zu stürzen,“ erklärte General Saadeddin Shazly am 2.4. d.J. in Beirut anläßlich der Bekanntgabe der Gründung einer Ägyptischen Nationalen Front. Der Front gehören u.a. linke Nasseristen, Moslems, oppositionelle Intellektuellengruppierungen und die Ägyptische Kommunistische Partei an. S. Shazly, unter dessen militärischer Leitung die ägyptische Armee 1973 den Suezkanal überquert hatte, genießt als „Held des Oktoberkrieges“ innerhalb wie außerhalb Ägyptens großes Ansehen. Die Nationale Front wurde unverzüglich von Syrien, Algerien, Libyen, dem Südjemen und der PLO anerkannt.

Ihr Zustandekommen markiert eine neue Stufe im Prozeß der Formierung der Anti-Sadat-Opposition. Zu Protesten gegen das Regime war es zuletzt Anfang April d.J. in mehreren Städten, insbesondere an den Universitäten des Landes gekommen, als sich Tausende von Studenten gegen die Aufnahme des iranischen Schah in Ägypten wandten. Der gestürzte Schah hatte sich am 24. März aus seinem panamesischen Exil nach Ägypten abgesetzt. Die bereitwillige Aufnahme des Schah durch Sadat dürfte dessen Isolierung im arabisch-iranischen Raum weiter verstärken.

Sie stellt darüber hinaus eine zusätzliche Belastung der Separatverhandlungen mit Israel dar, die gegenwärtig unter großem Zeitdruck von US-Präsident Carter vorangetrieben werden.

Iran-Irak

In der ersten Aprilhälfte d.J. kam es zu einer bedrohlichen Zuspitzung der irakisch-iranischen Beziehungen. Bei wiederholten Überfällen der irakischen Armee, so z.B. am 10. April 1980 mit Panzern, Artillerie und Hubschraubern, kam es zu stundenlangen Gefechten und beiderseitigen Truppenmassierungen im Grenzbereich. Die diplomatischen Vertretungen beider Länder wurden auf ein Mindestmaß reduziert, nachdem bereits im März 1980 die Botschafter aus Teheran bzw. Bagdad aberufen worden waren. Bis 15. April 1980 hatte die Baath-Regierung über 15.000 Personen mit familiären Bindungen an den Iran oder schiitischen Glaubens in den Iran abgeschoben. Der irakische Präsident Saddam Hussein erklärte seine Bereitschaft zum Krieg mit dem Iran. Der iranische Außenminister Gotbzadeh und Ayatollah Khomeini riefen die irakische Bevölkerung zum Sturz des Hussein-Regimes auf. Dabei setzt die iranische Führung auf die Sympathien der irakischen Schiiten (sie stellen die Bevölkerungsmehrheit und sind in den Machtorganen gegenüber den Sunniten unterrepräsentiert) für die islamische Revolution im Nachbarland.

Konfliktaufhänger ist die ultimative Forderung Bagdads, die iranischen Truppen müßten sich unverzüglich von den drei 1971 besetzten Inseln nahe der Ölstraße von Hormuz, nämlich der Kleinen und Großen Tumb-Insel und Abu Musa, zurückziehen und diese an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) übergeben. Die Inseln waren in der Tat nach dem Abzug der britischen Kolonialtruppen 1971 auch von den VAE beansprucht worden, doch damals hielt man sich vornehm gegenüber dem Schah-Regime zurück. Desweiteren unterstützt der Irak die arabische Autonomiebewegung in der ölreichen iranischen Südwestprovinz Khuzestan, die u.a. mehrfach Sabotageakte gegen Ölraffinerien und -pipelines durchführte. Mehr noch, das Hussein-Regime beansprucht diese von ihm sog. Provinz „Arabistan“.

Das Anheizen des Konflikts gerade in einer Situation, da der Iran sich im Konfrontationszustand mit der Carter-Administration befindet, veranschaulicht einmal mehr den rechtslastigen und zunehmend proimperialistischen Kurs des Hussein-Regimes.

Iran-USA

Noch Anfang April d.J. schien es so, als könne der iranische Präsident A. Bani-Sadr die Geisclaffäre, die er als zunehmende Belastung für eine von ihm angestrebte Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen insbesondere zu Japan und der EG ansieht, unter Ausschaltung der Botschaftsbesetzer und ohne Gegenleistung der USA beenden. Nachdem Ayatollah Khomeini jedoch erneut versicherte, erst das künftige Parlament werde darüber entscheiden, spitzte sich die Situation mehr und mehr zu.

In einer ersten Reaktion verkündete US-Präsident J. Carter am 8.4.1980 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Durchführung eines Wirtschaftsboykotts. Ausdrücklich wurden weitere Optionen wie die Verhängung einer Seeblockade, die Verminderung der iranischen Häfen als auch Punktangriffe der US-Luftstreitkräfte auf ausgewählte Ziele – Häfen oder Erdölfelder – offengehalten. Erste groß angelegte Manöver der mobilen Eingreiftruppe der USA unterstrichen diese Drohung.

Auch gegenüber den eigenen Verbündeten verhielt man sich nicht zimperlich und drohte sogar wie Präsidentenberater Z. Brzezinski mit einem 3. Weltkrieg, falls diese sich nicht den Maßnahmen der USA anschließen (vgl. Frankfurter Rundschau, 11.4.1980). Bundesaußenminister H.D. Genscher sicherte Washington daraufhin Sanktionen gegen den Iran und eine Empfehlung des Olympiaboykotts durch die Bundesregierung zu, notfalls auch ohne vorherige Einigung in der EG.



Dieses ASK-Plakat zur US-Drohpolitik gegen den Iran (DIN A 2, vierfarbig) kann für 2,- DM zuzüglich Versandkosten bestellt werden beim: ASK, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 1.
Bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren reduziert sich der Preis auf 1,60 DM je Stück, ab 50 Exemplare 1,45 DM.

Ausländerpolitik wohin?

Vor 15 Jahren, am 28.4.1965 hatte man endlich die faschistische Ausländerpolizeiverordnung aus dem Jahre 1938 durch ein neues, bis heute gültiges Ausländergesetz abgelöst. In dieser Zeit hat sich durch Krise und Arbeitslosigkeit die bundesdeutsche Ausländerpolitik der 60er Jahre, der organisierte Import ausländischer Arbeiter, in ihr Gegenteil verwandelt. Die mittlerweile 4,1 Mio Ausländer (davon 1/3 Türken, 15% Jugoslawen, 14% Italiener, 7% Griechen) möchten die Herrschenden in Wirtschaft und Politik lieber heute als morgen los sein – nur sie sagen es anders: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Konkret wollen die Bonner Parteien damit die Kürzung der auf 8 Jahre gestiegenen, durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeiter in der BRD.

Das harte Walten von Staat und Konzernen über das 2-Millionen-Heer ausländischer Arbeiter ist eingangs der 80er Jahre unverändert. Wie gehabt verrichten sie die härteste, ungesundeste und am schlechtesten bezahlte Arbeit in Akkord oder Schicht, ohne Qualifikation und Aufstiegschancen. Vom Genuß wesentlicher Grundrechte ausgeschlossen, sind sie der Behörden- und Polizeiwillkür ausgesetzt, so wie es im Ausländergesetz von 1965 verankert ist (siehe ausführlich: AIB, Nr. 6/1979, S. 14-17). Zwar entscheiden die Beamten heute nicht mehr wie 1938 über „wichtige Belange des Reichs oder der Volksgemeinschaft“, dafür aber über „Belange“, über „sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland“ (§6 Ausländergesetz).

Daß die Beamten diesem Auftrag nicht einmal im Sinne der herrschenden Politik gewachsen sind, zeigte sich zuletzt Ende 1979, als bekannt wurde, daß ausgerechnet an bayrischen Grenzen Asylsuchende aus sozialistischen Ländern abgewiesen worden waren. Der Grund: Bayrische Grenzer verkanteten den angeblichen Unterschied zwischen „Ostblockflüchtlings“ und „Asylschwindlern...“ vorwiegend aus der Dritten Welt, die den Asylgrund 'politische Verfolgung' aus allzu durchsichtigen wirtschaftlichen Gründen nur vorzuschützen“ (Gustl Lang, CSU-Landtagsfraktionsvorsitzender in Bayern).

Im Gezänk der Bonner Parteien ging die Debatte über die Neuordnung des Asylrechts fast unter. Alarmiert durch die lawinenartige Zunahme Asylsuchender, deren Anzahl laut Bundesinnenminister Gerhard Baum Ende dieses Jahres auf über 100.000 (1973: 5.300) steigen wird, forderte die CDU in einem Gesetzesentwurf u.a. die Ausweitung des Ermessensspielraums von Grenzbehörden. Die Bundesregierung steuert hingegen auf Beschleunigung der Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sowie auf personelle Aufstockung des Bun-

desamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, welches über Anträge entscheidet. Daß das auf diese Weise durch Einführung von „Schnellgerichten“ weiter ausgehöhlt verfassungsmäßige Recht auf politisches Asyl die Chancen für Flüchtlinge aus Ländern mit reaktionären oder faschistischen Regimes der Dritten Welt nicht verbessert, liegt auf der Hand, zumal – was stets verschwiegen wird – die Zahl der Anerkennungen als Asylberechtigte von 4.133 im Jahre 1974 auf 1.894 im Jahre 1977 systematisch gesenkt worden ist.

Positivere Ergebnisse konnte man hingegen von den Beratungen der Bundesregierung Mitte März d.J. zur Ausländerpolitik erwarten, denn auf dem Tisch lag das vom ehemaligen SPD-Landesminister Heinz Kühn vorgelegte Memorandum zur Ausländerpolitik. Es enthält – neben vielen Mängeln – eine Anzahl grundlegender Forderungen, die auch von Gewerkschaften wie von Organisationen ausländischer Arbeiter erhoben worden sind.

Doch es waren zumeist gerade diese Punkte, die die Bundesregierung fallen ließ, ausgenommen eine Reihe von Maßnahmen, die auf eine bessere Integration ausländischer Jugendlicher in Schule und Beruf abzielen. Mit der Aufnahme verschiedener Empfehlungen des Kühn-Memorandums zur Integration der Ausländer, wie etwa die Forderung nach einem aktiven und passiven Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen, wären reale Voraussetzungen zur Verwirklichung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit geschaffen worden. Eine grundlegende Demokratisierung der Ausländerpolitik der Bundesregierung ist somit nicht vorgenommen worden.

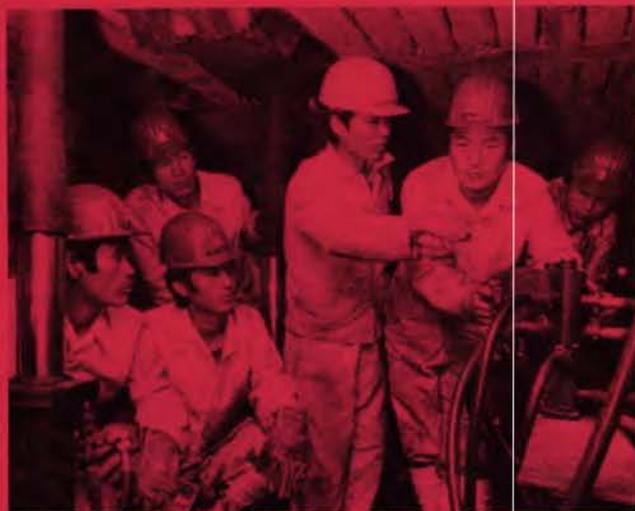
Fortgesetzte Diskriminierung ausländischer Arbeiter

Von Regierungsseite werden daher die etwa 1.000 südkoreanischen Bergleute an der Ruhr wohl kaum Abhilfe für ihre Situation erhalten.

Von den 15.000 Ausländern im Ruhrbergbau zählen sie zu den am meisten ausgenutzten Arbeitern: Ihre 3-Jahres-Arbeitsverträge für die gefährlichsten Arbeiten zu Minimallohnen, angereichert um die fast sittenwidrige Kündigungsklausel „aus personen- oder verhaltensbedingten Gründen möglich“, werden durch die Paßeintragung über die Arbeitserlaubnis ergänzt: „Sie erlischt bei Aufgabe dieses Arbeitsplatzes und bei gesundheitlichen Bedenken.“ Wird gekündigt, so erlischt die Arbeits- und damit die Aufenthaltserlaubnis. Eine Räumungsklage aus der Firmenunterkunft folgt und die Rückkehr nach Südkorea ist unausweichlich.

Gegen diese, durch die Regierungsverträge BRD-Südkorea seit 1965 betriebene mörderische Form der „Sklaverei“ fordern die koreanischen Bergarbeiter (Kontaktadresse: c/o Park Sae Hwan, Hüttmannstr. 51, 4300 Essen): Sozial- und arbeitsrechtliche Gleichbehandlung mit anderen Bergarbeitern, Gleichbehandlung und Chancengleichheit mit anderen ausländischen Arbeitern aus nicht-EG-Ländern, sofortige Aufhebung der 3-Jahres-Beschränkung sowie anderer unmenschlicher Regelungen in den Arbeitsverträgen.

Betroffen von der aktuellen Ausländerpolitik Bonn zeigten sich auch die 1200 Teilnehmer des 4. Kongresses der Föderation Türkischer Arbeitervereine in der BRD (FIDEF), der vom 4.-6. April d.J. in Frankfurt tagte. Die FIDEF wandte sich insbesondere gegen die behördliche Ermunterung der Gewalttaten der türkischen Faschisten in der BRD und Westberlin, wo am 5.1.1980 der türkische Gewerkschafter Celalettin Kesim ermordet worden war. Die Kongreßteilnehmer forderten die gleichberechtigte Integration aller ausländischen Mitbürger und erklärten sich gegen die Bonner Milliardenhilfe für das reaktionäre Demirel-Regime. Der FIDEF zufolge ist eine unerläßliche Vorbedingung für die Durchsetzung einer demokratischen Ausländerpolitik in der Bundesrepublik „die verstärkte Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften und die Bekämpfung aller gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen“ (FIDEF-Information, Düsseldorf, 9.4.1980).



Bergarbeiter aus Südkorea im Ruhrrevier